

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Central-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkaturen Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),  
bei Ausfertigung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom  
Centralverband der Maurer Deutschlands,  
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.  
Vereins-Anzeigen  
für die dreigesparte Zeitzeile oder deren Raum 80 A.

## Es geht vorwärts.

Bor wenigen Wochen noch düstere Hoffnungslosigkeit, heute fröhliche Zuversicht — ganz unvermutet schnell hat die Baukonjunktur einen starken Aufschwung genommen. Damit ist auch wieder Leben in die Arbeiterschaft gekommen. Die gebrüderliche Stimmung, die anderthalb Jahre auf der baugewerblichen Arbeiterchaft lastete, ist gewichen und hat einer freudigen Kampfeslust zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen Platz gemacht. In einer erheblichen Anzahl großer und kleiner Orte stehen unsre Kollegen im Lohnkampf, und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß sie ihn mit Erfolg bestreiten werden. In einer verhältnismäßig großen Zahl von Lohnbezirken haben es die Unternehmer nicht erst auf Arbeitsstellungen ankommen lassen, sondern sie waren klug genug, sich den Fortgang ihrer Betriebe durch friedliche Verständigung mit den Arbeitern zu sichern.

Zurzeit sind im Maurergewerbe außer einer großen Reihe von Sperren an 40 Stellen und Aussperrungen im Gange, woran rund 9000 Kollegen beteiligt sind. Davon haben jedoch die meisten sofort zu den geforderten Bedingungen oder in anderen Städten Arbeit erhalten. Die hauptsächlichsten Brennpunkte sind der Streik in Pforzheim und die Aussperrung in St. Johann-Saarbrücken und in dem Städtegebiet Hamburg-Altona-Wandsbek. In allen drei Gebieten gehörten die führenden Unternehmer zu den wütenden Scharfmachern, die nicht nur die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, sondern auch die Anerkennung der Arbeiterorganisationen und somit auch die Tarifverträge mit allen Mitteln bekämpfen. Der Pforzheimer Streik geht in die neunte Woche, die Bautätigkeit ist, soweit Maurer dazu nötig sind, seit dem ersten Streiktage fast völlig aufgehoben; anstatt aber den Maurern den für eine Industriestadt sehr niedrige Lohn um einige Pfennige zu erhöhen, lassen die Unternehmer lieber die Bauten verfallen, wohl zu dem Zweck, sie später mit ihrem Dickhädel ganz zertrümmern zu können. Dennoch werden sie bewilligen müssen; der elümige, von der Notwendigkeit dictierte Wille der Streikenden wird den stärksten Widerstand überwinden.

Der baugewerbliche Unternehmerverband für die Saargegend hat es sich in den Kopf gesetzt, entgegen dem in Berlin vereinbarten Vertragsmuster, ohne das Wort "tückig" keine Tarifverträge abzuschließen. Er kalkulierte (im Herbst des vorigen Jahres), auch in diesem Frühjahr würde die Bautätigkeit so lang sein, daß die Unternehmerverbände wieder ein großes Kesselschießen gegen die baugewerblichen Arbeiter veranstalten könnten. Und da sollte in Süddeutschland unter allen Umständen an der vom Unternehmerbund zuerst festgesetzten Fassung des "Vertragsmusters" festgehalten werden. Unter besonderen Hinweis auf die "den Arbeitgebern sehr günstige Verhandlungszeit, durch die schlechte wirtschaftliche Konjunktur" sollte der Vorstand des Deutschen Unternehmerbundes verantworten, den 1908 versuchten Kampf wieder aufzunehmen und der Arbeiterchaft Verträge mit dem Worte "tückig" und andern Schikanen aufzuzwingen. Es ist jedoch anders gekommen. Der Bundesvorstand mochte nicht und die Prophesieung der "Saarabier" von der "schlechten wirtschaftlichen Konjunktur" erfüllte sich in diesem Frühjahr nicht. Darob waren sie so verchnüpft, daß sie nun für dies Jahr keinen Vertrag mit dem Maurerverband wollten; doch waren sie gnädig genug, "tückigen" Maurern auch fernerhin 52½ Stundenlohn zu bieten. Nun ist es zum Kampf gekommen. Der Kampfesstellung der Maurer hat der Unternehmerverband durch die Aussperrung ein Ende machen wollen. Aber er hatte sich auch bei diesem Beschluß über seine Macht bedauert. Wenn nicht die Maurer mit dem Streik

geantwortet hätten, wäre die Dessenlichkeit kaum etwas von der Arbeitseinstellung gewahr geworden. Erfreulicherweise gingen die Mitglieder des christlichen Verbandes mit ihren Kollegen gemeinsam vor. Es ist zu hoffen, daß auch die Maurer in der weitesten Umgegend, die vielfach von der Notwendigkeit der Organisation noch nicht tief genug durchdrungen sind, gegenüber allen Lockungen der Unternehmer standhaft bleiben.

An der nordischen Wasserfront sollen die baugewerblichen Arbeiter ebenso durch Aussperrung von ihrer Ansicht, ein Wort über die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mitreden zu wollen, kuriert werden. Hier haben die Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter eine Erhöhung des Stundenlohnes um 5½ gefordert; ferner hatten die Bemitterer einige Sperren verhängt, um eine von vertragsbrüchigen Unternehmern im vorigen Herbst durchgesetzte Lohnreduktion wieder rückzuholen. Das ist in den Augen der Unternehmerverbände ein strafwürdiges Verbrechen, das durch die Aussperrung aller baugewerblichen Arbeiter, auch solcher, die mit der Forderung gar nichts zu tun haben, geahndet werden muß. Ja, "muß"! So dachte ein zu solchen Maßregeln geprägter Baugewerbeverband. Doch auch hier deckt sich das Wollen und Vollbringen nicht. Von etwa 20 000 in Betracht kommenden Arbeitern waren am Ende der letzten Woche rund 7000 ausgesperrt. Einige Unternehmervereine haben sich direkt gegen den Aussperrungsbeschluß aufgelehnt, andre haben sich mit Murren gefügt, wobei sie aber von vielen ihrer Mitglieder im Stich gelassen worden sind. Die Aussperrung ist also vorläufig ein Schlag ins Wasser und dürfte es aller Voraussicht nach auch bleiben. Die direkt an dem Kampf beteiligten Arbeiter sind nicht nur von der Hoffnung, sondern auch von dem starken Willen beseelt, die Forderung unter allen Umständen durchzusetzen.

Wo sich die Unternehmer hart gegen Lohnherhöhungen und sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen sträuben und sogar versuchen, die Arbeiter durch Aussperrungen zu verblüffen, sind sie sich des raschen Konjunkturmöglichkeitswohl noch nicht bewußt geworden. Daß ihr Herz noch immer bei der zur Unterdrückung der Arbeiterchaft erwünschten schlechten Konjunktur ist, ist ja verständlich, aber sehr würdiger muß man sich doch, daß sie durchaus nicht sehen wollen, was in der Welt vorgeht. Im vorigen Frühjahr durften es die Unternehmerverbände wagen, den Arbeiterorganisationen den Knüppel zu zeigen, und sie haben es ja auch getan. In diesem Jahre ist es nun mal wieder anders. Die Arbeiter drohen ja nicht mit dem großen Knüppel, sie stellen den Unternehmer keine so demütigende Forderung, sie sperren auch keinen Unternehmer, mit dem sie nicht direkt im Streit leben, weder innerhalb noch außerhalb des Streitgebiets. Trotzdem sie wiederholts provoziert worden sind, vergelten sie nicht Gleiches mit Gleichen. Diese Langeweile der Arbeiter geht aber nicht so weit, daß sie sich bei günstiger Gelegenheit nicht rühren, um einige Pfennige Lohnherhöhung zu eringen. Das sollte den Unternehmern nicht unbekannt sein. Und so wenig sie sich der Einsicht verschließen können, daß wir mittler in einer flotten Bautätigkeit sind, die eine Aussperrung wohl auf kurze Zeit hemmen, aber nicht hindern kann, so wenig sollten sie sich gegen die befiedeten, der Notwendigkeit entsprungenen Lohnforderung der Arbeiter stemmen.

Die kämpfenden Arbeiter aber mögen zuversichtlich ausschauen und den noch abseits stehenden Berufsgenossen zeigen, was Solidarität vermag. Es ist noch so ungemein viel zu tun übrig, der Arbeitsverdienst ist noch lange nicht so hoch, um die mitwendigsten Bedürfnisse zu einem menschenwürdigen Leben befriedigen zu können, so daß unter allen Umständen die jetzige

Konjunktur ausgenutzt werden muß, um ein gutes Stück vormärts zu kommen. Die baugewerbliche Arbeiterchaft hat in diesem Jahre schon manchen Fortschritt gemacht, sie muß aber weiter auf der Bahn, ihre Parole muß sein:

Es geht vorwärts!

## Vertragsbrüchige Unternehmervereine in Hamburg.

Bei jeder Gelegenheit kann man hören, daß sich die Unternehmer für besser, gesitteter und anständiger als die Arbeiter halten. Im Gegensatz zu dem "gebildeten" Publikum wird der Arbeiterchaft vorgeworfen, sie hätte keine Achtung vor Recht und Gesetz und was der Scheitertorie mehr sind. Im besondern kommt hinzu, daß den Arbeitern nachgesagt wird, sie seien leicht geneigt, sich über Treu und Glauben in bezug auf das Arbeitsverhältnis hinwegzugehen. Schon lang haben wir von führenden Personen in Unternehmerkreisen gehört, die Arbeiter seien nicht vertragsbrüdig, sie würden Tarifverträge nach Belieben brechen, wenn es ihnen vorteilhaft erscheine. Bei der Zurückweisung solcher Anwürfe haben wir uns immer auf Tatsachen stützen können, die beweisen, daß das Gegen teil richtig ist. Wederholts haben wir nachweisen können, daß nicht nur einzelne Unternehmer unter Duldung ihrer Organisationen versucht haben, Tarifverträge außer Kraft zu setzen, sondern daß auch Unternehmerverbände auf Beschluß und mit ausdrücklicher Billigung ihrer Zentralinstanz die mit Arbeiterverbänden abgeschlossenen Verträge mit Füßen getreten haben. Wenn dagegen Arbeiter einmal Verträge gegen Tarifverträge begangen haben, was ja nicht ganz hinzutunhalten ist, dann wurden sie von ihren Organisationen sofort zur Ordnung gerufen.

Nun hat sich eine große Unternehmerorganisation wieder einmal mit ihrer zur Schau getragenen "Achtung vor dem Recht" lästigend ins Gesicht geschlagen. Es ist der Baugewerbe-Verband in Hamburg und Umgegend, der einige ihm angehörige Vereine durch Beschluß gezwungen hat und andre zwingen wollte, die bei ihren Mitgliedern auf Grund von Tarifverträgen beschäftigten Arbeiter auszusperrn, d. h. die Tarifverträge zu brechen.

Es ist nicht das erste Mal, daß solches in Hamburg geschieht, wenngleich die Firma, die jetzt den Verstoß gegen Treu und Glauben initiiert hat, noch jungen Datums ist. Vor etwa einem Jahre erklärte ein Betonverein, der jetzt unter anderem Namen auch dem Baugewerbe-Verband angehört, einen noch ein Jahr laufenden Vertrag mit den Bemitterern einfach für aufgehoben und hielt seine Mitglieder an, den Tariflohn um 5 bis 10% pro Stunde zu kürzen. Und die Folgen des damaligen Vertragsbruchs sollen nun angeblich ein Grund zu dem jetzigen Vertragsbruch sein. Als nämlich in diesem Frühjahr der beste Verbund des Betonvereins — die schlechte Konjunktur — verlor, haben die Bemitterer den Spieß umgedreht und die vorjährige Lohnreduktion mit erhöhten Forderungen beantwortet und zu deren Durchführung mehrere Bauten gesperrt. Ja, Bauer, das ist aber ganz was andres! Woher kommen die Unternehmervereine, die jetzt den Baugewerbe-Verband bilden, es damals ruhigen Herzens ansehen, daß die Bemitterer mittels Vertragsbruchs um ihren Lohn betrogen wurden. Wenn sich aber nun die so mißhandelten Arbeiter wehren und gar noch, den jetzigen Verhältnissen entsprechend, eine Erhöhung des Lohnes über den früheren Stand hinaus verlangen, dann ist das ja ein so unerhörter Vorhang, ein so frevelhaftes Beginnen, daß — wenn es nicht anders geht — durch die Aussperrung der gesamten Bauarbeiter, auch der im Tarifverhältnis stehenden, niedergeschlagen werden muß. Das ist die Moral des Baugewerbe-Verbandes

in Hamburg. Fürwahr, ein leuchtendes Beispiel zur Verstärkung von „Recht und guten Sitten“!

Ein ander Grund zur Aussperrung ist dem genannten Verband die Einleitung der Bewegung zur Lohnherabsetzung im Maurer- und Zimmergewerbe. Gegen die Aussperrung an sich in demselben Gewerbe, wo die Arbeiter angefeindet, können wir allerdings nichts einwenden. Dem Streitrecht der Arbeiter steht das Aussperrungsrecht der Unternehmer gegenüber. Und wollen die Unternehmer die Hilfe verwandter Berufe heranziehen, so steht ja den Arbeitern das gleiche Recht zur Verfügung. Aber auch hier muß der Kampf halt machen vor Tarifverträgen, wenn die Verträge nicht zur Force werden sollen. Dafür kann der Baugewerbe-Verband in Hamburg aber gar kein Verständnis zu haben, man möchte glauben, diese Organisation würde von Kindern geleitet oder von moralisch völlig verkommenen Subjekten. Dem Gedanken darf man aber nicht Raum geben, wenn man weiß, welche Leute die Drahtzieher in dem Aussperrungsverband sind. Das erfahren wir zum Teil aus der Bekanntmachung, worin die Aussperrung angedroht wird, die wie folgt lautet und von einem in Hamburg und im Deutschen Reiche im Kreise der Unternehmer sehr angesehenen Manne unterzeichnet ist:

Auf Veranlassung des „Baugewerbe-Verbandes“ zu Hamburg haben die ihm angehörenden 18 Innungen und Vereine folgende Resolution angenommen:

„Sollte die Sektion der Genossen, die gegen das Betonbaugewerbe verhängten partiellen Streiks und Sperrern nicht bis zum Donnerstag, 3. Juni cr., aufgehoben hat und die Arbeiten in den gehörten Betrieben bis zu diesem Tage nicht wieder aufgenommen sind, oder falls die Verbände der Maurergesellen, Zimmergesellen oder Bauhilfsarbeiter zu den von ihnen angefügten Streiks und Sperrern übergehen, wird unverzüglich zu einer allgemeinen Stilllegung der sämtlichen Bauarbeiten (Arbeitsperre) geschritten werden.“

Zur Ausführung dieser Resolution hat der gesetzsführende Ausschluß des „Baugewerbe-Verbandes“ heute beschlossen: daß unter der einen oder der andern Voraussetzung vorliegender Resolution am Sonnabend, 5. Juni cr., mit Feierabend die Stilllegung der Arbeiten im Betonbau-, Maurer-, Zimmer-, Gipser-, Plattenanseger- und Kunstdichtungsgewerbe und am Mittwoch, 9. Juni cr., mit Feierabend die Stilllegung der Arbeiten in allen übrigen Branchen des Baugewerbes eintritt.

Hamburg, 2. Juni 1909.

Baugewerbe-Verband zu Hamburg

W. Lummert, Vorsitzender.

Herr W. Lummert ist, wie schon angekündigt, kein irgendwo hergelaufener Narr. Er ist ein seit Jahren in der Öffentlichkeit stehender Mann, der private und öffentliche Ehremiträte bekleidet und der auch das Schwabedelalter längst hinter sich hat. Lummert ist nicht nur Vorsitzender des Baugewerbeverbands, sondern er ist auch Vorsitzender des „Bier-Städte-Bundes“ Hamburg-Altona-Wandsbek-Harburg für das Maurer- und Zimmergewerbe. Dieser Bier-Städte-Bund ist Mitglied des „Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe“, und Lummert ist Vorstandsmitglied dieses Bundes. Als solcher hat Lummert teilgenommen an den Verhandlungen im Frühjahr 1908 in Berlin; er hat mittengewirkt beim Zustandekommen des Vertragsmusters zwischen den Verbänden der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter einerseits und dem genannten Arbeitgeberbund andererseits. Lummert hat zwar für Hamburg und Umgegend keinen Vertrag mit den Maurern, Zimmerern und Bauhilfsarbeitern haben wollen, aber er ist mit aller Entschiedenheit dafür eingetreten, daß, soweit es der Wunsch der Unternehmer sei, der Arbeitgeberbund Verträge von den Arbeitern erzwingen solle. Lummert hat auch im vorigen Jahre in Hamburg durch Aussperrungsandrohung Verträge erzwingen lassen. Er muß daher die Bedeutung der Verträge kennen; er muß wissen, daß man nicht heute Verträge schließen kann, um sie morgen zu brechen. Es wäre traurig um sein Denken bestellt, wenn er das nicht wüßte.

Trotz allerdem ist Lummert heute der Hauptmann der Vertragsbrecher. Er in erster Linie ist verantwortlich für obigen Illas, wodurch eine Reihe von Unternehmervereinen gewungen worden ist, die mit den Arbeiterorganisationen ihres Gewerbes geschlossenen Tarifverträge zu brechen. Soweit bis jetzt bekannt geworden, sind es die Unternehmervereine der Gipser, Plattenleger, Steinbauer, Dachdecker und Klempner, die sich des Rechtes begeben haben, vertragsgemäß genutzt zu werden.

Herr Lummert, dem Vertrag mit Arbeitern nichts sind, wenn es ihm gerade in den Arm paßt, ist, wie schon gesagt, auch öffentlich ehrenamtlich in Hamburg tätig; er ist Mitglied des Bürgerrates, des Hamburgischen Landtags und Stadtverordnetenkollegiums. Das gleiche Amt bekleiden Steinbauermeister J. Reimer und die Klempnermeister Gustav und Kohn. Auch diese drei Herren spielen eine Hauptrolle in dem Baugewerbe-Verband; sie sind mit Lummert die Hauptmacher der Aussperrung und des Vertragsbruchs. Wenn sie über die „Verderbtheit“ der Arbeiterschaft zetzen, berufen sie heimlich vor Selbstgefälligkeit und Tugendhaftigkeit, während sie nun vor aller Öffentlichkeit zeigen, daß sie nicht einmal die Grundregeln über Treu und Glauben zu betätigen vermögen.

Die Aussperrung wird ja wahrscheinlich in den Gewerben, wo vorher keine Lohnunterschiede bestanden, noch ein Nachspiel haben. Es ist nicht anzunehmen, daß sich die Arbeiter diese Maßregel gefallen lassen, ohne die Rechnung dafür zu präsentieren. Sicher wird aber die Aktion des Baugewerbeverbands gegen die Lohnbewegung der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter erfolglos verlaufen. Wenn Lummert und Genossen geglaubt haben, einen großen Zug zu machen, so dürfen sie sich bald in die Lage der Kerbe verlegt sehen, denen die Zelle weggeschwommen sind. Für die Arbeiter ist die Situation wohl nicht so, daß sie durch die Aussperrung in Angst und Schrecken zu geraten brauchen; sie waren auf alles vorbereitet und haben danach ihre Maßnahmen getroffen. Nichtsdestoweniger mußte die Handlung der Unternehmervereine gebührend gekennzeichnet und beim richtigen Namen genannt werden, damit die weiteste Öffentlichkeit erfährt, wes Geistes Kinder die Leute sind, die über die „Sittenverderbnis“ des Welt-Krotobildtrünen vergießen und Staat und Gesellschaft vor dem „Terrorismus“ der Arbeiterorganisationen retten wollen.

## Die „Reform“ der reichsgelehrten Arbeiterversicherung.

II.

Für die Vorschläge des Entwurfs, betreffend die Änderung der inneren Verfassung der Krankenkassen, macht die Begründung hauptsächlich geltend: einmal „das Eindringen dässerer, namentlich parteipolitischer Einflüsse in das Kassenwesen“ und sobann „die ungünstige Stellung der Arbeitgeber infolge der gesetzlichen Verteilung des Stimmrechts bei der Kassenverwaltung“. Die Begründung behauptet, die Reichsregierung sei im Besitz umfangreichen Materials dafür, „daß in vielen Ortskassen die Versicherten ihr Übergewicht zu politischen Zwecken ausnutzen“. Ein Teil dieses Materials röhrt von den Aufsichtsbehörden der Kassen und von staatlichen Verwaltungsbehörden her, „denen füglich Sachkenntnis und unbefangene Beurteilung nicht abgesprochen werden könne“.

Es ist zu verlangen, daß die Regierung dieses ganze Material veröffentlicht, damit die Kritik zu ihrem vollen Rechte kommt. Was die Behörden anbelangt, so möchten wir bemerken, daß sie, wie jahzehntelange Erfahrung lehrt, im allgemeinen noch nicht den Beweis erbracht haben, daß sie den Geist, den Charakter, die Tätigkeit der politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, in erster Linie der sozialdemokratischen, wirklich unbeschangen, objektiv und gerecht zu beurteilen vermögen. Vielfach ist das Gegenteil der Fall. Ihre diesbetreffenden Urteile und die Behandlung, die sie der organisierten Arbeiterschaft angeidehen lassen, befinden oft ein erhebliches Maß von Unverständ, Antipathie und Misstrauen, nicht selten auch eine im Bunde mit Mangel an Sachkenntnis stehende Geschäftigkeit und feindselige Stimmung gegen die organisierte Arbeiterschaft. Auch in der uns hier beschäftigenden streitigen Frage stehen die Behörden mit verhältnismäßig wenigen Ausnahmen auf der Seite des Teiles der Unternehmer, der eine „ordnungspolitische“ Aufgabe darin erblickt, gegen die organisierte Arbeiterschaft unter Verleumdungen und unbegründeten Verdächtigungen zu heben. Die scharfmäuerliche Aktion gegen den vorgeblichen „partei-politischen Missbrauch“ innerhalb der Verwaltung der Ortskrankenkassen gehört zu dem, gegen jede freie und selbständige solidarische Bevölkerung der Arbeiter überhaupt gerichteten System.

Natürlich will die Begründung unter den Versicherten, die vorgeblich „missbräuchlichen parteipolitischen Einfluß“ in den Ortskrankenkassen ausüben, sozialdemokratische Arbeiter verstanden wissen.

Schon vor einigen Jahren hat der Vorstand des Verbandes der Ortskrankenkassen es sich angelegen sein lassen, der Verleumdung, daß die sozialdemokratischen Leitungen der Kassen diese leichten „für ihren parteipolitischen Zweck missbrauchen“, durch eine Umfrage bei den Arbeitgebervertretern der Ortskrankenkassenstände zu begegnen. Arbeitgebervertreter von 424 Kassen mit 1703 858 Mitgliedern beantworteten die gestellten Fragen. Und das Resultat? Die Frage, ob Sozialdemokraten im Kassenvorstand sitzen, wurde von 166 bejaht, von 184 verneint. Bei dem Rest lautete die Antwort unbestimmt. Differenzen wurden von 393 Kassen verneint und nur von 26 bejaht. Es handelt sich bei diesen Differenzen zweifellos um Anstellung von Beamten, fünfmal um Vergabe von Druckarbeiten, des weiteren um die Wahl des Vorsitzenden und um rücksichtlose Behandlung der Arbeitgeber. Keine

dieser Differenzen wird den sozialdemokratischen Vertretern zur Last gelegt. Von den 1524 Angehörigen der Kassen werden 201 als Sozialdemokraten bezeichnet. Eine „Vorzugsstellung von Sozialdemokraten“ bei der Beamtenanstellung wird nur von 17 Antworten bejaht. Die Frage, ob Kassenmitglied zu sozialdemokratischen Zwecken verwendet werden sind, wird durchgehend verneint. Und fast alle Antworten haben hervor, daß „sozialdemokratische Beeinflussung der Kassengeschäfte“ nicht wahrgenommen worden ist.

Ungefähr ist selbst die Begründung der Tatsache erwähnung, daß bei den vom Reichsamt des Innern veranlaßten Befreiungen mit Vertretern der Kassenverwaltungen „eine Anzahl der erschienenen Arbeitgeber das Vorhandensein parteipolitischer Missbräuche nachdrücklich in Abrede gestellt“ hat.

Das gewissen Scharfmäuerertum folgert den „parteipolitischen Missbrauch“ aus der Tatsache, daß in einem Teile jener Kassen Sozialdemokraten beschäftigt sind. Deshalb versucht man diese Kassen zu „politischen“ Einrichtungen im Dienste der Sozialdemokratie zu stempeln. Der Schwund dieser Art ist ja nicht neu. Solange Anhänger bürgerlicher Parteien an der Leitung von Krankenkassen und Gewerbevereinen usw. sind, solange sie die Mehrheit in den Gewerbeberatern usw. haben — solange ist „alles gut“. Da fällt es keinem ein, aus diesem Umstande „parteipolitischen Missbrauch“ zu folgern. Aber sobald Sozialdemokraten einer derartigen Organisation vorstehen, wird gegen sie der Vorwurf „parteipolitischen Missbrauchs“ ihrer Stellung erhoben.

Ein Beweis dafür, daß „politischer Missbrauch“ der Kassen durch Sozialdemokraten stattgefunden hat, ist bis jetzt von keiner Seite erbracht worden. Auch die Reichsregierung wird ihn nicht erbringen können. Ihr kommt es ja dann auch lediglich darauf an, einen Vorwand zu haben für ihr Bestreben, die Selbstverwaltung der Kassen zu vernichten. Lediglich dieses Zweck soll die „Gleichstellung der Rechte und Pflichten zwischen Arbeitgebern und Versicherten“ dienen. Keinem andern! Die Hälfte der Vertreter Arbeiter, die andre Hälfte Arbeitgeber! Voransetzung dabei ist natürlich, daß leichtere in der Regel imstande sein werden, mit Hilfe eines oder einiger „braven“ Arbeitervertreter die Majorität zu haben. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch zu beurteilen, daß der Entwurf absichtlich von der Einsicht eines „unparteiischen“ Vorsitzenden, wie die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und die Schiedsgerichte, ihn haben. Der Vorsitzende im Vorstand soll durch übereinstimmende Wahl beider Teile, der Vertreter der Versicherten und der Arbeitgeber, eingesetzt werden. Nur subtilär, für den Fall und auf so lange, als sich beide Gruppen nicht einigen, läßt der Entwurf den Vorsitzenden durch den zuständigen Kommunalverband ernennen. Von Wichtigkeit ist noch, daß an die Stelle der Generalversammlung der Krankenkassen allgemein ein von der Gesamtheit der Versicherten und berjenigen der Arbeitgeber gewählter Ausschuß treten soll, und zwar, wie die Begründung sagt, weil „allzu zahlreich besetzte Mitgliederversammlungen erfahrungsgemäß für eine sachliche und fördernde Behandlung der Geschäfte einer Körperschaft wenig geeignet zu sein pflegen“. Darüber würde sich unter rein objektiven Gesichtspunkten reden lassen, wenn sich nicht auch mit diesem Vorschlag ganz offenbar die Tendenz verbinde, den bestimmenden Einfluß der Arbeiterschaft auf die Kassen möglichst einzuschränken. Es müßte doch wenigstens für gewisse Fälle die maßgebende Entscheidung durch Mitgliederversammlungen sichergestellt werden.

Der Entwurf will weiter die Beziehungen der Krankenkassen zu ihren Beamten und Angestellten neu regeln. Im jetzigen Krankenversicherungsgesetz kommen da in Betracht zunächst die für Orts-, Betriebs-, Bau- und Innungskrankenkassen geltenden Bestimmungen des § 42, wonach die Mitglieder des Vorstandes sowie Rechnungs- und Kassenführer der Kasse für pflichtgemäße Verwaltung haften wie Wormsüber ihren Münzen; handeln sie absichtlich zum Nachteil der Kasse, so unterliegen sie der Bestrafung des § 266 des Strafgesetzbuches. Nach § 45 überwacht die Aufsichtsbehörde die Erfüllung der gesetzlichen und statutarischen Vorschriften und kann sie durchandrohung, Festsetzung und Vollstreckung von Ordnungsstrafen gegen die Mitglieder des Kassenvorstandes erzwingen. Was speziell die Anstellungsverhältnisse der Kassenangestellten anbetrifft, so regeln sie sich nach den allgemeinen Bestimmungen des bürgerlichen Vertragsrechts.

Das bestehende Gesetz geht von der Annahme aus, das Schweregewicht der Führung der Kassengeschäfte in

die ehrenamtliche Verwaltung zu legen; der Entwurf erstrebt eine geistige Disziplinierung der Angestellten nach dem Vorbilde des Staats- und Kommunalbeamtenwesens. Er kommt damit reaktionären Bestrebungen des Zentrums entgegen, die im Reichstage bereits bei der Beratung der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz vom Jahre 1903 scharf hervortreten sind und zum Teil auch bereits damals durch Mehrheitsbeschluss sanktioniert wurden. Damals hatte die Kommission auf Vorschlag des Zentrums beschlossen, dem § 42 eine Bestimmung hinzuzufügen dahingehend, daß jede Kasse eine Dienstordnung zu beschließen habe, durch welche die Rechtsverhältnisse und die allgemeinen Anstellungsbedingungen der Kassenbeamten geregelt werden, und daß diese Dienstordnung sowie die späteren Änderungen derselben der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörden unterliegen.

Sowohl von Seiten der Sozialdemokraten als auch der Freisinnigen ist der Vorschlag energisch bekämpft worden als ein schwerer Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht der Kassen. Ist eine Dienstordnung von der Genehmigung der Aufsichtsbehörde abhängig, so wird damit dieser Behörde eine mit dem Selbstverwaltungsrecht unvereinbare außerordentliche Gewalt eingeräumt, die dem schlimmsten Missbrauch dienen kann. Die von der Kommission beantragte Vorschrift wurde denn auch nicht in die Novelle aufgenommen; doch beschloß die Mehrheit eine Resolution, in der die verbündeten Regierungen zur „demokratischen Lösung“ dieser Frage aufgefordert werden.

Der Entwurf der Reichsversicherungsordnung schlägt nun unter ausdrücklicher Verufung auf diese Resolution vor, daß für die Angestellten der Orts-, Land- und Innungskassen, die nicht nach Landesrecht als Staats- oder Kommunalbeamte anzusehen sind, eine Dienstordnung aufgestellt wird, und zwar unter Mitwirkung (Genehmigung) des Versicherungsamts und des Überversicherungsamts. Die Dienstordnungen sollen namentlich enthalten: Bestimmungen über den Besoldungsplan, die Zahl der Angestellten, das Aufrücken in höhere Stellen, die Strafen bei Dienstvergehen, die Voraussetzungen der Kündigung und Entlassung. Für Kassen mit mehr als 10 000 Mitgliedern kann das Überversicherungsamt nach Anhörung des Kassenvorstandes bestimmen, daß mindestens die geschäftsführenden Angestellten auf Lebenszeit oder nach Landesrecht unwiderruflich angestellt werden. Diese Angestellten sollen die Rechte und Pflichten von Staats- und Kommunalbeamten übertragen werden! Die Landesregierung kann allgemein die Anforderungen bestimmen, welche die Dienstordnung an die geschäftliche Erfährtigung der mit der Kassen- und Rechnungsführung beschäftigten Angestellten, oder Beamten stellen muß. Über die Anstellung der unter der Dienstordnung stehenden Angestellten der Ortskrankenkassen soll die Mehrheit der beiden Gruppen der Vorstandsmitglieder (Beschäftigte und Arbeitgeber) beschließen. Kommt ein solcher Beschluß nicht zustande, so soll einfache Stimmenmehrheit im Vorstande genügen, dieser Beschluß aber der Bestätigung durch das Versicherungsamt bedürfen. Bei den Betriebskrankenkassen soll der Betriebsunternehmer auf seine Kosten und Verantwortung die zur Geschäftsführung erforderlichen Angestellten bestellen.

Es ist klar, daß diese Vorschläge dazu dienen sollen, in Verbindung mit den bereits mitgeteilten und kritisierten Bestimmungen, betreffend die Abänderung der inneren Verfassung der Krankenkassen (Festhaltung unberechtigter äußerer Einstüsse), das Selbstverwaltungsrecht durchaus zu vernichten. Alles, was die Selbstverwaltung zu halten und zu fördern vermöchte, soll aus dem Wege geräumt werden. Und dabei ist noch ein sehr bösartiger Hintergedanke zu berücksichtigen: die Absicht, die Beamtenstellen in den Ortskrankenkassen möglichst mit zivilverwaltungsberechtigten Personen, mit Militärärzten und verabschiedeten Offizieren zu besetzen. Diesen Elementen will man die besten Stellen reservieren. Ein neues, von den Bevölkerungen abhängiges Beamtenamt mit öffentlichem Charakter, mit den Rechten und Pflichten von Staats- und Kommunalbeamten will man schaffen. Da müssen natürlich die Arbeiter aus dem Wege geräumt werden. Für die Arbeiter bleibt in der Hauptstadt nur noch die Pflicht des Zahlsens.

Auch in den die Hilfskassen betreffenden Vorschlägen des Entwurfs tritt eine stark reaktionäre Tendenz hervor, und zwar im Gegensatz zu dem im Jahre 1907 dem Reichstage zugegangenen, aber noch nicht zur Beratung gelangten zweiten Entwurf eines Gesetzes über die Hilfskassen. Dieser Entwurf will nur das Schwindelfallenwesen treffen. Der Entwurf der Reichsversicherungsordnung aber hat es

darauf abgesehen, den Hilfsklassen die Existenz zu erschweren, um sie so zu beseitigen. Die Begründung behauptet, es müsse dafür gesorgt werden, daß nicht Erborganisationen zum Nachteil derjenigen Einrichtungen bevorzugt werden, die der Regel des Gesetzes entsprechen. Da wird denn zunächst das „Privilegium“ ins Auge gefaßt, „das Hilfsklassen aus § 75 des Krankenversicherungsgesetzes besitzen“. Es handelt sich hier um die Bestimmung, wonach Mitglieder solcher freien Hilfsklassen, welche mindestens dieselben Leistungen gewähren wie die von der Gemeindeversicherung zu gewährenden, von der Verpflichtung einer reichsgelebten Krankenkasse anzugehören, befreit sind. Der Hilfsklassengesetzentwurf von 1907 taucht dieses sogenannte „Privilegium“ nicht auf; es stellt nur noch einige weitere Anforderungen im Interesse der Versicherten, die jede solche Hilfsklasse erfüllen könnte, und die sehr viele dieser Kassen schon jetzt erfüllen. Die Reichsversicherungsordnung jedoch will das „Privilegium“ brechen, d. h. den Hilfsklassen Erschwerungen auferlegen. Sie läßt deren innere Verfassung und ihre Stellung zur staatlichen Aufsicht unberührt, um sie desto rücksichtsloser in ihren materiellen Existenzbedingungen zu treffen. Da kommen hauptsächlich folgende Bestimmungen in Betracht:

Versicherungssvereine, denen als eingeschriebene Hilfsklassen eine Genehmigung nach § 75 a des Krankenversicherungsgesetzes (daß sie den Anforderungen des § 75 genügen) vor dem 1. April 1909 erteilt worden ist — wonach also neue solche Kassen nicht mehr zugelassen werden! — sollen auf ihren Antrag nur noch als Ersatzklassen zugelassen werden, sofern sie mindestens eintausend Mitglieder haben und eintigen neuen Anforderungen genügen:

Die Hilfsklassen sollen aufnahmefähig sein. Sie sollen den Beitritt Versicherungspflichtiger nicht von ihrem Lebensalter, Geschlecht oder Gesundheitszustand abhängig machen dürfen. Der Beitritt darf keinem Versicherungspflichtigen versagt werden, wenn er zu dem Personentreis gehört, für den der Versicherungssverein nach seiner Satzung errichtet ist. Durch diese Belebung des sogenannten „Privileges“ aus § 75 des Krankenversicherungsgesetzes hofft der Entwurf, bewirkt zu können, daß die Hilfsklassen „den Bestand der territorialen Ortskrankenkassen nicht gefährden oder beeinträchtigen“.

Für versicherungspflichtige Mitglieder einer Ersatzklasse sollen auf ihren Antrag die eigenen Rechte und Pflichten als Mitglieder der Orts-, Betriebs- oder Innungskrankenkasse, der sie angehören, ruhen. Solange dieses der Fall ist, haben sie keinen Anspruch auf die Leistungen solch einer Kasse und können bei derselben weder Stimmrechte ausüben, noch Ehrenämter bekleiden. Ihre Arbeitgeber haben jedoch unter Fortfall des Beitragsanteiles des Versicherten den eignen Beitragsteil an die Krankenkasse einzuzahlen. Es soll also, genauer und deutlicher ausgedrückt, die Zugehörigkeit der Arbeiter zu einer Hilfsklasse dem Arbeitgeber nicht mehr von der Anmelde- und Beitragspflicht zur zuständigen Pflichtkasse befreien und bewirkt werden, daß die Versicherten keine Rechte und Pflichten gegen die Pflichtkasse haben.

Es ist ohne weiteres klar, daß sich diese Vorschläge gegen die Existenz der Hilfsklassen richten. Mit diesen Worten legt die Begründung des Entwurfs die Erwägung nahe, „ob bei der Neugestaltung der Krankenversicherung überhaupt noch ein Platz für die Zulassung der Hilfsklassen als Ersatzklassen gegeben sei, und ob dafür ein ausreichendes Bedürfnis besteht“. Diese Erwägung läßt am tendenziöser Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig.

### Politische Umschau.

Der Entwurf der Reichsfinanzreformfrage. — Protestbewegung. — Die Verlässlichkeit auf der Steuerfahne. — Ein Herrenhauswunder. — Staatsbürgertag. — Ein Arbeitgeberbund. — Arbeiterschutz im In- und Ausland. — Das Rotteken.

Wenn unser Leser diese Nummer unsres Blattes ausgeht, wird der Reichstag wieder zusammengetreten und wahrscheinlich schon in die entscheidenden Verhandlungen über die Reichsfinanzreform eingetreten sein. Im Laufe der verflossenen Woche haben die Finanzminister der Einzelstaaten in Berlin eine Konferenz abgehalten, um Stellung zu den Beschlüssen der Rumpf-Finanzkommission des Reichstags zu nehmen und sich über eventuelle weitere Gesetzesvorschläge schlüssig zu machen. Über die Resultate dieser Konferenz, die „geheim“ gehalten werden sollten, ist bis jetzt noch nichts Gewisses in die Öffentlichkeit gedrungen. Es verlautet nur, daß die Herren die vom Reichschaumt ausgearbeiteten Entwürfe

über eine Erbansatzsteuer genehmigt, dagegen von der Einführung einer Wertzuwachssteuer beim Reichstage Abstand genommen und die von der Finanzkommission beschlossene Kotierungsteuer abgelehnt hätten. Bei den sonstigen Vorschlägen der Kommission (Stuer auf Bündholzer, Glühörpfer, Parfümerien usw.) sollen die Beschlüsse des Reichstags abgewartet werden.

Die Protestbewegung gegen die Beschlüsse der Rumpf-Kommission ist immer mehr angewachsen. Ob sie Erfolg haben wird, ob sich im Reichstage eine Majorität findet, die den neuen unerhörten Belastungen, die dem Volke, dem Handel, dem Verkehr und der Industrie zugedacht sind, ihre Zustimmung versagt, bleibt abzuwarten. Niemand möge wagen, in diesem Punkte ein Prophet sein zu wollen! Wie die Dinge liegen, ist jede Kombination, jedes Vorzugsrecht zu rechnen. So mit der, daß die Nationalliberalen und die Freisinnigen es schließlich doch noch fertig bringen, umzusetzen und auf Grund einer „Verständigung“ hinter den Kulissen mit der konserватiv-klerikalen Koalition gemeinsame Sache zu machen. Dass die Nationalliberalen geneigt sind, einzuleben und einen Schachzug mitzumachen, das haben ihre leitenden Organe in den letzten Tagen ziemlich deutlich durchblitzen lassen.

Die leitenden Organe der konservativen und des Zentrums vertreten nach wie vor die Ansicht, daß die Regierung der konserватiv-klerikalischen Koalition keinen ernsthaften Widerstand bereiten werde. Damit dürften sie leider auch wohl recht behalten.

Fallen die Blödliberalen nicht um, und halten die Polen und Antisemiten fest an der Bundesgenossenschaft mit den konservativen und dem Zentrum, so wird es sich bei der endgültigen Entscheidung im Plenum allerhöchstens um eine Mehrheit von 15 Stimmen handeln können, vorausgesetzt, daß das Haus voll besetzt ist, daß nicht ein Abgeordneter auf der einen oder der andern Seite fehlt.

Es sind ernste, sehr bewegte Tage, die bevorstehen. Nach der Ankündigung der „Kreuzzeitung“ ist die konserватiv-klerikale Koalition fest entschlossen, die Finanzreform in 14 Tagen zu erledigen — das heißt, sie durchzusetzen, wie vor einigen Jahren der Zollkant unter Vergewaltigung der Minorität, unter Nichtachtung der Geschäftsordnung durchgepeitscht worden ist. Diesem parlamentarischen Mehrheits-Terrorismus werden natürlich sich wenigstens die Sozialdemokraten mit äußerster Entschiedenheit widersetzen.

Gefangen darf man zunächst darauf sein, was der Reichstagslager und Herr Schröder dem Reichstage zur Rechtfertigung ihrer unerhörten Haltung dem neuen Blod gegenüber zu sagen haben werden.

Die erste Sache hat auch ihre humorvolle Seite. In den Berichten der Finanzkommission sind die Steuerfälle aufgelistet, die steuerfindige Märkte und Wichtigkeiten direkt der Kommission oder dem Reichstage gemacht haben. Es sind ihrer viele Dutzende. Darunter finden sich: Besteuerung von Mauersteinen, Gips, Schaufelsternen und Wohnungsfenstern; von Schirmen und Stöcken und Papier; eine Spielleiter; eine Menschengewichtssteuer für alle Personen über 200 Pfund; eine Graviditätssteuer; eine Besteuerung der Kinderlosigkeit; eine Dienstbotensteuer; die Eingiehung eines Teils der Trinkgelber in Restaurants, Hotels und vergleichbare Gaststätten — und was dergleichen steuerpolitischer Blödsinn mehr ist. Eine Klosettsteuer fehlt unter den Vorschlägen; der Vorschlag wäre ja auch nicht neu, er ist schon dagewesen; aber es nähert sich ihm eines: die Steuer auf Eisenbitoli, mit dem sämtliche Abort geruchlos zu machen sind!

Zu wie vielen armen schwachen Herzen guter Patrioten mag die Finanzreformfrage verhütend gewirkt haben! Die Steuerbereitschaft hat, wie wir mitgeteilt haben, ja auch im preußischen Dreiklassenparlament ihre Blüte getrieben. Man hat da u. a. einen Fahrstempel beschlossen. Und nun hat sich ein unbegreiflich hohes Wunder ereignet: die Finanzkommission des preußischen Herrenhauses hat bei der Beratung des Stempelsteuergesetzes eine der ungünstigsten und unsozialistischsten Steuern, den Fahrstempel, mit allen gegen eine Stimme ohne weiteres von der Liste der Stempelarten gestrichen!

Wenn das kein Wunder im politischen Leben Preußens Deutschlands ist, dann gibt es keines mehr! Die preußische Junikammer ist einmal verhängter als das preußische Dreiklassenparlament. Freilich mögen sich die „Herren“ nicht einbilden, damit auch nur den hunderttausend Teil ihrer gewaltigen Sündenschuld am Volle tilgen zu können. In den letzten Wochen sind Dutzende neuer Beweise dafür erbracht worden, daß das preußische Großgrundbesitzertum, das sich so vorzüglich auf den gesetzlich sanktionsierten Lebensmittelzucker versteht, auch geißelt ist in der Kunst, den Staat durch Steuerhinterziehung in der freisten und unverhütbaren Weise zu betrügen, ohne daß die Behörden, die genau um diesen Betrug wissen, dagegen einschreiten. Professor Delbrück hat festgestellt, daß es sich bei diesen Vertrügeren um viele Millionen handelt. Selbst der konservativen, aber nicht völlig agrarische „Reichsbote“ sieht sich ga-

folgenden Bemerkungen genügt: „Jeder ehrliche Mensch wird solche Staatsbetrügerie verurteilen. Als unglaublich aber muß es angesehen werden, daß Staatsbeamte diese Betrügerie begünstigen oder so tun, als würden sie nichts, und dadurch den Staatsbetrag begünstigen, während alle geringeren Leute, namentlich Arbeiter, Beamte, Lehrer, Geistliche, bis auf den letzten Groschen zur Steuer herangezogen werden. So etwas macht viel böses Blut, namentlich in jüngsten Zeiten, wo der Staat seine Steuern erhöht, sie in verstärktem Maße in direkter und indirekter Weise auf die ärmeren und mittleren Klassen legt und deren Arbeitsverdienst belastet.“

Freilich! Ach, es gibt leider noch so große Vollmassen, die gar keine Ahnung davon haben, wie schamlos das Volk von gewissen auf „Bildung und Wohl“ pochenden Elementen betrogen wird. Wäre jedem Arbeiter, jedem Angehörigen des Mittelstandes die schändliche Auswucherung und Betrugswirtschaft, die am Volke geübt wird, schon so recht zum Bewußtsein gekommen, so wäre eine Reichstagsmehrheit, wie die jetzige, nicht möglich.

Wenn der Arbeiter gemeinsam mit seinen Berufs- und Klassengenossen für seine Interessen eintritt, wird er immer der frivole Betrogene und der Unterdrückte sein. Offenbarliche Gewalt, „staatserhaltende“ Parteien, Unternehmertum stehen gegen die Arbeiter. Diese Pwede soll auch die Gründung eines Bundes der Arbeitgeber dienen, die die deutsche „Arbeitgeber-Zeitung“ jetzt wieder vorschlägt.

Der Bund bezweckt, alle gewerblichen Arbeitgeber ohne Rücksicht auf ihre parteipolitische Zugehörigkeit und auf die Eigenart ihrer gewerblichen Tätigkeit zusammenzuschließen, um ihnen einer der wirtschaftlichen Bedeutung des Unternehmertums entsprechende Vertretung in den parlamentarischen Körperschaften und damit gleichzeitig denjenigen Einfluß auf die sozialpolitische Gesetzgebung zu verschaffen, der ihnen im Interesse der Wohlfahrt der nationalen Gütererzeugung unbedingt zuwillingen ist.“

Das heißt, der Arbeitgeberbund soll das Zustandekommen von Gesetzen zugunsten der Arbeiter verhindern. „Kein gründlicher Arbeiterschutz“ und „Nieder mit dem Koalitionsrecht der Arbeiter“, das ist und bleibt die Parole der Schartmacher im Unternehmertum.

In Österreich hat die Achtundfünfzigbewegung einen kleinen Erfolg zu verzeichnen, der allerdings noch gesichert werden muß. Von dem vollständig wirtschaftlichen Ausschuß des Abgeordnetenhauses wurde eine Resolution des Sozialdemokratischen Witzl, der die achtstündige Arbeitszeit in den gärtnerischen Roböüberwerfen wünscht, mit 15 gegen 14 Stimmen angenommen.

In Frankreich tritt das Projekt einer Altersversicherung für Arbeiter wieder schärfer hervor. Nachdem dieses Projekt schon einige Jahre hindurch „erwogen“ worden ist, namentlich, um damit Arbeitgeber für die bürgerlichen Parteien einzufangen, kommt jetzt endlich ein greifbarer Vorschlag. Senator Cubino hat im Auftrage einer Senatskommission einen Entwurf ausgearbeitet, der

die Grundlage werden soll zu einer Einigung zwischen Kammer, Regierung und Senat. Natürlich wird auch das Werk Cubino sich noch manche Veränderung gefallen lassen müssen, aber ein Blick auf die Grundlinien des neuen Gesetzes ist immerhin auch jetzt schon interessant.

Versicherungsberechtigt und verpflichtet sind alle männlichen und weiblichen Arbeiter und Angestellten in Industrie, Handel, Arbeiterverbänden, freien Berufen, Landwirtschaft und ferner die häuslichen Dienstboten. Sie erhalten mit 65 Jahren eine feste Jahresrente von 120 Frs.

Sie haben im übrigen Anspruch auf eine Altersversicherung und gegebenenfalls eine Invalidenrente. Rechnet man die Arbeiter ab, die schon besondere Pensionsysteme angehören, wie die Bergleute und die Arbeiter der Verkehrsgesellschaften, so kommt man bei dem neuen Gesetz auf etwa 11 Millionen versicherungsberechtigte Franzosen. Die Angestellten haben jährlich 6 Fr. (monatlich 50 Ctm.) beizutragen, die Arbeiter 9 Fr., und der Staat macht in besonderen Fällen die Pensionsbezüge voll. Der Beitrag, den der Dienstherr für das Gesetz an den Staat zahlt, ist ganz unabhängig vom Wechsel der Dienstboten. Diese selbst leben ihre Beiträge in Stempelmarken auf ein Heft, das von den Aufsichtsbeamten geprüft wird. Der Arbeiter, der vom 15. bis zum 65. Jahre seine vorschriftsmäßigen Einzahlungen gemacht hat, würde zunächst einen Pensionsanspruch auf 110,25 Frs. haben. Dazu kommen eine Drittelszulage aus Staatsmitteln von 36,75 Frs. sowie einige andre Zuflüsse nach besondern Bestimmungen. Der Betrag der Dienstreite würde auf diese Weise 267 Frs. erreichen. Zahlt der Rentenempfänger einen Jahresbeitrag von 9 oder 12 Frs. anstatt 6 Frs., kann er auf eine Pension von 340 bis 400 Frs. zählen.

Die Velastung des Staates würde natürlich bedeutend sein. Doch wenn, wie es der Plan der Regierung und der Wasserpatroliert ist, bis 1919 nicht weniger als drei Milliarden für neue Kriegsschiffe ausgegeben werden sollen, so werden wohl auch noch Mittel für ein soziales Werk beschafft werden können. Allerdings ist an dem guten Willen der bürgerlichen Parteien sehr zu zweifeln.

Zum Schluß unserer heutigen Übersicht mögen unsre Leser sich „erbauen“ an einer Aufstellung der Flottenlisten der europäischen Großmächte. In einer Ergänzung zum Aprilheft der „Revista Marítima“ vergleicht der Schiffingenieur Luigi Barberis auf Grund sehr eingehender und zuverlässiger Berechnungen die Kosten, die die europäischen Großmächte, sowie die Vereinigten Staaten, in den letzten vier Jahren für ihre Flotten aufgewandt haben.

Es belaufen sich die Flottenausgaben für das laufende Finanzjahr (1909/10) auf:

84,7 Millionen Francs in Österreich,
129,0 " " Italien,
249,5 " " Russland,
317,0 " " Frankreich,
493,0 " " Deutschland,
709,8 " " Vereinigte Staaten,
807,9 " " England.

In den letzten vier Finanzjahren (1906, 1907, 1908, 1909) sind im ganzen aufgewandt worden von:

Österreich .....	246,6 Millionen Francs
Italien .....	478,6 "
Russland .....	1035,1 "
Frankreich .....	1223,9 "
Deutschland .....	1659,8 "
Vereinigte Staaten .....	2392,0 "
England .....	3136,8 "

Alles in allem haben somit in den letzten Jahren die beteiligten sechs Großmächte für ihre Flottentäufung die stattliche Summe von 9978,3 Millionen, das heißt zehn Milliarden Francs, ausgegeben. Hierbei entfällt allein auf die beiden größten Großmächte, England und die Vereinigten Staaten, beträchtlich mehr als die Hälfte der Gesamtsumme. Der Rüstungswahn in seiner ganzen Durchdringlichkeit spricht aus diesen Zahlen. Und immer aufs neue und immer stärker macht er sich geltend — zum Unheil der Völker!

## Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

### Deutschland:

#### Maurer:

Hansastädte: Hamburg (Aussperrung aller Arbeiter des Baugewerbes);

Schleswig-Holstein: Apenrade (Streik);

Mecklenburg:

Sülze (Sperre über Holdorf), Lübbeke (Sperre über das Kaliwerk);

Brandenburg:

Crossen a. d. Oder (Streik), Lehnn (Abwehrstreik); Bad Schönfliess (Aussperrung), Fürstenwalde (Sperre über Pätzl);

Pommern:

Pyritz (Streik), Treptow a. d. Rega (Sperre über Paul Wittke), Rügenwalde (Sperre über Schirmer und Leichter), Bergen a. R. (Sperre über Rudolf Wahl in Binz), Wolgast (Sperre über Peters in Lümannsdorf), Alt-Dammt (Sperre über Böttcher);

Ost- und Westpreussen, Posen:

Schlochau, Koschmin (Streiks), Latowitz (Sperre über die Unternehmer Laube und Kempen), Gerswalde (Sperre über Mursch), Konitz, Vandsburg, Marienwerder, Lissa (Differenzen);

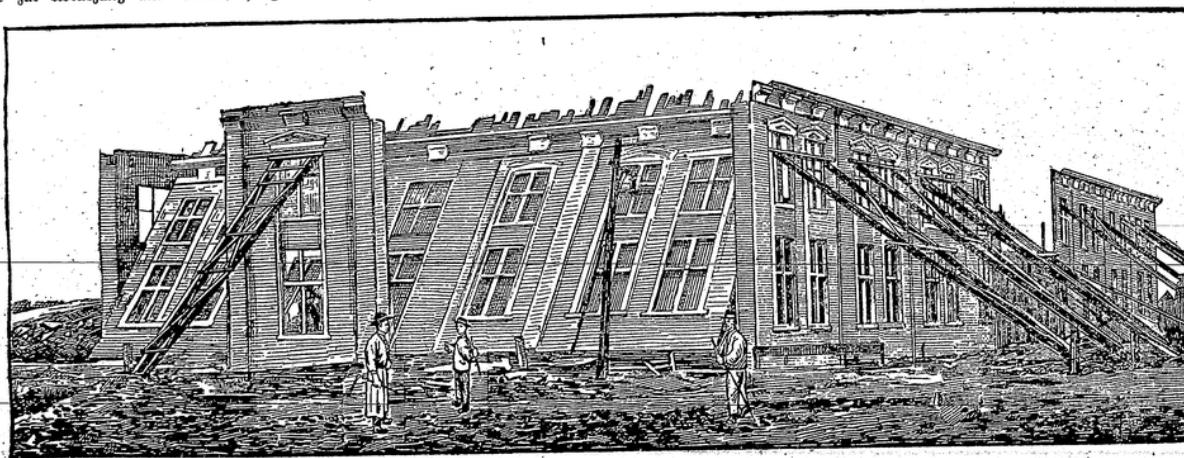
Königr. Sachsen:

Leipzig (gesperrt sind: Marien & Kunze, Bahnhofsgebäude, Mülsen (Sperren über E. Meier, Ortmannsdorf und F. Döhn, Mülsen-St. Niklas), Schkenditz (Sperre über Reiwand in Cursdorf), Borsdorf (gesperrt sind die Bauten der Unternehmer Wilhelm in Borsdorf und Hanke in Paritsch), Zittau (Sperre über Hüske in Weigsdorf), Bautzen (Sperre über Scheibe), Reichenbach i. V. (gesperrt sind die Unternehmer Mothes, Seidel und Seifert in Lengenfeld), Ebersbach (Sperre über die Bauten des Baumeisters Haucke), Kirchberg (Streik);

## Ein neues System des Betonbaues.

Von Fred Hood. (Nachdruck verboten.)

Man muß es den Amerikanern lassen, daß sie viel für die Entwicklung des Betonbaues getan und namentlich manche Arbeitsweise zur Ablösung und Vereinfachung der Bauarbeit erdacht haben. Wie sie in der maschinellen Herstellung von Betonbaublöcken die ersten waren, so treten sie auch jetzt wieder mit einem völlig neuen System des Betonbaues hervor, das sich nach dem Erfinder, Ingenieur H. H. Allen, als Allen-System bezeichnet will. Allen ist offenbar von dem



Grundsatz ausgegangen, daß man ebenso gut wie man Gefügsilice, Rohre oder dergleichen auf der Baustelle aus Beton fertigt, um sie sofort an Ort und Stelle zu verlegen, auch eine ganze Mauer mit allen Verstärkungsseiten, den Gefüßen, Fensterumrahmungen usw. in horizontaler Lage ziehen kann; man hat sie dann nur aufzurichten und mit den Nachbarwänden zu verbinden. Die Sache klingt, namentlich wenn man größere Gebäude ins Auge faßt, zunächst etwas

romantisch, fast möchte ich sagen, etwas amerikanisch; aber

wurde in gleicher Weise gebaut. — Die Hauptaufgabe besteht

darin, die einzelnen Mauern dermaßen in horizontaler Lage herzustellen, daß sie bei ihrem Aufrichten sofort mit dem Sockel genau an die für sie bestimmte Stelle kommen, so daß man also die fertig abgebundenen Wände nicht weiter zu befördern, sondern eben nur aufzurichten braucht, ja etwa wie man eine an Boden liegende Leiter emporrichtet. Vollkommen ist dieses Bild allerdings nicht, denn die Wand wird nicht zu ebener Erde, sondern auf einer etwa 90 cm

kräftige Hauptlagsims mit weit vorpringenden Konolen und tiefe verzierter Fensterverdachungen sind vorher gegossen. Sie werden auf der Plattform an zutreffende Stelle verlegt und mit eingeflammt. Es kommt ein Beton aus einem Teil Cement, anderthalb bis zwei Teilen Sand und vier Teilen Steinziegel zur Verwendung, der zunächst in einer Tiefe von etwa 5 cm ausgebreitet wird. Auf diese Schicht kommen zur Armierung kreuzweise gelegte schraubenförmig gebrechte Stahlstäbe, die in Entfernung von

**Provinz Sachsen und Anhalt:**

**Coswig, Wettin a. d. S. (Streiks), Dessau (Abwehrstreik), Salzwedel (Aussperrung), Weissenfels (Sperrre über die Unternehmer Menzel und Schiedt), Halle (Sperrre über Iffland in Passedorf), Aken (Sperrre über Karl Karchäuser);**

**Schlesien:**

**Bunzlau (Sperrre über die Tonröhrenfabrik von Hoffmann & Co.), Märzdorf (Sperrre über Schneider in Peiskerau und Schenkel in Grehowitz), Laskowitz (Sperrre über Schmidt & Fülich), Jauer, Mittelsch (Streiks);**

**Thüringen:**

**Schlotheim (Streik), Arnstadt (Sperrre über O. Grossler), Ronneburg (Sperrre über Kretschmar), Sachsa (Sperrre über Buchholz in Braunschweig);**

**Hannover, Braunschweig, Oldenburg:**

**Ahlt, Lehrte, Lünen, Sarstedt, Walsrode, Neuhaus a. d. E. (Streiks), Sulingen (partieller Streik), Landkreis Linden, Holzminden (Aussperrungen), Bückeburg (Sperrre über Krauss), Hannover (Sperrre über die Firma Berger & Co. aus Bromberg), Nordenham (Sperrre über die Bauten des Metallwerks), Harburg (Sperrre über die Bauten der Unternehmer Aldag und Bühr in Langenbeck und Rönneburg), Vechta (Differenzen);**

**Westfalen und Rheinland:**

**Bonn, Viersen, Velbert, Heiligenhaus, Tönnesheide, Billerbeck, Ahlen-Bork-Selm, (Streiks), Saarbrücken und Umgegend (Aussperrung), Minden (Sperrre über Akmann in Oberkirchen), Düsseldorf (Sperrre über Riese), Elberfeld (Sperrre über Decker & Stöver), Herborn (Sperrre über Rinn aus Giessen);**

**Hessen-Waldeck:**

**Neustadt a. M., Biebesheim, (Streiks), Bitburg (Sperrre über Kuhlmann und Kraus), Bad Soden (Sperrre über den Unternehmer Christian);**

**Bayern:**

**Asbach, Zirndorf (Streiks), Oberkotzau, Würzburg (Aussperrung);**

**Baden-Pfalz, Elsaß-Lothringen:**

**Pforzheim (Streik), Worms (Sperrre über Schmidt);**

**Kamin- u. Feuerungsarbeiter:**

**München (Gesperrt ist die Firma Joseph Houtzer für folgende Arbeitsplätze: Harburg in Schwaben (Märkerwerke), Haunstetten b. Augsburg (Spinnaire-Martin & Co.), Grube Sofia bei Stockheim in Thüringen).**

**Fliesenleger:**

**Mülheim-Ruhr (Sperrre über Möhlenbrück & Matheis), Köln und Düsseldorf (Sperrre über die Arbeiter des Zwischenmeisters Kürbbaum aus Bonn);**

**Isolierer und Steinholzleger:**

**Leipzig (Sperrre über die Firma Friedrich Wilhelm Krausse, Moltskestr. 23), Köln (Sperrre über die Kokkelithwerke), Chemnitz (Sperrre über Ziegeler & Fritzsche), Hamburg (Aussperrung), Berlin (Sperrre über die Filiale der Gesellschaft „Fama“).**

**Oesterreich:**

**Bozen, Komotau, (Streiks).**

**Schweiz:**

**Zürich (Streik der Fliesenleger).**

**Flunkerei und Heulmetterei in Unternehmertreisen.**

Der kommende Kampf im Jahre 1910 wird von Woche zu Woche in stärkeren Dosen als lastiger Nöder ausgeworfen — besser gesagt: als Schiedmittel verbreitet —, um die immer noch große Zahl der arbeitsstehenden Baugewerbetreibenden in die Unternehmerverbände hinein zu drängen. Denn das eigene Interesse der Unternehmer an diesen Organisationen ist ungleich geringer als das der Arbeiter an ihren gewerkschaftlichen Verbänden. Landab werden Flugblätter verbreitet, woraus man das Gruseln vor dem „von den Arbeitgeberverbänden in Aussicht genommenem Kampfe“ lernen könnte. An die „Herrnen Arbeitgeber aus dem Baugewerbe und verwandten Berufen in Rheinland“ wird von Köln aus bis hinter Mainz ein Flugblatt verbreitet, worin prophezeit wird, daß wir im Frühjahr 1910 voraussichtlich einem Lohnkampf entgegengehen, wie er wohl ja kaum erlebt worden ist. 50 Millionen Mark Streitgelder und 2½ Millionen Arbeiter sieht der Flugblattförderer schon gegen sich und seine Kollegen gerichtet.

Allen voran im Mefestwegen und Aufschnellen ist, wie immer, der Unternehmerverbund in der „Kohlenliste“. Gelegentlich einer Zusammenkunft zwecks Aussperrung irgend einer Arbeitergruppe würde ebenfalls angekündigt, daß mit Ablauf des jetzigen Tarifvertrages im ganzen Bezirk ein schwerer Kampf entkräften würde. Die Scharte vom leichten Vertragsabschluß müßt von den „Arbeitgebern“ wieder ausgehebelt werden. Bezuglich der Arbeitszeit dürfe auch nicht das geringste Entgegenkommen gezeigt werden. Im Gegenteil müßt in manchen Orten um jeden Preis eine Verlängerung der Arbeitszeit durchgeführt werden. Als Vertragstermin dürfe nicht mehr der 1. April, sondern müßt unter allen Umständen der 1. Januar festgesetzt werden. Was die Verhandlungsfrage betrifft, so soll beim „Arbeitgeberbund für das Baugewerbe“ beantragt werden, die Verhandlungen in Zukunft nur noch zwischen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen zu führen. Jede Einigung „sogenannter Unparteiischer“ müßt bestimmt abgelehnt werden. Auf keinen Fall dürfen die Vertragsverhandlungen wieder unter irgendwelchen unparteiischen Vorwänden geführt werden, da Einigungsbestrebungen aufeinanderstehender Personen stets zur Folge haben, daß die Arbeitgeber ein Entgegenkommen zeigen müssen. Der Einfluß der Arbeitgeberorganisation könne aber nur gestärkt werden, wenn diese unter Fernhaltung Dritter mit den Arbeiterorganisationen verhandelt. Es müßten alle Mittel angewandt werden, um jeden Bauunternehmer des Bezirks dem Arbeitgeberbund auszuführen und alle Vorbereitungen zum Kampfe zu treffen. Durch Hinterlegung von Konventionalbeträgen müßte jeder Bauunternehmer gezwungen werden, die

Beschlüsse des Arbeitgeberbundes auch vollständig durchzuführen.

Wir verhehlen uns keineswegs, daß es im nächsten Frühjahr zu einem ernsten Zusammenstoß kommen kann. Aber etwas anders, als es sich die Herren in dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet ausmalen, dürfte es doch wohl werden. Immerhin ist es gut, wenn unsre Vertragsfreunde rechtzeitig vom Kurium blasen und das Feldgeschrei bekannt geben. Bei unsern Kollegen wird die Fanfare ja nicht unbedacht verhallen.

In dem durch seine Kapriolen bekannten Geestemünder Unternehmerorganon hat wieder einmal ein Geistesgeister das Wort erhalten, dessen Produkt wir als abschreckendes Beispiel von Gehirnerbenfung hier folgen lassen. Ein Auszug aus der Brühe würde den Genuss schmälen, sie muß genossen werden, wie sie ist:

„Das Recht auf Streit. Nebenstil im deutschen Lande hat eine Streitbewegung eingesetzt, die lärmend und hemmend, stellenweise sogar vernichtend, das Bauvorhaben bedroht. In den größeren Städten nehmen mit wachsender Jahresszeit die Arbeiter eine immer drohendere Haltung ein. Was wollen sie nun eigentlich? Das alte Ziel revolutionärer sozialistisch verdeckter Arbeiterschaft: Mehr, Geld und weniger Arbeit, und wo der Arbeitgeber das nicht ohne Murren, ohne mit der Wimper zu zucken, bewilligt; da droht der Streit, als seine Folge, Aussperrung, Vernichtung wirtschaftlicher Werte, ja, Verbauung des Volksvermögens um viele Millionen.“

Hat die Arbeiterschaft nun überhaupt das Recht, ohne weiteres die Arbeit niedrzulegen? Juristisch betrachtet, zweifellos, moralisch keineswegs. Die Vereinigung der Frage vom moralischen Standpunkt aus ist oben bereits indirekt ausgesprochen, insfern, als wir darauf hinweisen, daß durch einen Streit große wirtschaftliche Werte dem Nationalvermögen vorbehoben und geraubt werden. Wer will sich das Recht anmaßen, das Volk zu rauben, aus seiner wirtschaftlichen Kraft Millionen herauszuzaubern für eine Idee, der der größte Teil des Volkes fernsteht, für eine Erhöhung der Besitzrechte anderer, für eine Erleichterung des Lebens anderer? Wer will das Volk zwingen, daß es sich finanziell für die Interessen einer Gruppe sozialistisch und radikalistisch verdeckter Menschen interessiert? Nun, eben diese sozialistisch und radikalistisch verdeckte Arbeiterschaft zwingen ihre Volksgenossen hierzu, nicht etwa nur ihre Arbeitgeber. — Was aber bedeutet der Zugang, mit dem man einem Teil des Volkes, und zwar dem größeren, Summen abzieht, auf die man keinen Anspruch hat? Das ist Terrorismus gemeint! Was bedeutet Diebstahl am Nationalvermögen? Verrat an Volksgenossen, das schwerste Verbrechen, dessen sich ein Mensch schuldig machen kann; Verrat am Vaterlande, dessen Finanzkräfte um Millionen geschwächt werden, Verrat an allem, was einem ehrlichen Manne heilig ist.

Liebe zum Vaterlande, Verantwortung dem Volksgenossen gegenüber, kennt man sie noch in den Reihen der Arbeiterschaft? Man möchte fast zweifeln, wenn man sieht, mit welcher Gleichmäßigkeit, mit welcher Freiheit der Streit oft vom Baume gebrochen wird. Dennoch aber wollen wir sie dem Arbeiter nicht absprechen. Dann aber ist ja zu bedauern, daß sich so viele Tausende deutfcher Arbeiter von einigen wenigen beeinflussen lassen; von einigen wenigen gewissenlosen Disputados der menschlichen Gesellschaft, die auf Kosten der Arbeiter ein Herrenleben führen wollen. Fürwahr, es ist das ein schlagender Beweis, daß unsre Arbeiterschaft noch recht unmündig ist, auf recht

festigte darauf die Randeile, stellte die nächste Platte her, auf dieser wieder die nächste in gleicher Weise usw., wobei man in der vorgeschriebenen Anordnung stets die Eisenstäbe in die Form einlegte. Alten hat hier das System durchgeführt, alles, was er zu seinem Hobeln braucht, aus Eisenbeton herzuholen, und zwar direkt auf der Baustelle.

Nun sind die Platten durchweg derart gesertzt, daß überall die Stäbe mit einem Centimeter herausragen und sich an den Stoßstellen auf dem Balken überschneiden. Unter jede Fuge wurde nun provisorisch ein Brett gebracht und dann überall dünnstiftiger Beton eingegossen, so daß dieser sich fest mit den Platten und den Eisenstäben verband. Hierbei wurde, wie bei allen derartigen Fällen, der bereits erhärtete Beton gründlich angefeuchtet, ehe der dünnstiftige Gembentbeton eingegossen wurde. Diese Platten haben aber nur eine kontraintive Aufgabe zu erfüllen. Nachdem alles abgebunden war, wurde nun über die ganze Decke ein Betonfußboden gebrüdet, und zwar derart, daß derzelbe einschließlich der untergelegten Platten eine Gesamtdicke von 15 cm erhielt. Selbstverständlich kann dieser Beton ziemlich mager gebacken sein.

Ein Hauptvorteil dieses Systems besteht darin, daß keine Arbeiterkolonne auf die andre zu warten braucht, denn während einer Teil der Leute eine Mauer aufzieht, kann der andre die nächste Mauer auf der Plattform stampfen und wieder eine dritte Kolonne mit der Herstellung der Deckenplatten beginnen.

Nun hat man natürlich die Frage aufgeworfen, in welchem Maße dieses System für Bauwerke größerer Dimensionen anwendbar sei.

Es muß einleuchten, daß im Grunde auch Mauern von größerer Ausdehnung und stärkerer Belastung auf dieselbe Weise konstruiert werden können, sofern nur das verteilbare Gerüst, die Streben, die Hebewerke usw., entsprechend stark konstruiert werden. Daraus ergibt sich, daß man Betonbauten großer Dimensionen buchstäblich zu ebener Erde, einschließlich aller Gestelle, Treppen und des inneren Rahmenwerks, herstellen könnte; und wenn eine Mauer so stark oder zu umfangreich ist, um sie in einem Stück zu ziehen oder zu stampfen, so könnte sie immer noch in drei, vier oder mehr Teile zerlegt und dann in derselben Weise aufgerichtet werden. Bei den gegenwärtigen gebräuchlichen Baumenthoden geht viel Zeit durch das Befordern der schweren Baustoffe verloren, und diese Beförderung erfordert bedeutende Kosten. Es ist nach-

gewiesen, daß durch das Aufrichten der ganzen Mauer ein weit geringerer Kostenaufwand erforderlich wird. Über anderes ist auch zu berücksichtigen, daß erheblich an Arbeitslohn für den Bau von Gerüsten gespart wird und daß die ganze Arbeitsweise eine bequemere ist, wenn die ganze Mauer in horizontaler Lage zugänglich gemacht wird.

Die amerikanischen Ingenieure, welche die Bauausführungen in Camp Perry besichtigt haben, sind darüber einig, daß die Methode für manigfache Aufgaben sehr empfehlenswert sei. Unter anderm äußert sich O. B. Parsons, der Staatsingenieur von Ohio, in folgender Weise:

„Diese Bauten sind praktisch und ökonomisch, da sie einer großen Holzverschwendungh entgegenwirken und die Konstruktion sehr tragfähiger Mauern unter sparsamer Verwendung des Materials zulassen. Baut man eine Mauer auf diese Weise, so bleibt die Betonierung gleichmäßiger, als wenn man sie von einem Gerüst herab in die Form gießt. Auch beim Abputzen der Flächen bietet die Methode großen Vorteil, da ein Mann hier mehr leisten kann, als ein halbes Dutzend auf dem Gerüst. Das Binden des Betons macht auch keine Schwierigkeit, da dasselbe auf den Beton aufgebracht wird, während dieser noch feucht ist.“

Ich habe jedoch einige Bedenken, ob die Statiker auch das Stampfen der Mauer in liegender Form als eben so günstig ansehen werden, wie in stehender Form. Im Prinzip soll eigentlich eine tragende Konstruktion gleich an Ort und Stelle aufgebaut werden, das heißt in der Lage, in welcher sie von den angreifenden Kräften in Anspruch genommen wird. Es kann daher einige Bedenken erregen, tragende Konstruktionen von größerer Ausdehnung und bedeutender Belastung, in der geschilderten Weise nach dem Stampfen herumzuziehen, wobei jedesfalls, zumal bei dem großen Gewicht der Körper, Spannungen auftreten, die während der horizontalen Lage der großen Körper nicht in Frage kommen. Indes sind diese Bedenken wohl mehr theoretischer Natur — der Amerikaner scheint durch diese Skrupel nicht beeindruckt zu werden, und bei Baugliedern von geringerer Belastung derselben, die ebenfalls auch weniger ins Gewicht fallen. Es ist anzunehmen, daß das neue System auch bei uns Eingang finden wird.

licher Stufe steht, ein Beweis, daß das Selbstvertrauen des Mannes, das ihm für den Kampf ums Dasein so nötig ist, nachgeht. Hatte er das, er würde dem Agitator, der ihm zum Verfall seiner Pflichten zum Verfall am Volksgenossen, zum Raub am Nationalerbe mögen verleiten will, dahin jagen, wo der Pfeffer wächst. Das kann er nicht, weil er, einem unmündigen Kind gleich, glaubt, nicht allein seine Interessen vertreten zu können. Das ist tief be- dauerlich! Und es wäre vielleicht nicht der Fall, daß unter Arbeiterschaft auf so niedriger Stufe stünde, wenn der Staat mehr Mittel gehabt hätte, die kulturelle Lage des Arbeitstandes zu heben. Diese Mittel sind ihm durch Streiks zum großen Teil genommen oder vorbehoben worden, und die Sozialdemokratie hat daher kein Recht, dem Staat vorzuwerfen, er tue nach dieser Richtung hin nicht genug für die Arbeiterschaft. Wenn das Geld dagegen wäre, dann wäre vielleicht noch mehr getan worden, als bisher tatsächlich schon getan wurde. Denn daß der Wille hierzu vorhanden ist und schon seit Jahren vorhanden ist, ist zur Genüge bewiesen worden.

Der Arbeiter hätte nun zweifellos ein Recht zum Streik, wenn er den Nachweis bringen kann, daß seine wirtschaftlich berechtigten Forderungen vom Arbeitgeber unerfüllt bleiben, das heißt, wenn er trotz seiner fleißigen Arbeit nicht soweit verdient, daß er seine und seiner Familie Existenz garantiert sieht, wenn vor allen Dingen der Arbeitgeber die Kraft des Arbeiters in unmoralischer Weise ausnutzt. Wenn der freie Arbeiter entrichtet, bedroht in seiner Existenz zu einem Ausdeutungsobjekt eines einzelnen, zum Lohnsklaven in des Wortes wahrhaft Bedeutung herauftaucht. Wenn er dann von seinem Arbeitgeber als Volksgenosse vom Volksgenossen fordert: Gib mir genug Brot, mein Weib, meine Kinder hungern, ich muß sie füttern machen, und kann es jetzt nicht, gib mir menschenwürdig Behandlung, denn ich bin Mensch wie du, so hat er hierzu ein heiliges Recht. Wenn er fordert: Gib mir meine persönliche Unabhängigkeit als Mensch, gib mir meine Freiheit, denn ich bin ein freier Arbeiter und habe dir meine Arbeitskraft freiwillig verkauft, um damit zu tundern, weil ich andre Ware, andres Kapital, das mir zinsen tragen könnte, nicht habe, so hat er hierzu nicht nur ein gelegentliches Recht, sondern ein hohes moralisches Recht sogar. Wenn diese seine berechtigten Forderungen nicht erfüllt werden, dann freilich bleibt ihm kein anderer Weg als der Streik, der moralisch vollauf berechtigte Streik. Niemand würde sich dann unterstellen, den Verlust an Werten, der durch solchen Streik verursacht wird, als Raub am Nationalerbe anzusehen. Nein, dieser Streik ist ein Kampf um die Menschenwürde, ein Kampf ums Leben, vielleicht Laien oder von Volksgenossen. Die Allgemeinheit hat die Pflicht, diesen Kampf zu unterstützen durch Hergabe von Mitteln, von Geld; die verloren gegangenen Werte müssen daher ohne weiteres auf die Rechnung allgemeiner Ausgaben für Volkswohl gestellt werden.

Haben wir denn nun aber im deutschen Vaterlande solche Verhältnisse, solche Ausdeutung der Arbeitskraft, eine solche Verzweigung der Freiheit, eine solche Entziehung und Schenkung von Volksgenossen durch Volksgenossen? — Wer das behauptet will, muß den Beweis hierfür antreten, und die es bisher behauptet haben, sind den Beweis schuläßig geblieben, sie sind überzeugt. Daß unser Arbeiterschaft so gestellt ist, daß sie ein menschenwürdiges Dasein ihrer Verhältnissen angemessen zu liefern kann, braucht nicht erst bewiesen zu werden. Wer will den Beweis liefern, daß die Arbeitgeberchaft nicht bereit ist, die berechtigten Forderungen der Arbeiter nach Lohn und Vergütung der Arbeitszeit zu bewilligen? Hat sie nicht in den letzten Jahrzehnten entsprechend der Fortentwicklung der Lebensbedürfnisse den Lohn der Arbeiter verdoppelt, verdreifacht, ja vierfacht? Das kann niemand bestreiten.

Kurz, wir sehen, daß die moralische Berechtigung zum Streik nicht bewiesen werden kann, daß der Streik ein Vergehen am Volkswohl ist. Daß er auch, vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, unsinnig ist, das zu beweisen, behalten wir uns vor, ebenso wie wir über das Recht auf Aussperrung uns in nächster Zeit äußern werden.

Auf die weiteren Genüsse dieser Art darf man sich wohl freuen.

### Telegramm:

#### Schiedsspruch des Gewerbege richts München.

Der vom Arbeitgeberverband obligatorisch und mit Schwurgericht eingeführte Arbeitsnachweis ist tarifwidrig und deshalb aufzuheben. Die vom Maurerverband über München verhängte Sperre ist ebenfalls ein Verstoß gegen den Tarif und ist ebenfalls aufzuheben.

### Gau Berlin.

Nachstehend geben wir den Bericht über den Verlauf der Bewegungen im Gau bis zum 1. Juni 1909.

In Mitrow wurde eine Lohnherabsetzung von 38 auf 40 Pf gefordert. Die Verhandlungen wurden in Gegenwart des Geschäftsführers des Unternehmerverbandes für Medleburg durchgeführt und brachten einen vollen Erfolg durch Abschluß eines Vertrags auf Grund des für Medleburg aufgestellten Vertragsmusters.

Für Wiesenberg waren dieselben Bedingungen gefordert wie für Mitrow. Der für diesen Vertrag in Frage kommende Unternehmer, Maurermeister Schröder-Wiesenberg, stolz sich den Abmachungen an, die für Mitrow vereinbart sind. Er wollte jedoch das für Medleburg aufgestellte Vertragsformular nicht unterschreiben. Da der Lohn von 40 Pf gezahlt wird, auch die übrigen Nebenforderungen durchgeführt sind, haben wir auf den offiziellen Vertragsabschluß verzichtet.

In Gaffsen gelang es durch Verhandlungen, den Lohn von 35 auf 37 Pf zu erhöhen. Der dort abgeschlossene Vertrag gilt bis zum 31. März 1910.

Auch in Nitemegk schlossen die Kollegen einen Vertrag bis 31. März 1910, der eine Lohnherabsetzung von 2 Pf enthielt und eine Regelung der Überarbeitszahlung vorsieht.

Die Frankfurter Kollegen forderten Lohnherabsetzung auf 53 Pf und stellten auch einige Nebenforderungen auf. In der Verhandlung lehnte es der Unternehmerverband ab, den gesetzten Einheitslohn-vertraglich festzulegen, erklärte sich aber bereit, eine mündliche Vereinbarung zu treffen, dahingehend,

dass der bisherige Durchschnittslohn von 48 Pf auf 50 Pf erhöht wird. Das Angebot wurde von uns Kollegen angenommen. Ein Vertrag ist nicht abgeschlossen.

In Belenzig wurde eine Lohnherabsetzung von 38 Pf auf 37 Pf und der Vorfall der bisherigen Kündigungsfreiheit gefordert. Auch hier lehnte es der Unternehmerverband ab, einen Vertrag abschließen. Die mündliche Vereinbarung lautet: Bis zum 31. März 1910 soll der Lohn 35 Pf betragen. Die Kündigungsfreiheit bleibt bis dahin bestehen. Um nächsten Winter treten beide Parteien zusammen, um den Lohn für 1910 festzulegen, der dann nicht unter 37 Pf betragen soll. Der Unternehmerverband will inzwischen Erhebungen anstellen, insbesondere in anderen Lohnbezirken noch Kündigungsfreiheiten befreien. Bei der nächsten Verhandlung soll dann auch dieser Frage nähergetreten werden.

In Trebel lehnten es die Unternehmer zunächst ab, wegen der Lohnherabsetzung auf 42 Pf mit uns zu verhandeln. Als dann die Arbeit eingestellt wurde, kam es nach neuntagigem Streik zum Vertragsabschluß, der eine Lohnherabsetzung von 1 Pf pro Stunde und einige Verbesserungen der Nebenbedingungen brachte. Unser Verein befand dort erst ein halbes Jahr. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß sich die Kollegen mit diesem Teilerfolg zufrieden gaben, obwohl hier bedeutend mehr herausgefordert hätte werden können, wenn die Kollegen einen festeren Willen bekundet hätten.

Die Bockwitzer Kollegen legten den unorganisierten Unternehmen ihres Bezirkes einen Vertrag vor, der die gleichen Positionen wie der 1908 mit dem Unternehmerverband vereinbarte Tarif enthält, nämlich Lohnherabsetzung am 1. September 1909 um 1 Pf und eine Stunde Vergünstigung an den Tagen vor den hohen Festen. Diese Bedingungen wurden von allen Unternehmen bis auf einen anerkannt, doch wird auch dieser dazu noch zu bewegen sein.

In Wittenberge und Eichenhain kündigten die Unternehmerverbände die bestehenden Verträge und legten neue Entwürfe nach dem Schema des Musterartikels vor, die in beiden Bezirken die wesentlichen Bedingungen des alten Vertrages enthielten. Nach mehreren Verhandlungen, die sich hauptsächlich um die reibungslosen Aenderungen der Nebenbestimmungen drehten, stimmteten beide Parteien einem Vertrage zu, der bis zum 31. März 1910 gilt und eine Verbesserung der Löhne nicht enthält.

Der Schleidenharter Unternehmerverband legt das Vertragsmuster mit einer Reihe von nicht unerheblichen Verschlechterungen vor. Gegenforderungen waren unerlässlich nicht gestellt worden, weil die Konjunktur nicht derartig war, daß auf ihre Durchführung gerechnet werden konnte. Es gelang uns, dann, auf den Verhandlungen die geplanten Verschlechterungen zurückzuweisen. Der Vertrag gilt bis zum 31. März 1910 und enthält den alten Lohn und die früheren Nebenbedingungen.

In Freienthal sind Forderungen ursprünglich von uns nicht gestellt worden. Die Unternehmer kündigten den Vertrag und legten einen neuen Entwurf vor, der Auszüge aus dem Vertragsmuster und eine Lohnreduzierung von 2 Pf pro Stunde enthielt. Da inzwischen die Unternehmer aus dem „Deutschen Bund“ ausgetreten waren, lehnten wir zunächst das Vertragsmuster ab und verlangten als Gegenforderung einen Einheitslohn von 50 Pf für das ganze Lohngebiet. Unter diesen Umständen waren wir bereit gewesen, auf die bisherige Landzulage von 3 Pf pro Stunde zu verzichten. Nach mehreren Verhandlungen zogen die Unternehmer ihre geplanten Verschlechterungen zurück. Ein Vertrag, der einige unwesentliche Aenderungen im Wortlaut, sonst aber die alten Bedingungen enthält, wurde bis zum 31. März 1910 geschlossen.

Für die drei Zweigvereinsbezirke Königswinterhausen, Gr.-Beten und Teupitz hatte sich ein Unternehmerverband gebildet, der als erste Tarif die Kündigung der Verträge vornahm und das Vertragsmuster mit einer Lohnreduzierung von 5 Pf in jedem Bezirk vorlegte. In den Verhandlungen am Ort waren die Unternehmer nicht zu bewegen, die Reduzierung fallen zu lassen. Mit Ablauf der alten Tarife würden dann auf allen Bauten die Löhne reduziert. Als wir darauf zwei Unternehmer angriffen, drohte der Unternehmerverband mit der Auspeilung aller organisierten Maurer. Dann griff der Vorstand des Deutschen Arbeitgeberbundes ein, der einen „Waffenstillstand“ herbeiführte, bis eine neue Verhandlung in Berlin stattgefunden hätte. Die Unternehmer zahlten wieder die alten Löhne und wir hoben die Sperren auf. Bei der Verhandlung in Berlin, an der Vertreter des Zentralbauhofs und ihrer Parteien teilnahmen, gelang es dann, eine Einigung zu erzielen. Die alten Stundenlöhne werden weiter gezahlt. Die Bezahlung der Nebenstunden sowie der Nacht- und Sonntagsarbeiten wurde für Maurer und Zimmerer einheitlich geregelt. Die bisherige Vergünstigung an den Tagen vor den hohen Festen ist in Weißfels gelungen. Auch dieser Vertrag läuft bis 31. März 1910.

In Strausberg hatten wir durch Sperren erst im vorigen Herbst eine Lohnreduzierung abgewehrt. Trotzdem kündigten die Unternehmer im März plötzlich an, daß sie wieder die Löhne haben, eine Lohnreduzierung von 5 Pf vorzunehmen. Als die Arbeit dann bei einem Unternehmer begann, legten die Kollegen die Arbeit nieder. Am nächsten Tag sperren alle drei Unternehmer aus. Nach wenigen Tagen gelang es dann aber, einen Vertrag abzuschließen, der die alten Lohnsätze wieder enthält. Die Unternehmer werden wohl bald einsehen müssen, daß wir auf ihre „wohlgemeinten“ Nachlässe nicht eingehen.

Auch im Bezirk Gr.-Kreuz, Cammer und Lehnin wurden die Verträge der Unternehmen gekündigt mit dem Bemerkern, die Löhne würden vom 1. April an um 6 resp. 8 Pf herabgesetzt werden. Die von uns beauftragten Verhandlungen wurden abgelehnt. Nach Ostern traten die Maurer und Zimmerleute in den Abwehrstreik ein. Inzwischen ist es gelungen, mit einem Unternehmer der Bezirke Gr.-Kreuz und Cammer eine Einigung zu erzielen. Sie haben sich verpflichtet, die alten Löhne und die sonstigen Bedingungen wieder zu zahlen. Nur im Bezirk Lehnin sträuben sich noch drei Unternehmer, den alten Vertrag neu anzuvernehmen. Doch hoffen wir, den Trost der Unternehmer auch dort zur rechten Zeit noch brechen zu können.

Infolge der schlechten Konjunktur halten es die Unternehmer in Werder 1908 fertiggebracht, den Stundenlohn um 5 Pf zu senken, und anstatt neun Stunden wurde bei einigen Firmen wieder zehn Stunden gearbeitet. Durch eine allgemeine Arbeitszeitfeststellung gelang es nun in diesem Frühjahr, die neunstündige Arbeitszeit und den alten Lohn von 60 Pf wieder zurück zu erobern. Der Vertrag gilt bis 31. März 1910.

Dasselbe Bild zeigt die Bewegung in Trebbin. Auch dort war der Lohn für vergangene Jahre um 5 Pf reduziert worden, ohne daß die Kollegen in der Lage waren, wirtschaftlich dagegen anzukämpfen. Im April forderten wir die Zahlung

des alten Lohnes. Zwei Unternehmer bewilligten sofort und schlossen einen Vertrag mit uns. Bei Büchner und Haase gelang es, einen Teilerfolg zu erzielen; doch wird es auch hier bei der ständig besser werdenden Konjunktur, noch möglich sein, das jetzt noch fehlende zu bekommen.

In Manen hatten es sich die Unternehmer in den Kopf gesetzt, eine Lohnreduzierung vertraglich festzulegen. Ehe die Verhandlungen darüber beendet waren, legten die lokalen Blümlein die Arbeit nieder. Unsere Kollegen wurden teilweise dadurch in Mitleidenschaft gezogen. Zwischenzeitlich wurden Verhandlungen fortgesetzt und es gelang dann, einen neuen Vertrag abzuschließen, der in dem genau abgegrenzten Lohngebiet die alten Löhne und Arbeitszeiten wieder vor sieht.

In Ortrand wurde eine Lohnherabsetzung von 4 Pf und an Stelle der elfstündigen Arbeitszeit eine halbe vor zehn Stunden gefordert. Die Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. Die Anerkennung der Forderung durch einen Streik zu erzwingen, war bisher nicht möglich, weil größere Schwierigkeiten bei der Einführung der dort noch üblichen vierzehntägigen Kündigungstritts zu überwinden sind.

In Eichleben und Mittenwalde haben Verhandlungen über die Verlängerung des Vertragsverhältnisses stattgefunden. Der Vertrag in Eichleben ist bis zum 31. März 1910 verlängert; in Mittenwalde wurde ein neuer Vertrag abgeschlossen.

### Gau Bremen.

In Quakenbrück hat am 7. Juni auf Betreiben einiger Unternehmer nochmals eine Verhandlung stattgefunden. In dieser Verhandlung ist eine Einigung erzielt worden, obwohl der Oberstabsmäurer Franz Möller von einem Bugestandnis nichts wissen wollte. Es konnte sich die Stellungnahme leisten, weil seine notwendige Arbeit von einzigen älteren gebürenden Kaufleuten weitergeführt wird. Dies war es aber auch, was die übrigen Unternehmer nachgleich machte, und so mußte auch der Oberstabsmäurer und Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes Franz Möller einlenken. Unsere Kollegen sind nach Lage der Sache mit dem Erfolg zufrieden. Sie erhalten von 20. Juni ab 2 Pf Lohn pro Stunde mehr, die Bauarbeiter desgleichen, so daß der Stundenlohn vertraglich 47 Pf für Maurer und 38 Pf für Bauarbeiter beträgt. Sind die Arbeiter über 8 km vom Orte entfernt, so erhöht sich dieser Lohn um 5 Pf. Außerdem ist noch die wichtige Abmachung getroffen, daß die Jungsoldaten den vertraglichen Lohn gleich nach Abschluß der Lehrjahre erhalten müssen.

In Bilsdorf wird der Streik fortgeführt, nachdem in einer am 9. Juni stattgefundenen Verhandlung mit den Unternehmern eine Einigung nicht erzielt werden konnte. Die volle Forderung hat nur die Firma Schmidt bewilligt. Die Jungsoldaten folten am 16. Juni zentralen Verhandlungen stattfinden. Hoffentlich gelingt es dabei, eine Einigung herbeizuführen.

### Gau Köln.

Aus Herborn wird berichtet: In der Sperré über den Unternehmer Rinn aus Gießen hat sich nichts geändert. Der Bau liegt völlig still. Am 3. Juni vertrat Rinn, mit uns zu verhandeln, jedoch mußte ein Vertreter des „Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes“ eingeschalten werden. Die Forderung hat nur die Firma Schmidt bewilligt. Gießen

am 11. Juni folgendes Schriftstück:

Herrn ...  
Heute Vormittag war ich mit dem Sekretär des Deutschen Arbeitgeberverbandes von Frankfurt a. M. sowie dem Vorsteher des Düsseldorfer Verbandes, Herrn Pfaff in Herborn, zusammen. Es wurde mir von diesen beiden Herren jede selbständige Handlung mit Ihnen unterstellt, weil solches gegen die Staaten wäre. Zum Falke Sie deshalb noch weiter auf Ihre Forderungen bezüglich Lohnherabsetzung bestehen, so wollen Sie sich gefällig direkt an den Verband der Mitteldeutschen Arbeitgeber nach Frankfurt a. M., Hansastraße, wenden, welcher alsdann weiter mit Ihnen verhandeln wird.

Wir haben freilich keine Veranlassung, von unserer Lohnforderung abzusehen; ebenso wenig haben wir die Forderung bei dem „Mitteldeutschen“ oder sonstwo zu vertreten. Herr Rinn mag sich zur Verhandlung Vertreter herholen, woher er will, dem seien wir nichts entgegen. Aber der Streik wird in Herborn ausgefochten und hier wird verhandelt. Uebrigens mag Herr Pfaff sich selbst menschenwürdige Löhne zahlen. Solange er das nicht tut, sollte er sich sicher nicht als Vermittler ausspielen. Wir haben Zeit und können warten, bis Herr Pfaff dem Herrn Rinn gnädig gestaltet, mit uns verhandeln zu dürfen.

Der Streik in Velbert, Tönisheide und Heiligenhaus im Zweigverein Barmen-Eiserfeld, der um die Errichtung eines Stundenlohns von 60 Pf für Maurer und 50 Pf für Hilfsarbeiter geführt wird, steht im allgemeinen günstig, nur bei der Firma Krieger blieb eine große Anzahl unorganisierter arbeitswillig. Trotzdem muß die Firma viele Bauten stilllegen, weil sie keine Arbeiter dafür hat. Die Streitbauten sind auf drei Bauten zusammengezogen. In Ermangelung genügender Hilfsarbeiter müssen sich die Streitbauer Steine und Speis selbst holen. Der Kirchbau liegt ebenfalls seit Beginn des Streiks still. Der Zugang ist sehr groß; besonders kommen viele italienische Streitbauer. Ein Streitbauer namens Tommaso Chiodo aus Eretz kam mit 16 Italienern nach Heiligenhaus zum Unternehmer Had und berichtete diesem acht Maurer und sechs Hilfsarbeiter; zwei der Kolonnen waren anständig genug, nicht Streitbauer zu werden. Der betreffende Agent forderte für die etwaige Abreise des Italienern M. 50 pro Mann, was von der Streitbauer abgelehnt werden mußte. Aber immerhin kann diese Gesellschaft Herrn Had nicht rausholen, denn es sind sehr minderwertige Arbeiterkräfte. Der fiktive Zugang konnte abgeschlossen werden. Die Polizei macht den Streitenden viele Schwierigkeiten.

### Gau Danzig.

In Słodownia, Zweigverein Rostock, sind unsere Kollegen in eine Lohnbewegung eingetreten. Bisher bestand die elfstündige Arbeitszeit, wofür die Unternehmer zahlt, was sie gerade für angemessen hielten. Der Tagelohn schwankte zwischen M. 8,50 und M. 4. Einigen ausgeschlagenen Kräften wurde auch etwas mehr gezahlt, aber über M. 4,20 kam selten einer hinaus. Im Spätherbst und Winter war die Lohnförderung mehr als

emporenb. Alles das verursachte die jetzige Bewegung, und da gleichermaßen viel Arbeitsgelegenheit in Schloßau vorhanden ist, wurde ein Tarif aufgestellt, der den Unternehmern zugestellt wurde. Da eine Antwort nicht einfand, sprachen wir am 5. Juni bei den Meistern vor. Sie zeigten sich geneigt, am selben Tage abends zu verhandeln. Die Unternehmer erschienen eine Stunde nach der festgesetzten Zeit und die Verhandlungen nahmen ihren Anfang. Nach kurzer gegenläufiger Aussprache erklärten die Unternehmer, mit dem Zentralverband keinen Vertrag abzuschließen zu wollen, sondern sich mit ihren Leuten einzeln zu verständigen, worauf die Sitzung für beendet erklärt wurde. Die Versammlung, die die Polizei zur sitzen verfügte, beschloß zunächst bei fünf Unternehmen vorzugehen, und wenn sie sich weigern sollten, den Vertrag zu unterzeichnen, den Tarif einzustellen. Der Unternehmer Sommerfeld unterwarf den Tarif sofort und stellte gleich fünf Streitende ein. Ein anderer Unternehmer hat den Tarif nach vier Tagen unterschrieben und bei drei Unternehmen nicht teilweise die Arbeit. Einer davon hat sich auch schon bereit erklärt, unterschieden zu wollen, wohingegen die Unternehmer Knoo und Blaschke ebenfalls sich entschieden haben, den Vertrag anzuerkennen. Wir fordern einen zweijährigen Tarif; für die Jahr soll die elfstündige Arbeitszeit bestehen bleiben und im nächsten Jahr soll sie auf zehnundzwanzig Stunden gekürzt werden. Der Lohn soll in diesem Jahr 48,- und im folgenden 48,- pro Stunde betragen. Das Knoo ist noch weigert, den Tarif zu unterzeichnen, hat seinen Grund darin, daß sich es Mauer aus Schloßau entziehen will, den Streit fort zu verlassen. Gelingt es uns noch, diese Leute zur Abreise zu bewegen, so wird auch Knoo sehr bald kapitulieren müssen. Bei Blaschke ruht die Arbeit vollständig und Achtmittel arbeitet über Lohn allein an seinem Bau. Beim Unternehmer Krau, der die meiste Arbeit in Schloßau hat, konnte noch nichts unternommen werden, weil er vierzehntägig Lohn zahlt und erst am 12. Juni die Löhne bei ihm stattfindet. Beslossen ist, um 14. Juni auch dort die Arbeit einzustellen. Geachtet dies, woran kaum zu zweifeln ist, so werden wir auch Herrn Krau, den Schlossbauer Schützenberg, klein befreunden. Krau tut, was er nur kann, um seine Maurer zu halten; der einen will er zum Polier machen, einen andern versprach er seiner Tochter zur Frau geben zu wollen, wieder andre traktiert er mit Schnaps und Bier und redet ihnen zu wie einem frantzen Schimmel, doch nur der ihm zu stecken. Ob es etwas nützen wird, muß abgewartet werden. Zugang ist freigemacht zu halten.

In Buchel i. Westpr. ist ein Tarif zustande gekommen. Auch hier bestand noch der Tagelohn bei elfstündigiger Arbeitszeit ähnlich wie der in Schloßau. Drei Unternehmer, die 65 Kollegen beschäftigen, fanden zur Vereinigung. Mit diesen wurde ein Tarif vereinbart. Danach sollen in der Stadt 38,- und über Land 41,- gezahlzt werden. Bei den übrigen Unternehmen wurde am 1. Juni die Arbeit eingestellt mit dem Erfolg, daß gleich mit einem Unternehmer zur Unterschrift bereit waren, einer davon ist Herr Drechsler, der am Tage zuvor den Gauleiter mit Schreiben drohte, wenn er sich noch einmal bei ihm sehen lasse. Der Mühlendorfer Schmetterl warf uns auch vom Hof. Nach einigen Tagen holte er die Lohnkommission, um den Vertrag zu unterschreiben. Einige Unternehmer verabschieden vor der Bewegung, unter sich ein gemeinsames Schreiben, gegen uns zustande zu bringen. Weil das nicht gelang, sind sie jetzt gegenwärtig aufeinander schrecklich erboten. Ihre Wut kennt keine Grenzen. Einer sucht dem andern die Maurer abzutreiben und bietet den Kollegen einen viel höhern Lohn, als der Vertragsentwurf vorsieht. Damit haben die Unternehmer ihre eigenen Argumente, keinen höhern Lohn zahlen, selber zerstört. Wir werden das im nächsten Jahre gut bewerten können.

In Heydekrug gilt die Bewegung als beendet. Den dortigen Kollegen ist es gelungen, ohne Störung jeden Unternehmer, einen nach dem andern, zur Anerkennung des von uns aufgestellten Tarifs zu überreden. Die tägliche Arbeitszeit begann bisher morgens 5 Uhr und endete abends um 7 Uhr; sie betrug also einschließlich Stunden. Der Lohn betrug M. 4,20 bis M. 5 pro Tag. Die Kollegen forderten die zehnstündige Arbeitszeit und einen Stundenlohn von 50,-, sowie die sonst übliche Regelung der übrigen Arbeitsbedingungen in Form eines Vertrages. Dieser Vertrag ist unberührbar bei sämtlichen Unternehmen zur Anerkennung gelangt. Damit haben die Kollegen in Heydekrug in diesem Jahre, im Gau Danzig den Sieg geschlagen, und das gelang ihnen, obwohl sich die Unternehmer die größte Mühe gaben, ihnen den Sieg streitig zu machen. Sie holten aus der zurückgelassenen Mehlaufer Gegend unorganisierte Maurer nach Heydekrug, die den Unternehmern Arbeitswilligendienste verrichten sollten. Aber unsere Heydekruger waren auf dem Posten; sie organisierten sehr schnell die Bugezogenen und hielten mit deren Einverständnis die Forderung auf, die sie auch, wie schon bemerkt, überall glatt zur Anerkennung brachten. — Am 19. Juni feiert der Zweigverein Heydekrug sein erstes Sitzungsfest. Möge sich dieses Fest auch als Siegesfest gehalten und dazu dienen, den Gedanken der Organisation auch in die Freie hinzutragen, die bisher davon unberührt geblieben sind.

### Gau Dortmund.

In Wieden-Asseln, wo am 1. April eine Lohnherabsetzung von 1,- erfolgen sollte, weigerten sich die Unternehmer, diesen zu zahlen. Sie stützten diese Weigerung auf eine Unfairkeit im Tarif. Von der Schlichtungskommission wurden sie jedoch zur Nachzahlung verurteilt. Aber erst als bei sämtlichen Unternehmen die Rückzahlung eingerichtet war, wurde die Nachzahlung versprochen. Nur der Unternehmer Stiepelmann weigerte sich, weshalb über sein Geschäft die Sperre verhängt wurde.

### Gau Dresden.

In Freiberg ist der Streit nun beendet. Streitende hatten wohl seit dem 2. Juni eigentlich nicht mehr, wenn wir nicht gesagt haben, einige Kollegen zurückzubekommen. Am 4. Mai legten die Kollegen die Arbeit nieder, weil die Unternehmer den Stundenlohn von 38,- nur auf 40,- erhöhten wollten und noch dazu Verhandlungen mit uns ablehnten. Unsere Forderung war 48,- Stundenlohn. Am 27. Mai fand eine Verhandlung in Gegenwart der Hauptvorsstände statt, die noch nicht zur Einigung führte, weil die Unternehmer nur 42,- und vom 1. Oktober an 42,- boten. Am 8. Juni wurden wir nochmals zur Verhandlung geladen. Diesmal boten die Unternehmer ihr sofort 41,- und vom 1. Juli an 42,-. Dieses Angebot ist von uns allen Kollegen angenommen worden,

sodass am 10. Juni der Vertrag endgültig abgeschlossen werden konnte, natürlich unter dem Vorbehalt, daß die Versammlungen zustimmen, was aber sicher scheint. Das Vertragsgebiet umfasst die Orte Freiberg, Kleinwaltersdorf, Lohmitz, Löbnitz, Tuttendorf, Halsbach, Hilbersdorf, Langenritz, Zug und Kleinschirme. Wegen der übrigen Orte im Amtsgerichtsbezirk soll nochmals verhandelt werden, weil die Unternehmer aus diesen Orten nicht mit anwesend waren. Die Freiberger Kollegen haben bei diesem Kampfe die Feuerprobe glänzend bestanden.

Im Großröhrsdorfer Vertragsgebiet ist es inzwischen auf freidem Wege zur Einigung gekommen. Es wird ein Stundenlohn von 40,- geschlossen, was eine Lohnzulage von 2,- bedeutet.

In Neustadt ist es inzwischen auch noch bei einigen Unternehmen zur Einigung gekommen, so daß die 48,- Stundenlohn nun wahrscheinlich noch erreicht wird.

In Hohenstein mussten wir bei Herrn Drechsler auch erst noch etwas auf unsre Organisation aufmerksam machen, zum Streit kam es aber doch nicht; denn Herr Drechsler erhöhte den Tarif im letzten Augenblick um 3,-, wodurch die Angelegenheit erledigt ist.

In Brunnendorf bei Freiberg haben unsre Kollegen beschlossen, von den Unternehmern die Anerkennung des Freiberger Vertrages zu fordern, worauf wir hiermit die Holzindustrie-Kollegen aufmerksam machen.

### Gau Frankfurt a. M.

In Menzstadt (Main-Weserbahn) haben die Kollegen am 7. Juni die Arbeit eingestellt, weil alle Bemühungen, sich mit den Unternehmern über die Lohnforderung zu verständigen, gescheitert. Die Unternehmer glaubten, sich dadurch um die Forderung herumdrücken zu können, daß sie einzigen Kollegen ein paar Pfennige mehr Lohn bewilligen würden. Durch unser Vorgehen ist ihre Absicht vereitelt worden; denn schon nach drei Tagen konnte der Streit zugunsten der Kollegen beendet werden. Wurde auch kein vollkommen Erfolg erzielt, so ist doch der Fortschritt unbestreitbar. Unter dem Einfluß der Organisation steigt der Stundenlohn in diesem Jahre um 3,- auf 38,- (auf 36,-) und im nächsten Jahre weiter um 1,-. Bei den von der Firma Heinrichs-Hameln auszuführenden Bahnarbeiten steigen die Löhne von 36,- auf 39,- und vom 1. August ab auf 40,-. Die Arbeitszeit ist auf 10½ Stunden und vom 1. April 1910 auf 10 Stunden täglich festgesetzt. Leider konnte nicht bei allen Unternehmen das gleiche Resultat erzielt werden, weil die Kollegen dort noch nicht die Einigkeit gewonnen haben, daß nur die Organisation allein das Mittel zur Befreiung ist. Dies ist auch der Grund, weshalb es uns noch nicht gelang, einen vollkommenen Arbeitsvertrag zu erzielen, denn die Vereinbarungen beschränken sich auf Löhne und Arbeitszeit. Die Kollegen werden daran erkennen, was sie einzehnen müssen, um das Gewonnene zu erhalten und weitere Fortschritte zu erreichen.

### Gau Görlitz.

In Freital wurde die Lohnbewegung ohne größte Schwierigkeit erledigt. Die Unternehmer bewilligten 2,- Lohnzulage und die zehnstündige Arbeitszeit.

In Niesky hatte die Lohnbewegung Anfang April nur einen vorläufigen Abschluß gefunden. Die Unternehmer sagten einen Stundenlohn von 35,- und die Einigung der zehnstündigen Arbeitszeit zu. Die Kollegen dürften mit diesem Stundenlohn nicht den ganzen Sommer zufreiden sein.

In Brieske musste um eine Lohnherabsetzung von 38 auf 40,- gekämpft werden. Nach dreiwöchiger Dauer des Streits wurde die eine noch in Betracht kommende Unternehmer die Lohnherabsetzung, so daß die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte. Unsre Forderung auf vertragliche Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen wurde nicht erfüllt.

Im Oberfriderdorfer ist eine Lohnherabsetzung um 2,- pro Stunde durchgesetzt worden.

Auch im Lohngebiet Herrenhut-Bernstadt wurde eine Lohnherabsetzung von 1 bis 2,- erreicht. Zu einem Vertragsabschluß ist es in beiden Lohngebieten noch nicht gekommen.

In Bautzen wurde die Lohnbewegung sehr schnell erledigt.

Am 17. Mai wurde in einer gemeinsamen Versammlung der Maurer, Zimmerer und Baufußarbeiter beschlossen, Forderungen zu stellen. Diese wurden sofort an alle Unternehmer abgesandt und bis zum 21. Mai Antwort verlangt. Die Antwort traf auch pünktlich ein, war aber nicht befriedigend. Es sprach daraus die Absicht der Unternehmer, die Erledigung der Frage in die Länge zu ziehen. Am 22. Mai wurde deshalb die Arbeit eingestellt. Das wirkte in den Reihen der Unternehmer. Innerhalb 36 Stunden hatten 18 von ihnen die Forderung (45,- Stundenlohn) unterschriftlich anerkannt. Es kam zu einer Verhandlung, wobei ein Vertrag abgeschlossen wurde, in dem für Maurer und Zimmerer 45,- und für Baufußarbeiter 37,- Stundenlohn festgesetzt sind. Mit den nichtorganisierten Unternehmern wurde ein besonderer Vertrag geschlossen.

In Schmiedeberg ist erst mit einem Unternehmer die Lohnfrage geregelt. Dieser legte 1,- zu und schloß einen Vertrag mit uns ab. Bei den übrigen Unternehmen steht die Regelung noch aus.

In Löwenberg forderten wir einen Stundenlohn von 40,-. Von den Unternehmern wurde diese Forderung auch bewilligt, und zwar in einem einigten dritten Vertrag, der bis zum 31. Oktober dieses Jahres gelten sollte. Was nach Ablauf dieser Frist neuer Vertragsfrist geahndzt werden sollte, wollten die Unternehmer nicht verraten, jedenfalls nicht über 40,-, was darauf zu schließen ist, daß sie bereit waren, bei einem Stundenlohn von 40,- einen Vertrag bis zum 1. April 1910 mit uns abzuschließen. Darauf wollten sich unsre Kollegen nicht einstimmen. Sie stellten einmütig die Arbeit ein, mußten sie aber nach einer Woche wieder aufnehmen, ohne vorläufig das gestiegene Biel erreicht zu haben.

### Gau Hamburg.

Eine stark besuchte Versammlung der Maurer und Baufußarbeiter in Neuminster beschäftigte sich am 27. Mai mit der Tariffrage. Am allgemeinen wurde von allen Rednern darauf hingewiesen, daß für Neuminster die Löhne viel zu niedrig bemessen sind. In allen andern Städten in der Provinz Schleswig-Holstein wird heute schon ein höherer Lohn gezahlt. Auf einen Antrag der Zweigvereinsvorstände wurde eine Abstimmung darüber statt, ob die Versammlungen gleich nach Winkeln eine Lohnforderung stellen und ihr gegebenenfalls durch einen Streik Nachdruck verleihen wollten. Es wurden von den Maurern 165 Stimmen abgegeben, davon 111 für einen

Streik und 44 Stimmen dagegen. Die Maurerarbeiter stimmen mit 50 gegen 5 Stimmen für einen etwaigen Streik. Weil bei den Maurern keine Dreiviertel-Mehrheit für den Streik gegeben war, mußte vorläufig von einer Bewegung Abstand genommen werden.

Am 1. Januar 1908 standen die Kollegen in Apenrade den Tarif und erachteten die Unternehmer gleichzeitig, bis zum 15. März 1908 mitzuteilen, ob sie gewillt wären, mit den Vertretern unsres Zweigvereins über einen neuen Tarif zu verhandeln. Der Zweigvereinsvorstand erhält keine Antwort. In diesem Jahre wurde dann eine Lohnforderung eingereicht, bei welcher Gelegenheit wieder um Verhandlungen nachgefragt wurde. Auch diesmal hielten es die Unternehmer nicht für notwendig, eine Antwort zu erstellen. Am 6. Juni d. J. war nun endlich die Geduld der Kollegen zu Ende, sie beschlossen an diesem Tage einstimmig, die Arbeit am nächsten Tage einzufordern. Dieser Vertrag wurde ebenso einstellig durchgeführt, seit dem 7. Juni rufen sämtliche Bauten vollständig. Die Baufußarbeiter, Maurer und Zimmerer sind gemeinsam in den Streik eingetreten. Nunmehr haben die Unternehmer schnell schreiben können. Schon am 8. Juni erhält unsre Streitteilung ein Schreiben, worin die Unternehmer fordern, bis zum 12. Juni die Arbeit wieder aufzunehmen oder es sollten „besondere Maßnahmen“ gegen die Streitenden ergreifen werden. Worin diese besonderen Maßnahmen noch bestehen sollen, entzieht sich vorläufig unserer Kenntnis. Im allgemeinen haben die Unternehmer schon gleich in den ersten Tagen zu den verschiedensten Maßnahmen gegriffen. Es wurden nicht allein die schweren Löhne herausgegeben und die Materialhändler zur Materialsperrre veranlaßt, sondern die Unternehmer haben auch verucht, den Streitenden die Lebensmittel abzuschnüren, indem die Kaufleute gewarnt wurden, den Streitenden Waren zu verkaufen, vor allem ihnen aber keinen Kredit zu gewähren. Die Maurer und Zimmerer fordern nun eine Erhöhung des Stundenlohns von 60 auf 55,- und eine Arbeitszeitverkürzung von 10 auf 9½ Stunden. Zugang nach Apenrade ist streng verboten.

Leider haben die Bauunternehmer Abzug in Sinstorf und Peter Bühr, früher in Witten, jetzt in Sinstorf, die Bauten in Langenfeld und Römerburg Harburg, ausführen, ist wegen Nichtzahlung des ortsbildlichen Stundenlohns von 80,- die Sperre verhängt worden.

### Gau Hannover.

Im Landkreis Linden haben am 8. Juni Verhandlungen stattgefunden. Die Unternehmer verlangten zunächst die bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit und stellten in Aussicht, daß sie vielleicht am 1. Dezember eine Lohnherabsetzung von 1,- einstreiten lassen würden. Nachdem schon längere Zeit verhandelt worden war, reduzierten wir unsre Forderungen von 5,- auf 3,-. Die Unternehmer erklärten sich dann bereit, bei Wiederaufnahme der Arbeit den Lohn um 2,- zu erhöhen. Unser weiterer Vorschlag, 1,- am 1. August noch zu zuzulegen, lehnte sie hartnäckig ab. Mit diesem Ergebnis befriedigten sie am 10. Juni die Kollegen in den einzelnen Orten und lehnten es ab. Die Unternehmer traten dann noch einmal zusammen, lebten jedoch die Zahlung des dritten Pfennigs wieder ab. Am 12. Juni nahmen unsre Kollegen in mehreren Versammlungen das Verhandlungsergebnis mit schwacher Mehrheit an, während es die Zimmerer nach wie vor ablehnten. In Gehrdt haben die Unternehmer erklärt, keine organisierten Maurer wieder einzustellen, so daß dies Gebiet als für die Wiederaufnahme der Arbeit nicht in Betracht kommt. Für die Orte des Ausbreitungsgebietes, die zum Zweigverein Hameln gehören, bedeutet das Angebot der Unternehmer außerdem eine Lohnkürzung von einem Pfennig; denn dort besteht früher ein Vertrag, der 35,- Stundenlohn vorsieht. Nach dessen Ablauf steht der Lohn auf 38,-, ohne indes vertraglich festgelegt zu werden. Nach dem jetzigen Angebot der Unternehmer würde der Lohn 37,- betragen, so daß er also um einen Pfennig gefallen wäre. Auch ist darum noch gar nicht zu sagen, wie sich die Dinge entwickeln werden. Von einer Erledigung der Lohnbewegung im Landkreis Linden kann man noch nicht reden.

Der städtische Baumeister Kraus in Bielefeld hat vorläufig noch keine Zeit, sich mit der Lohnforderung der Maurer zu beschäftigen. Er hat die Sorge um die Fertigstellung der fürstlichen Wagenremise hinter sich gelassen und erfreut sich als Vorsteher des Bielefelder Flottenvereins an den Mannschaften der Kriegsschiffe in der Stielr. Bucht. Zwischen wurde aus der fürstlichen Residenz ein allerliebstes Submissionstück bekannt, das sich auf die Wagenremise bezog. Früher waren zur Vergebung fürstlicher Arbeiten keine Submissionsbeilebt, nur wollte man aber doch nicht das Vorbild anderer moderner Waffenfaktionen länger ignorieren und so wurde die Wagenremise submittiert. Dabei hatte man aber die Kleinstigkeit übersehen, daß die Maurerarbeiter zu dem Bauwerk schon vom Baumeister Kraus begonnen waren. Wer submittiert wird doch, beschließt ein hoher Ministerium, gehobene und andre Nähe. Das Resultat war, daß fünf Angebote gemacht wurden, doch niedrigste mit M. 17.900, das höchste mit M. 23.800; und der Höchstfordernde war Baumeister Kraus. Nun war guter Rat teuer; M. 6000 ist auch für die fürstliche Bielefelder Kasse kein Riesenbetrag. Aber Herr Kraus wurde der Bau zugesprochen, denn er hatte ja schon den Bau begonnen; zudem weiß er nicht nur hohe Forderungen zu stellen, sondern er ist auch Bielefelder hoher Titel. Vielleicht läuft Baumeister Kraus nun aber auch über die Forderung der Maurer mit sich reiben, sie verlangen ja nur einen ganz winzigen Bruchteil von dem M. 6000. Und da anzunehmen ist, daß auch die Flottenverein zur Aufzufriedenheit des Herrn Baumeisters aufgefallen sind, haben die Streitenden die Hoffnung noch nicht aufgegeben, die geforderten 42,- Stundenlohn zu erlangen. Sonst wird man mit dem Bau der Wagenremise und anderen notwendigen Gebäuden noch etwas warten müssen.

In Bielefeld a. D. Zweigverein Hannover, ist der Stundenlohn auf dem Verhandlungsweg von 48 auf 45 erhöht worden. Als wir im Frühjahr die Forderungen aufstellten, wollten die Unternehmer noch nichts davon wissen; jetzt waren sie bald zur Verhandlung bereit, wobei wir dann ohne Mühe die angebotene Lohnherabsetzung erreichten.

Zu einer Arbeitszeitfeststellung kam es am 9. Juni in Königslutter. Selbstverständlich beim Unternehmer Knobbe, der auf diesen Gebiete immer jeden Streit schlägt. Grund hierfür war einerseits das einem Bauabschluß ähnliche Arbeitsverhältnis bei Knobbe, dann aber auch das unqualifizierte Verhalten seines Betriebs. Warnecke; außerdem herrsche auch stets Mangel an

**Berüstsmaterial.** Eins zum andern gelan, hat schließlich unsre Kollegen dazu gebracht, sich durch Einführung der Arbeit ein besseres Arbeitsverhältnis zu erzwingen. Nachdem sich auf unser Erüben auch der Arbeitgeberverband mit der Angelegenheit beschäftigt und Knobbe in einer gemeinschaftlichen Sitzung die Erklärung abgegeben hatte, für Beteiligung der Mithände zu sorgen, so konnte die Arbeit nach eineinhalbstätigter Dauer bei Sverre wieder aufgenommen werden.

In Waldrode haben am 7. Juni auf Veranlassung des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe und unter Zustimmung der Zentralräteinungen der Organisationen der Maurer und Zimmerer Verhandlungen zur Beilegung der bestehenden Differenzen stattgefunden, die aber durch den Starfskampf der Unternehmer ergänzt einen Erfolg nicht aufzuweisen vermögen, vielmehr die Gegenläufe noch verschärft haben. Richtig steht, daß die Herren jedoch Lohnherabmäßigung ablehnen, haben sie auch noch den Mut, in dem als Verhandlungsunterlage dienenden Vertragsumsatz den Böhn, der bisher 45 % betrug, auf 43 % zu reduzieren. Zur Begründung dieses naiven Wunsches führen sie an: Da sie als Meister gegenüber den Gesellenorganisationen in den letzten Jahren nichts zu sagen gehabt hätten und in einseitiger Weise die Lohnbedingungen nur von letzterer dictiert seien, so seien diese der Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse weit vorausgeschritten; aus diesem Grunde habe eine Zurückdämmung sich als notwendig erwiesen. Auch im übrigen sei das Verhältnis zwischen „Arbeitgeber“ und Arbeiter mit der Zeit so geworden, daß sie als „Arbeitgeber“ weiter nichts mehr zu sagen hätten, als für den wöchentlichen Lohn zu sorgen. Man sieht, welche verderbenden Wirkungen der „Nordwestdeutsche“ im Bunde mit den „Arbeitgeberzügen“ und deren verbrecherischen Artikeln gegen die Bestrebungen der gewerkschaftlichen Organisationen, die Lebenshaltung der Arbeiter besser zu stellen, angerichtet hat. Die Waldroder Unternehmer haben sich erst seit kurzem dem Nordwestdeutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe angeliefert; aber in dieser Füge, wie sie jetzt schon so die Liebung im Schafmarktheim angeleget, daß sie dem Nordwestdeutschen Verbande alle Ehre machen. Ob sich aber dadurch die Gegenseite auch nur in etwas zum Beste Lehren lehren, darüber werden selbst die Herren aus der Annenwallstraße in Hannover nicht glauben. Der Kampf, der genau am 1. April begann, wird in ungeschwächter Weise fortgesetzt werden, was uns so leichter fällt, als das Groß der in Betracht kommenden Arbeiter außerhalb des Kampfgebietes zu wesentlich besseren Arbeitsbedingungen in Arbeit steht.

## Gau Leipzig.

Die Kollegen in Wettin befinden sich nunmehr in dem zweiten Bogen im Streit und noch ist ein Ende des Kampfes nicht absehbar. Die Zahl der Streitenden beträgt 14; aller- andern Kollegen sind abgereist. Der Unternehmer, vom natürlichen der Arbeitgeberverbund mit dem langen Namen, machte verzweigte Auseinandersetzungen, um die Streitenden einzufangen und womöglich niederrütteln zu können. Zum Beweise dafür einiger Vorgänge. In Zappendorf, wo der Unternehmer Gruppe aus Sachsenburg einen Kaffeehaus erbaut, an dem auch streitende Kollegen in Arbeit waren, ebenso in Amsdorf, wo der Unternehmer Knabe aus Halle einige Streitende bestimmt, mussten diese am Pfingstmontagabend auf Veranlassung des Arbeitgeberverbands entlassen werden, obwohl an beiden Stellen fortgesetzte Leitung geführt werden. Die beiden Unternehmer müssen eben so tonangebend wie der Arbeitgeberverbund pfeilen. Das ist selbstverständlich kein Terroranschlag, sondern lediglich Selbsthilfe zur Rettung des ehrenhaften Handwerks. Die Unternehmer sollen nun freilich allmählich wissen, daß durch solche Terroranschläge keine Streitende wankelmäßig geweicht wird. Auch der Arzt Dr. Seifert stellt sich freudig in den Dienst des Unternehmers und als ob ihm die Sache etwas angeinge. Er redet den Maurern zu, doch wieder anzufangen. Sie seien doch "gute Leute" und sollten sich nicht von den Hallenser "verführen" lassen. Vielleicht hat Herr Seifert einmal von der Begehrlichkeit der Arbeiter gehört. Wenn Herr Dr. Seifert seine Leistungen so schreibt, bezahlt erhalten würde wie die Maurer, dann würde seine Unzufriedenheit wohl keine geringe sein. Und nun unter alten Freunden Herr Große, der Hauptheld in diesem Kampfe. Als er mit seinen kostbaren Italienern auf dem Rittergut Deutleben einzog, waren das, münchner, tüchtige, intelligente und erstaunliche Kräfte. Jetzt freilich sieht es mit diesen Brüderchen schon etwas anders aus. Der Rittergutsbesitzer Leubner lädt von den braunen Söhnen des Südens keine weiteren Arbeitnehmer mehr ausführen, weil sie ihm zu träge sind. Wenn die freudeländischen Haschtiländer schwärzen, so ist höchstens interessant. Sie tun das nämlich nicht auf der Baustelle, sondern in Deutleben wo sie beherbergt werden. Gegenwärtig arbeiten sie an einer Feldsteine in Neus. Zum Freitagabend marschierten sie von Neus nach dem 20 Minuten entfernten Deutleben, so daß sich die Frühstückspause, auf eine bis fünf Stunden ausdehnen. Selbstverständlich aus Kosten des Unternehmers. Die Schwiegereltern ihrer Schaffenden wird durch folgendes Beispiel illustriert: Zur Pfingstzeit, wo alles schön gemacht wird, soll Herr Große einmal drei Männer in eine Stube, damit die recht schnell geweicht werde. Die drei Mütigen hätten abend um 7 Uhr glücklich die Bude fertig. Der Strich im Zimmer soll eine richtige Tränenlante gewesen sein. Ein anstrengender Maurer muß allein in einem Tage Stube und Kammer wechseln. Die Tüchtigkeit und der Fleiß der brauen Südländer sind damit bewiesen, für Herrn Große natürlich. Allerdings lädt er ihnen eine kleine Lohnerschöpfung zutrommen, um die die Streitbrecher bald selbst gestreift hätten. Jedenfalls beglückwünschen wir den Herrn, daß zu diesen Leuten. Mag er sie nun gleich überwintern; denn die einheimischen Kollegen sind bereit den Kampf bis zum nächsten Jahre fortzusetzen.

Die Lohnbewegung in Aymendorf, Beesen, Nadebel, Osendorf und Rohau ist beendet. Die Unternehmer haben sofort 2 ½ pro Stunde und vom 1. Juli bis 31. März 1917 einen weiteren Pfennig bewilligt. Eine gemeinschaftliche Bezahlung der Maurer, Zimmerer- und Bauarbeiter nach in getrennter Abstimmung das Angebot an.

## Gau Magdeburg.

Der Streit in Görlitz geht unverändert weiter. Die Unternehmer möchten wohl gern einseitig, doch die Gewalt des Arbeitgeberverbandes, die den Geldbeutel zur Führung des Kampfes geöffnet haben, verlangen, daß der Kampf bis zu vollständigen Niederwerfung unserer Kollegen geführt werden darf. Schon sind große Summen geopfert, um die Berliner Rauschreißer die Auswurf der Menschheit heranzubringen und zumbleiben zu lassen. Ein Trupp polizeilicher Wallen ist ebenfalls

Orte. Alle diese Opfer wollten die Herren aber nur gebraucht haben, um uns eine vollständige Niederlage zu bereiten. Da können nun freilich die Herrschaften noch lange warten. Ein Streifende sind mir noch an Ort und die abgereisten Kollegen befinden nicht daran, zu den „Fleischköpfen“ ihrer Aussteuer die aber in ihrem Hause nichts zu sagen haben — zurückzuführen.

Der Streit in Halberstadt ist beendet. Nachdem die Unternehmervereinigung nun auch Frieden geschlossen hat, kam auch der Herren des Arbeitsverbandes noch just zu rechtzeit einreitender Gewante, um die Verhöllterung zu übernehmen. Unter dem Vorsthe des Gewerbeprätoris Dr. Böttner wurde ein Einigungsprotokoll ausgefertigt, wonach der Stundenlohn bis zum 1. Oktober 45 von da an 50 Pf. betragen soll. Bei Zugarbeiten wird ein Tagesloch nach freier Vereinbarung gehabt. Die Kollegen können mit den erzielten Erfolgen zufrieden sein: die Scharte von 1905, die ihnen durch das Beschulden der Binnerer geschlagen wurde, ist durch den vereinten Kampf der Maurer und Bauarbeiter nun wieder ausgewehrt worden.

In Salzwedel wird von beiden Seiten mit äußerster Zärtlichkeit weiter gesampft. Die Unternehmer haben sich eine Kolonne Berliner Haustecker sorgen lassen, denen sie einen Stundenlohn von 85 ₡ garantiert haben. Da eine solche Leistung mit ihrem Potentiale nicht in Einklang zu bringen ist, sind sie nun auf der Suche nach Stalaternen. Wenn sie wollen, daß ihnen die Arbeit später vor die Füße fällt, könnten wir sie an ihre Borsigwerker Kollegen verweisen. Die haben nämlich ein Haar in 'der Gesellschaft gefunden, dürfen sie aber jetzt nicht zum Teufel jagen.

In Banzleben war der bestehende Vertrag beiderseitig aufgehoben worden. Unsere Kollegen forderten in einigen nebenstehenden Bestimmungen Verbesserung des Vertrages. Die Unternehmer hatten wohl ursprünglich eine Rohzubringerzung abgeschlossen, erklärten sich dann aber für unverändert. Verlängerung des Vertrages auf ein Jahr. Da eine große Zahl Sachverständiger aus Banzleben die Unternehmer in Arbeit sieht, beschloß am 14. Juni eine gemeinschaftliche Versammlung nach gesetzlicher Ausprägung fast einstimmig, für dieses Jahr in keine Bewegung einzutreten, und sich mit den Bestimmungen des alten Vertrages abzufinden.

## Gau Mannheim.

Der Streik in Pforzheim dauert nun bereits acht Wochen und wird beiderseits mit alter Stärke weitergeführt. Den Mitgliedern des Arbeitsgerberbandes scheint allerdings das Feuerwerk auf den Nagel zu brechen; sie verfügen immer energische Streikbrecher zu tapfern. In den Pfingsttagen suchten sie die verschiedensten Dörfer auf und holten den Mägerten Löhne von 60,- bis 80,- pro Stunde. (60,- ist der geforderte Lohn, den man angeblich den Streikenden nicht zahlen konnte.) Doch es war nicht Mühe vergebens, der erhohte Ertrag ist nicht gekommen. Nun scheint man es mit Aufforderschreiben zu versuchen. Am 12. Juni kam eine Kommission von fünf Mann angerückt, doch trotz eines starken Polizeiaufschwabs und großer Gefahr der Unternehmer wurde sie abgefangen und abgeschoben. Einzelne Unternehmer stellten Mauerren von außenherab ihres "Autos" zur Verfügung, wenn sie nach Pforzheim wollten. Doch diese Kollegen verzichteten auf das Autofahren. Und eben die Unternehmer eine Hoffnung nach der anderen dahinschwanden. Was die Unternehmer von Pforzheim mit ihren Agenten selbst nicht fertig brachten, das verfügte nun ein Pfarrkurat. Zu jenseitige Mauer aus der Gegend von Aalen zeigten die Streikposten Wut, wonach der Pfarrkurat Scheler von Weidling 300 bis 400 Männer juckte. Diese Kollegen wurden von der Situation unterrichtet, auch sie reisten wieder ab. Dennoch hat dieser Herr ebenso wenig Glück wie die Unternehmer selbst. Es ist aber bezeichnend, daß in diesen schweren Kämpfen auch die Geistlichkeit zugunsten der Unternehmer gegen die Arbeiter austritt. Die Streikenden wissen allerdings, daß sie auf keinen Sympathien zu rechnen haben, und verlassen sich auf ihre eigene Kraft sowie auf den Einfluß ihrer Organisation. Erwähnen noch, daß in den bürgerlichen Blättern Pforzheims folgendes Einschluß erschien:

Gesangverein erhielten: „Ein nettes Stückchen leistete sich auch in Wiesbaden! Sekretär Bernhard vom sozialdemokratischen Maurerverein ließ die Mauer in den Streit traten, verlangten sie auch von den Bauhilfsarbeitern, daß sie misstrauten. Trotzdem legten nur bis zu 25 p.ö. organisiert waren, folgten sie dem Maier und den Baumeistern. Die Mauer erhielten ihre Forderungen bewilligt. Jedoch fiel es ihnen gar nicht ein, nun auf für die Bauhilfsarbeiter einzutreten. So arbeiten sie mit Streitbrechern der Bauhilfsarbeiter zusammen. In den Kreis der streitenden Bauhilfsarbeiter hat man jedoch für solche sozdemokratische „Brüderlichkeit“ und „Solidarität“ kein Verständnis und spricht deshalb von „Arbeiterverrat“. Nach den jetzt gemachten Beobachtungen gibt es keine „Variation“ im Arbeiterverrat, welche von der Sozialdemokratie nicht gefürchtet worden wäre. Deshalb muß diesbezüglich auch die christlichen Gewerkschaften solcher Taten bezüglich, um die eigene Verantwortung zu übernehmen.“

Sobiel Zeilen, sobiel Schwindel. Der christliche Gießer dieser Machwerke sollte sich schämen, kämpfende Arbeit in solch gemeiner Weise anzupredeln.

In den Saarstädten haben neun Unternehmer die Fortsetzung anerkannt, doch ist es dem Arbeitgeberverband gelungen, zwei Unternehmer zum Austritt von der Unterförschift zu veranlassen. Es ist also um zwei kleine Unternehmertypen handelt, zusammen nur wenig Leute beschäftigend, so hat dies nicht zu bedeuten. Im ganzen steht unsre Sache sehr gut. Von den Streitenden ist wieder ein Teil abgeregelt, so dass wir nun 220 Mann an unterförschift haben. Auch von diesen dürfte nach erheblicher Zeit ausnahmslos Arbeit erhalten.

ein erheblicher Teil auswärts Arbeit erhalten.  
Die Unternehmer in Hohenheim wurden von uns  
einer Verhandlung eingeladen, die sie auf unser Schreiben nicht  
antworteten. Doch die Herren hatten es vorgezogen, nicht  
erscheinen. Nun werden sie persönlich aufgefordert, damit  
Gelegenheit hätten, sich zu den Forderungen zu äußern. Da  
sind einzelne Unternehmer, doch sie nicht einzeln und in  
Kollegen zu seiner Besprechung zusammenbrächten. Sie woll-  
en nur aber doch noch einmal versuchen. Es steht zu hoffen,  
dass diese Bewegung friedlich erledigt werden kann.

## Gau Nürnberg.

In Ausbach sind in der letzten Woche zu den Berliner Streitbrechern noch drei weitere, gleichfalls Berliner, gesommert. Es gelang uns aber, nicht nur diese, sondern auch acht andere auszurichten, abzuhauen, so daß nur noch drei Streitbrecher übrig geblieben sind.

brecher am Orte sind, von denen der jüngste 68 Leute zählt. Im Laufe der Woche wurde die Streitteilung beim Oberbürgermeister vorstellig, der auch seine Hand zu einer Unterhandlung bot. Wie sich die Unternehmer dazu stellen werden, ist uns bis zur Stunde noch nicht bekannt. Sonst in einer Rendierung nicht eingetreten.

Auch in Wileburg hat sich an dem Stand der Ausprägung nichts geändert. Die Unternehmer sind jetzt überall auf der Suche nach Arbeitswilligen, besonders von den Berliner Mauern erwarten sie Hilfe. Wir erwarten von unseren Berliner Kollegen, dass sie alles aufbieten, damit der Wunsch der Unternehmer zu Wahrheit wird.

In Bindorf ist gleichfalls keine Rendierung eingetreten. Der Unternehmerverband ist überall bemüht, unsre abgereisten Kollegen auf ihre Arbeit zu bringen. In einigen Fällen ist ihm dies auch gelungen, doch hat das der Begeisterung unsrer Kollegen keinerlei Abbruch getan.

## Gau Stettin.

Der Stand der Bewegung in Pyritz ist unverändert. Acht Kollegen stehen noch im Streit. Ihre Stimmung ist gut trotzdem wir sehr unter Zugung aus den Bächen Woldenberg und Vernsee zu leiden haben. Wir rufen diesen Kollegen an dieser Stelle zu, ihre Pflicht zu tun und das Streitgefecht zu werden.

In Alt-Damum beantragten unsre Kollegen im Januar eine Lohnerhöhung von  $2\frac{1}{2}$  % pro Stunde, was der Unternehmer Bürger, angeblich im Auftrage der andern Unternehmer, glatt ablehnte, aber, wie die übrigen Herren jetzt sagen, obwohl deren Wissen. Am 6. Juni wurde die Forderung erneut gestellt und bis zum 8. Juni hatten sieben Unternehmer, die zwölf Gesellen beschäftigten, bewilligt. Nur der Unternehmer Böttcher, daß nach Bürger das größte Geschäft am Orte hat, spielte mit dem Gauvorstandchen Haltchen, doch am Nachmittag stellten ihn die Kollegen. Bei dieser Unterredung lehnte der Herr nicht nur jede Lohnerhöhung ab, er verstieß sich sogar darin, der höhnischen Bemerkung, die Mauerer sollten nur seelen, dann könne er in Ruhe seine Badereise machen. Hierüber empört, legten 10 Gesellen und die Hilfsarbeiter die Arbeit nieder, und am 9. Juni 1899 folgten, um die Sache kurz zu machen, noch die 10 in Künzenwalde zu einem Stundenlohn von 60 % beschäftigten Gesellen. Herr Böttcher kann also jetzt seine Badereise antreten, die Mauerer ist er los.

In Neustettin wurden durch den Streit der Bauarbeiter, die von den Unternehmern nicht für verhandlungsfähig gehalten werden, einige unserer Kollegen in Mittelstand gezogen. Die Bauarbeiter erledigen die Anerkennung eines Stundenlohnes von 28 bzw. 30  $\text{M}\ddot{\text{a}}$ . Die Bewegung der Maurer und Bauarbeiter scheint nun bewegschwung zu haben. Wie ein Unternehmer in einem bewachten Augenblick ausplauderte, haben die Herren unter statthaft ausgemacht, einige Maurer oder Arbeiter, die bei einem Unternehmer arbeiten, ohne Einwilligung des betreffenden Unternehmers einzustellen. Die Unternehmer sind hier wenigstens ehrlich; sie nennen das Ding nicht erst Arbeitsnachweis. Maßregelungen ist laut Bericht beiderseits ausgeschlossen, und bei passender Gelegenheit werden unsre Kollegen dafür sorgen, daß der Verlust der Unternehmer ein Verlust mit unangemäßigten Mitteln an unangemäßigen Objekt bleibt.

Gau Stuttgart.

Um ihre überaus iranigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse wenigstens etwas zu verbessern, unterbreiten die Männer in Ludwigshburg am 10. Mai ihren Meistern einige Forderungen. Der Stundenlohn sollte 50 Pf. betragen und alle andern Lohn- und Arbeitsverhältnisse sollten durch einen Vertrag geregelt werden. Die Ludwigshburger Unternehmer sind angelicht, dass die guten Voraussetzungen nicht abgeneigt, die Wünsche der Männer erfüllen. Sie dürfen aber nicht verhandeln, weil es die Leitung des Landesverbandes Württemberg, vom Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe nicht gestattet ist. Die Leitung des Landesverbandes Württemberg besteht hauptsächlich aus Scharfmachern, die am liebsten die gesamten Arbeiterverorganisationen Erdbothen verbünden liefern, wenn sie nur die Macht dazu hätten. Erklärt doch der Vorsitzende, Werkmeister Gustav Busch in Stuttgart am 14. April 1908 bei einer Verhandlung in Ehlingen: "Wenn wir so einig wären wie die Arbeiter, dann würden wir billiger und nicht verhandeln", und auf eine Zwischenbewegung wiederholte er: "Awohl, mein Herrren, billiger und nicht verhandeln". Die Ludwigshburger Unternehmer haben sich von den Stuttgartern dies jetzt am Narrenfest herumführen lassen. Es ist nämlich nur Annahme der Stuttgarter Scharfmacher, wenn sie behaupten, dass nur sie die Verhandlungsberechtigung für ganz Württemberg hätten. Dagegen ist noch bei keiner zentralen Verhandlung die Gewerkschaft gewesen. Nach den vorschlägen Vereinbarungen bedarf zweier abgeschlossener Vertrag im Baugewerbe der Bestätigung, aber nicht der Bestätigung eines Landesverbandes, sondern der Bestätigung des Vorstandes des Arbeitgeberbundes in Berlin und der Vorsitze der Vertragsschließebundes. Die Stuttgarter Quertreiber sind auch bereit, in vorigen Jahr mit ihrer Annahme zurückgewiesen worden. Wie steht es in Ludwigshburg, so hatten sie damals den Unternehmern in Winnenden verboten, mit den Arbeitern einen Vertrag auf der Grundlage des Vertragsmusters abzuschließen. Die Angelegenheit wurde den unparteiischen von beiden Teilbestellten Schiedsrichtern unterbreitet, und diese fälschten folgendes Urteil:

„Übergeordnete Verbandsorganisationen sind nicht berechtigt, ihren Ortsgruppen, den Verbanden über einen Tarifabschluß zu verbieten, da sowohl das Vertragsschisma, wie die Spaltung sprüche auf der Grundlage gegenseitiger Vereinbarung, besondere zwischen den örtlichen Organisationen, aufgebaut ist und diese voraussetzen. Der württembergische Arbeitgeberbund hat sonach dem Ortsverband Winnenden die Vornahme von Verhandlungen sofort zu gestatten.“

hört eine große Portion — Unterfreuden bei, in Ludwigsburg das gleiche, für unerlaubt erklärte Manöver zu wiederholen. Dies überparteiliche Unterfreudenheiten deßtlich ein andermal mehr. In Ludwigsburg ist die Bewegung keineswegs beendet, der dortigen Bauunternehmer werden sich's wohl noch einmal überlegen müssen, ob es für sie nicht zweitmärsiger ist, einen Vertrag



Pathos vorgetragenen neuen Ideen begeistert und sind deshalb eher geneigt, auch im Ausland einmal eine Versammlung zu besuchen. Freilich die Begeisterung hält in den meisten Fällen nur stand bis zum Beitragsahmen. Aber auch ein gut Teil Neugierde und Berechnung führt viele Italiener im Frühjahr in die Versammlungen. War doch so mancher von ihnen in den letzten Jahren gezwungen, wieder weiter zu ziehen, als er saum die Arbeit begonnen hatte, weil an seinem Arbeitsort ein Streik oder eine Ausperrung ausbrach. Deshalb suchen sie sich jetzt möglichst über die Situation zu informieren. In Orten, wo große Erdarbeiten fast nur von ausländischen Arbeitern ausgeführt werden und wo oft die unglaublichen Verhältnisse herrschen, sind die ersten Versammlungen in der Regel gut besucht, weil hier die Italiener meistens der Ansicht sind, daß die deutschen Organisationen ohne weiteres die Pflicht haben, hier einzutreten und die Verhältnisse zu bessern, allerdings ohne jede Gegenleistung. In der Vorstellung dieser Sorte italienischer Einwanderer (und es sind ihrer nicht wenige) lebt die Organisation als eine Art gemeinnützige Unternehmung, als ein Geschäft wie etwa eine Feuerversicherung, an die man heute die Prämie bezahlt und morgen sein Haus ansetzt, um die Sicherheitssumme herauszuholen. Das sind so die Hauptgründe, warum im Frühjahr das Interesse der Italiener für die Organisation etwas reger ist. Dieses Jahr schob sich der Beginn der Agitation etwas weit hinaus, einmal wegen der späten Aufnahme der Arbeiten und dann auch wegen der verhältnismäßig spärlichen Einwanderung im Gegensatz zu den letzten Jahren. Wenn man den Gründen für diese beschrankte Einwanderung nachgeht, so findet man vor allen Dingen, daß es die schlechten Erfahrungen des letzten Jahres waren, die viele Emigranten zurückhielten. Wüteten doch bis Juni 1908 einige tausend Italiener zurück, weil sie in Deutschland keine Arbeit fanden. Ferner ist es der Tätigkeit der italienischen Auswanderersekretariate und den staatlichen Auswanderungskommissionen in Köln und Genf sowie der italienischen Presse aller Richtungen zu danken, daß dieses Jahr keine verhängnisvolle Überschwemmung mit Arbeitskräften eingetreten ist. Durch all diese Institutionen wurden die Leute während des Winters über die schlechte Lage des Arbeitsmarktes im Ausland aufgeklärt und ermahnt, nicht abzureisen, ohne vorher Arbeit zu haben. Es kommt aber noch etwas andres in Betracht: Schon gleich nach der Wahl Taftis zum Präsidenten der Vereinigten Staaten Nordamerikas machte sich eine lebhafte Auswanderung dorthin bemerkbar. (Es steht über 100 000 Personen.) Die Leute teilen die übrigens auch sonst verbreitete Ansicht, durch die Wahl Tafti werden die Krise und ihre Folgen beseitigt. Freig ist es aber, wenn geplaudert wird, viele von den sonst im Ausland beschäftigten Italienern seien in Messina und Calabrien tätig. Man darf nicht vergessen, daß die italienische Bürokratie nicht den zehnten Teil jener Energie und jenes Organisationstalents besitzt, wie dies zum Beispiel die Amerikaner beim Aufbau San Franciscos gezeigt haben. Und tatsächlich sind in Messina verhältnismäßig wenig Leute beschäftigt.

Die Agitation begann mit der Verbreitung eines Flugblattes in italienischer Sprache. Das Flugblatt wurde deshalb den Leuten am Arbeitsort zugestellt, weil sich bei der Verbreitung an den Grenzstationen, wie es im vorigen Jahre geschah, verschiedene Missstände zeigten. Doch muß die Verbreitung in Zukunft noch besser durchgeführt werden. Von Ostern ab schlossen sich dann die Versammlungen an, bis jetzt ungefähr 60 bis 70. Sie wurden abgehalten: in Württemberg von den Kollegen Petefio und Ferrarese, in Baden und Elsaß-Lothringen von dem Unterzeichneten. Aus Württemberg kommt die Klage, daß die Versammlungen äußerst schlecht besucht waren. Das ist ja sichtlich auch kein Wunder; denn in Württemberg sind es die Einheimischen, hauptsächlich die Bauhelfsarbeiter, die sich darauf beschränken, am Werktag gegen die Italiener zu schimpfen und sie bei jeder Gelegenheit zu insultieren, anstatt sich selbst zu organisieren. Das beste Mittel, die Ausländer heranzuziehen, ist eine starke Organisation der Einheimischen. Man braucht ja die Italiener nicht anzusehen, in unsre Verbände einzutreten, aber auch das andre Extrem taugt nichts, sondern nur festes, bestimmtes, ruhiges Auftreten hat Erfolg bei Leuten, die über sehr geringe Bildung verfügen, wie es leider bei der Mehrzahl der italienischen Auswanderer der Fall ist. In Baden und Elsaß-Lothringen war der Besuch in Anbetracht der geringen Einwanderung verhältnismäßig gut, und, soweit sich das Gesetz übersehen läßt, ist es aufzufinden. Zum erstenmal in diesem Jahre kamen wir eine Anzahl Lebewesen aus dem italienischen Verband vermittelst der internationalen Mitgliedskarten konstatieren. Das Erfreuliche dabei ist, daß sich die Leute meistens freiwillig anmelden. Man sieht, daß die in den letzten Jahren aufgewandte Rühe doch ihre Früchte trägt. Nur die Provinz Como macht hier eine unerhörliche Ausnahme. Von dort haben

wir Hunderte von Maurern, die schon jahrelang dem Männer-Bauverein angeschlossen sind, die die internationalen Mitgliedskarten besitzen, und trotzdem ihre Beiträge in Italien bezahlen, weil sie dort bedeutend niedriger sind. Hier müssen einmal unsre Hauptvorstände energisch eingreifen und darauf dringen, daß von Seiten des italienischen Verbandsvorstandes den betreffenden Kassierern die Annahme der Beiträge von solchen Leuten unterstellt wird.

Im allgemeinen scheint es, als ob es etwas vorwärts geht, wenigstens da, wo eine nennenswerte deutsche Organisation besteht. Das ist auch leicht erklärl. Wenn die Italiener sich organisieren, so müssen sie einen Rückhalt haben an den Deutschen. Daraus ergibt sich für uns die Pflicht, vor allen Dingen dafür zu sorgen, daß in den Städten wenigstens auf den Hochbauten der lebte Italiener organisiert wird. Diese bilden dann infolge der Fluktuation der Italiener eine Art Sauerzeug unter denjenigen, die an den großen Erdarbeiten beschäftigt sind, auf die wir selbst aber zurzeit noch keinen Einfluß gewinnen können, auch wenn wir an Geld und Zeit nicht sparen. Einmal soll hier nicht vergessen werden, daß ist die Mahnung an die Maurer, mehr als bisher auf die italienischen Bauhelfsarbeiter einzugehen. Die Gründe dafür anzuführen, kann ich mir ersparen; denn sie sind so naheliegend, daß es überflüssig erscheint, darüber ein Wort zu verlieren. Wenn es für die Deutschen gilt, daß man heutzutage mit Versammlungen nicht mehr so weit kommt wie mit der Vautenagitation, so gilt dies noch viel mehr für die Italiener. Sorgen wir also dafür, daß unter der Zunft, die wir für unsre Verbände in diesem Jahre erhoffen, auch einige tausend ausländische Arbeiter sind; denn das ist für unsre Bauprojekte noch weit empfindlicher als ebensoviel Einheimische; sehen sie doch damit eine ihrer letzten Hoffnungen schwinden.

## Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sende man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstags morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

**Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenänderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstags vormittags in unseren Händen sind.**

**Nachen.** Unsre wahrheitsgemäße Darstellung der hiesigen Zustände, besonders der Lohnverhältnisse, in Nr. 21 des "Grundsteins" hat bei einem Berichterstatter der "Baugewerkschaft" alle Schwippsregister ausgelöst. Damit werden aber Sachen und deren Ursachen nicht aus der Welt geschafft. Richtig bleibt doch, daß sich die Leiter der christlichen Organisation bei dem Vertragsabschluß von den Unternehmern sehr übers Ohr hauen lassen. Diese Sorge war ihnen aber geringer als die Furcht, unser Verband könnte an den Verhandlungen teilnehmen. Die verleumderische Behauptung, wir hätten uns 1907 nicht an dem Lohnkampf beteiligt, wird durch die Taftaie widerlegt, daß eine Reihe unserer Kollegen wegen "Streikvergehen" bestraft wurde, u. a. auch Kollege Kessel, während sich die christliche Streitleitung im Hintergrunde hielt und ihren Mitgliedern weiszumachen suchte, sie dürfe sich nicht vorwagen; denn wenn sie verhaftet würde, dann wären die Kollegen verlassen und verloren — In der Tat haben die "roten Helden" immer im ersten Treffen gestanden, wann es galt, die Streikbrecher abzuwehren. Wer, wie der Berichterstatter der "Baugewerkschaft", das Gegenteil behauptet, sagt die Unwahrheit. Wenn unsre christlichen Freunde imstande wären, ein wahres Spiegelbild von uns und unserm Streben zu entwerfen, würden wir ihnen sehr dankbar sein, wenn sie es allen ihren Kollegen in recht scharfer Beleuchtung vorhielten. Da aber ihre darstellende Kunst himmelweit von der Wahrheit abweicht, muß auch ihr Spiegelbild lügen.

**Berlin.** Eine außerordentliche Generalversammlung, die leider nur schwach besucht war, hielt der Zweigverein am 11. Juni in Drachels Festzelt ab. Beim ersten Punkt der Tagesordnung: "Stellungnahme zur Bauarbeiterkonferenz", gab Kollege Weiß einen kurzen Überblick über die Entstehung der Bauarbeiterkongresskonzessionen und unterzog dann die von der Nordostdeutschen Baugewerbeberufsgenossenschaft neuverordneten Herausgegebungen einer scharfen Kritik. Als Delegierte zur Konferenz wurden die Kollegen H. Weiß, A. Winzler, G. Schulz und O. Haese gewählt. Als Mitglied des Verbandsausschusses für den nach Hamburg übergesiedelten Kollegen Ellinger wurde Kollege Haase gewählt. Beim Punkt "Verschiedenes" sprach Kollege Hanke dann noch die Vautenagitation. Diese Agitation wird in der Weise vorgenommen, daß die Kollegen von mehreren zusammenliegenden Bauten gleich nach Feierabend zu Sitzungen zusammenberufen werden, wo ihnen die Notwendigkeit der Organisation klar gemacht werden soll. Hanke kritisierte, daß unsre organisierten Kollegen, die den anderen beim Besuch der Sitzungen mit gutem Beispiel vorangehen sollen, häufig selbst den Sitzungen fernbleiben, und daß überhaupt das nötige Interesse für diese agitatorische Arbeit vielfach fehle. Er forderte die Kollegen auf, künftig die mit der Vautenagitation beauftragten Kollegen energisch zu unterstützen, da nur durch ein Hand-in-Hand-Arbeiten aller Kollegen Erfolge erzielt werden könnten.

**Blütheburg.** Der Kampf der Maurer und Bauhelfsarbeiter dauert nun bereits drei Wochen. Es haben verschiedene Unterhandlungen stattgefunden, aber leider immer

resultlos, da der fürstliche Baumeister, U. Krauß, sich den Vertretern der Organisation gegenüber auf nichts einzuladen wünscht. Am 10. Juni fand wieder eine Unterhandlung zwischen den Vertretern der Organisation und Herrn Krauß statt. Im Verlauf der Verhandlung machte Krauß folgendes Angebot. Bei Wiederaufnahme der Arbeit soll den Maurern der Stundenlohn um 2 s. und vom 1. März 1910 um einen weiteren Pfennig erhöht werden. Den Bauhelfsarbeiter soll eine Lohnsteigerung bewilligt werden. Nur den einen Pfennig, den Herr Krauß dieses Frühjahr abgeogen hatte, trocken ein Tarif bestand, wollte er den Bauhelfsarbeitern wortlos wieder zu legen. Eine gleich darauf stattgefunden Versammlung nahm das Anreisen, soweit es die Maurer betrifft, an. Doch wurde beschlossen, die Arbeit nicht früher aufzunehmen, bis auch den Bauhelfsarbeitern dieselbe Lohnsteigerung zugesetzt ist wie den Maurern. Der Kampf dauert also unverändert fort, weshalb Zugang von Maurern und Bauhelfsarbeitern nach Blütheburg nach wie vor fernzuhalten ist.

**Danzig.** Bei der Lohnbewegung in diesem Frühjahr gingen alle beteiligten Organisationen, einschließlich der christlichen, gemeinsam vor. Sie hatten sich darüber verständigt, daß alle unter einem gleichlautenden Tarifvertrag stehenden Organisationen durch je ein Mitglied in der üblichen Schlichtungskommission und im Einigungsausschuß vertreten sein sollten. Die weitere Besetzung der Kommission müsse proportional nach der Mitgliederzahl der beteiligten Organisationen erfolgen. Der Centralvorstand des christlichen Verbandes hatte dazu die Erklärung abgegeben, daß er diese Grundätze immer hochhalten werde. Auch unser Verbandsvorstand hat sich damit einverstanden erklärt. Gleich diese Grundätze wurde von uns gehandelt. Es wurde ausdrücklich vereinbart, daß, da der Vertrag vier Mitglieder der Schlichtungskommission vorsieht, je ein Mitglied vom christlichen Bauarbeiterverband, Maurer- und Zimmerverband delegiert werden sollte. Nachdem der Vertrag abgeschlossen war und die erste Sitzung sich mit der Beratung der Geschäftsordnung befaßte, sollten wir eine Neberratung erleben. Die Unternehmer brachten einen Antrag ein, wodurch zu jeder Sitzung a w e i Mitglieder des christlichen Verbandes und zwei Mitglieder der andern drei Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes? Entgegen der Erklärung ihres Centralvorstandes und der am Ort getroffenen Vereinbarung, entgegen den Bestimmungen des Vertrages überhaupt stimmten sie für diesen Antrag der Unternehmer, der eine Vergewaltigung des Centralverbands darstellt. Eine solche Verziehung wäre angebracht, daß Mitglieder der Centralverbände hinzugezogen werden sollen. Und was taten die Vertreter des christlichen Verbandes?

Prinzip voll auf gewohnt, da ja die Vertreter von den Massen der Kollegen gewählt werden. Deshalb sollte man aber auch den auf den Verbandskongress und gesuchten Belegschaften Rechnung tragen. Für die Dresdener geltet dies auch bestätiglich der Gehaltsfrage, die immer noch nicht den Verbandskongressbeschlüsse entsprechend geregelt sei." Eine diesbezügliche Resolution, die der Redner vorlegte, wurde von der Versammlung abgelehnt, obwohl fast alle Diskussionsredner im Sinne des Referenten gesprochen hatten. Nachdem noch einige nebenstehende Fragen erledigt worden waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

**Dresden.** Der Zweigverein hielt am 30. Mai eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab, in welcher der Bericht von der Vorstandssitzung und der Gauforumtagen gegeben wurde. Der Vorsitzende kritisierte in längeren Ausführungen die Plausibilität eines Teils der überörtlichen Maurer, die der Organisation den Rücken lehnten, nachdem sie eine Lohnverhöhung von 4 % erhalten hatten. Auch Mitglieder des Zweigvereins Dresden haben sich die Schlußmühle über die Ohren gezogen. Sie halten den Besuch der Versammlungen und die Agitation für den Verband nicht mehr für notwendig, sondern überlassen die Arbeit dem Vorsitzenden und den Hilfsarbeitern. Der Redner streifte auch die kommende Lohnbewegung und ermahnte die Kollegen, dafür zu sorgen, daß die Indifferenzen in unsere Reihen kommen. Nach Erledigung einiger anderer Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

**Friedrichshafen.** Am 7. Juni fand im Lokale "Zum Schiff" die erste Mitgliederversammlung der hiesigen neu gegründeten Organisation statt, in der Kollege August Winnig einen imputtiven Vortrag über den Organisationsgedanken hielt. In eindringlichen Worten führte er den Kollegen die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation vor Augen und schilderte deren Wirken an Beispielen aus dem täglichen Leben und Streben der deutschen Arbeiter unter besonderer Berücksichtigung der Maurerbewegung. Nach ihm sprachen Kollege Stolle und der Gauleiter der Bauhüttenarbeiter, Genosse Buße, in demselben Sinne. Mit dieser Versammlung durfte sich unsre Organisation manche Sympathien erworben haben. Man wählt dann noch die Verwaltung, so daß der Zweigverein Friedrichshafen nunmehr vollständig gegründet ist. Gegenwärtig ist ziemlich viel Arbeitsgelegenheit vorhanden, da der Ort durch die Zappelinschen Unternehmungen einen markanten Aufschwung erfährt. Zugang von Kollegen, die sich an der Organisationsarbeit beteiligen wollen, ist uns erwünscht.

**Halle a. d. S.** In der am 8. Juni tagenden Mitgliederversammlung wurde, bevor man in die Tagesordnung eintrat, das Andenken der verstorbenen Kollegen Carl Hauer und Friedrich Häni in der üblichen Weise geehrt. Zur Wiederaufnahme in den Verband meldeten sich die Kollegen Otto Neiß und Adolf Schwiegershausen. Nachdem dieselben das Statut anerkannt und versprochen hatten, nicht wieder als Arbeitswillige tätig zu sein, wurde ihr Aufnahme unter Zahlung der durch Beschluß festgesetzten Buße, beschlossen. In leichtberührlicher Weise referierte dann Genosse Redakteur Riedel über das Thema: "Bilder aus der Entwicklungsgeschichte". Mit großer Aufmerksamkeit verfolgten die Anwesenden die Aussführungen des Referenten, dem lebhaften Beifall gezielt wurde. Die Abrechnung vom 25. Stiftungsfest ergab eine Einnahme von M 189,95 und eine Ausgabe von M 254,80, so daß ein Defizit von M 64,85 vorliegt. Beschlossen wurde, das Sommerfest am 27. Juli im "Volkspark" zu feiern. Es wurde eine Festkommission von 20 Mann gewählt. Der Eintrittspreis soll pro Person 10 Pf. betragen. Das Tanzgeld beträgt für Mitglieder 50 Pf., für eingeladene Gäste M 1. Sobald berichtete Kollege Lubitsch über die Tätigkeit der Bauarbeiterkostümkommission. Seine Ausschreibungen ergeben sich aus dem Gesamtbericht der Bauarbeiterkostümkommission, der bereits in Nr. 108 des "Volksblatt" veröffentlicht ist. Unsre Delegierten sollen in der nächsten Sitzung darauf hinweisen, daß bei der nächsten Kontrolle Bestellungen gemacht werden, auf welchen Arbeitsstellen noch Plakette vorhanden ist. Nachdem noch einige andre Angelegenheiten besprochen waren, wurde die Versammlung mit dem Wunsche, daß ein jeder tatkräftig für die Organisation agitieren möge, geschlossen.

**Karlsruhe.** Am 4. Juni fand auf Veranlassung der Bezirksleitung unsres Verbandes im Kolosseumssaal eine öffentliche Maurerversammlung statt. Als Referent war der Vorsitzende des Verbandes, Kollege Bömelburg, erschienen. Die Versammlung war für die gegenwärtigen Verhältnisse sehr gut besucht. Es dürften nur ganz wenige von den zurzeit in Karlsruhe beschäftigten Maurern gesagt haben, Bezirksleiter Philipp eröffnete die Versammlung mit dem Hinweis darauf, daß nach der verlorenen schlechten Zeit rege agitatorische und organisatorische Tätigkeit entfaltet werden müsse. Bömelburg sprach über die Gegenwart und Zukunft im Baugewerbe und führte dazu aus: Die Bewegung im vorigen Jahre habe an vielen Orten die Kollegen nicht befriedigt. Nach ihrer Ansicht sei der materielle Erfolg ungenügend. Darin hätten die Kollegen gewiß recht. Auch der Vorstand sei mit dem Ergebnis der vorjährigen Bewegung nicht zufrieden. So, wie aber die Dinge liegen, glaubte er der Organisation und dem Interesse der Kollegen am besten zu dienen, wenn er es nicht auf einen Kampf ankommen ließ. Man habe damals bei manchen Kollegen mit begut auf die Organisationsleiter von Berrltern gesprochen. Die Organisationsleitung hätte über Berrltern der Organisation und an den Kollegen dann berübt, wenn sie anders gehandelt hätte, wenn sie der Meinung jener Kollegentreffen gefolgt wäre. Das Jahr 1908 brachte in vielen Orten eine vollständige Ruhe im Baugewerbe. Karlsruhe hat besonders früh, bereits im Jahre 1908, die Wirkungen der Krise verspürt und sie wirkte hier sehr hart. So sah es auch in andern Gebieten aus, auch in solchen, wo man sonst während der Dauerkonjunktur von Arbeitslosigkeit nichts wußte. Mittler im Sommer waren tausende von Kollegen arbeitslos, sie mußten als Hilfsarbeiter, in Fabriken und in der Landwirtschaft ein Unterkommen suchen. Der Verbandsvorstand hat diese Entwicklung der Dinge vorausgesehen. Schon bei der Berliner Bewegung hat er auf die Verhältnisse aufmerksam gemacht, er ist aber nicht gehört worden. Hatten die Berliner damals

dem Verbandsvorstand gefolgt, so ständen sie heute besser. Nichts hat besser gezeigt, als der Verlauf der Berliner Bewegung, wie richtig die Kritik des Verbandsvorstandes war. Trotz aller ungünstigen Verhältnisse haben wir im vorigen Jahre noch für 46 000 Kollegen Lohnverhöhnungen erreicht. Das ist ein Erfolg der Organisation, ein Erfolg, der zwar mehr ein moralischer als ein materielles ist. Das Wörtchen "lückig" mußte von der Unternehmensorganisation aus dem Vertrag gestrichen werden, beschäftigte Lohnreduktionen mußte das Unternehmertum fallen lassen. Die Organisation der Maurer in den letzten Jahren ist groß geworden, weil die Organisation verstand, Erfolge zu erzielen. So mancher, der wanbelmt war, sagte sich, er die Erfolge der Organisation deutlich vor Augen sah, daß will ich auch mitmachen. Der Rückgang in der Mitgliedszahl der Organisation ist auf den Rückgang der beschäftigten Kollegen zurückzuführen, im Verhältnis zur Zahl der Beschäftigten, ist ein Rückgang nicht eingetreten. Die Organisation ist auch finanziell gut fundiert. Was die Zukunft angeht, so ist vor allem zu beachten, daß es sich jetzt nicht mehr um lokale Kämpfe handelt, das Kampfgebiet ist erweitert, der Kampf wird mehr und mehr auf zentraler Grundlage geführt. Die Absicht des Unternehmertums ist, die Kämpfe auf breitestem Basis zu führen, die bestehenden Verträge alle zu einem und demselben Zeitpunkt ablösen zu lassen. Damit will man die Organisationen der Arbeiter niederwerfen, um dann die Lohn- und Arbeitsbedingungen diffundieren zu können. Wir stehen vor einer Bewegung, die in der Sicht der deutschen und man darf sagen, der internationalen Arbeiterbewegung beispielhaft dasteht. Auch Karlsruhe kommt nächstes Jahr in Betracht. Das Unternehmertum will besonders von einer Verkürzung der Arbeitszeit nichts wissen. In diesen Kreisen rüttet man sich eifrig zum Kampfe für das nächste Jahr, um zu erreichen, was 1908 vorbereitungen war. Man denkt in den Kreisen der Unternehmer sogar an eine Verlängerung der Arbeitszeit, wo diese heute weniger als zehn Stunden beträgt. Die Organisation der Unternehmer hat die Absicht, es auf einen Kampf ankommen zu lassen. Demgegenüber ist uns der Weg durch das Programm unserer Organisation: Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter, Befreiung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Verkürzung der Arbeitszeit, vorgezeichnet. In diesem Programm werden wir festhalten. Wenn wir wieder zu Berichtsabschlüssen kommen sollten, dann nur, wenn das Unternehmertum in angemessener Weise Entgegenkommen zeigt. Den Kampf haben wir siegreich zu Ende geführt. Sorgen wir dafür, daß, wenn die Unternehmer uns zum Kampf herausfordern, sie uns in der richtigen Vorbereitung finden. Philipp dankte dem Referenten für seine begeisterten Worte. Er erinnerte an die Entwicklung der Organisation der Maurer in Karlsruhe und Umgebung und sprach Genugtuung darüber aus, daß die Organisation in schwerer Zeit so gut gehalten hat. Er hofft, daß Begeisterung und Kampfesmut alle Kollegen erfasst. Dann werde man mit ruhigem Mut den kommenden Kämpfen entgegenkommen können. Mit einem begeisterten Auffassungen doch auf die Organisation und den Erfolg der kommenden Kämpfe schloß Philipp die Versammlung.

**Königsberg.** Seit langer Zeit schon wurde von hier aus ver sucht, die in den Dörfern der Kreise Saalfeld und Rohrungen wohnenden Kollegen zu organisieren. Diese Kollegen, deren Zahl man auf 1000 schätzt, gaben sich bei Kämpfen schon öfter als Hilfsgruppen der Unternehmer. Der größte Teil von ihnen ist gebunden, beim Beginn des Frühjahrs in die Städte Ost- und Westpreußens zu reisen, weil in ihre Heimat nur wenig Arbeit ist und die Löhne so niedrig sind, daß sie davon nicht leben können. Kommen sie in einen Ort mit guter Organisation, so traten auch sie bisher dem Verbande bei, um dann in der Heimat wieder in Orten mit schlechter Organisation uns alsbald wieder den Rücken zu kehren. Es gibt Leute darunter, die ziemlich Mitglied unres Verbandes waren und die nicht wenig Stolz auf ihre Bilder sind. Im Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit standen sie uns besonders im Wege. Ist es doch vor einigen Jahren öfter vorgekommen, daß sie von den Unternehmern die Verlängerung der Arbeitszeit auf dreizehn Stunden forderten und die Arbeit verboten, wenn dies nicht bewilligt wurde. In den letzten Jahren ist es etwas besser geworden, aber in ihre Heimat selbst bestehen auch heute noch die denkbaren schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen. Eine zwölf bis dreizehnstündige Arbeitszeit und Tagelöhne von M 2,50 bis M 4 im Sommer sind dort üblich. Nun ist es uns endlich gelungen, in jenen Dörfern zwei Zählstellen zu gründen, die über zwölf Dörfer erfreuen. Die Zählstelle Gerwitzwald e. d. zählt gegenwärtig 90 Mitglieder, und es ist zu hoffen, daß diese Zahl sich bald erhöht. Ist es doch der kleinen Schar bereits gelungen, einen siegreichen Kampf zu führen. An drei Unternehmern in Gerwitzwald und Saalfeld wurde die Forderung auf Einführung der elfstündigen Arbeitszeit und eines Stundenlohnes von 42 Pf. gestellt. Als die Unternehmer eine Antwort nicht erhielten, beschlossen am 1. Juni 90 Kollegen, die Arbeit einzustellen, was auch einstimmig geschah. Ein Unternehmer verfügte sofort, ein anderer nach zwei Stunden. Der dritte, Bure, will sich die Sache noch überlegen. Bei ihm kommen 90 Kollegen in Betracht, die bis auf die Streitfertigung abgestellt sind. Wir haben also Zeit. In nächster Zeit soll auch über die anderen Firmen beschlossen werden. Unsre Kollegen sind gewillt, die Organisation fortan stabil zu erhalten und weiter auszubauen, um so bald wie möglich mit den unwidrigen Zuständen in der ganzen Gegend aufzuräumen zu können.

**Wittstock a. d. O.** Am 6. Juni tagte unsre Mitgliederversammlung, die verhältnismäßig schwach besucht war. Kollege Hanke-Berlin sprach über den Kampf um die Arbeitsbedingungen und über die Situation im Baugewerbe. Er lobte den Mut der Kollegen, den sie heute, nach dem verlorenen Streit, noch befreien, und ermahnte sie, seit an der Organisation zu halten und alle Kollegen, die jetzt der Organisation fernstehen, heranzuholen, damit uns das Unternehmertum im Jahre 1910 einig findet. Die jüngeren Kollegen wies er an, mehr den "Grundstein" zu lesen und dadurch ihr Wissen zu bereichern. Der Vortrag stand lebhaftem Beifall. Danach wurden zwei Kollegen zu der Konferenz am 20. Juni in Kyritz gewählt. Die Kollegen Stein und Höglert nahmen die Wahl an. Von einer Spur etlicher Unternehmer wurde vorläufig abgesehen.

Einzelne wurde beschlossen, am 10. Juli unser zehntes Stiftungsfest zu feiern.

**Berlin.** Eine öffentliche Maurerversammlung fand am 10. Juni im Gewerkschaftsraume statt, in der Kollege Bias aus Antoniendüttel einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: "Der Kampf ums täglich Brot" hielt. Anwesende Christliche, die sich durch einige mißverstandene Neuerungen des Referenten in ihrem religiösen Gefühl verletzt fühlten, brachten durch ihr Benehmen die Versammlungsteilnehmer in Erregung. Auch nachdem der Referent keine von den Gegnern kritisierte Bemerkung noch einmal klar gelegt hatte, konnte man sich im andern Lager noch nicht ganz beruhigen; Kollege Stanke erfuhr im Interesse der betroffenen Lohnbewegung, sich sachlicher an der Debatte zu beteiligen und seinen Streit in das bis jetzt gute Einvernehmen zu tragen. Denn dadurch arbeiteten wir nur den Unternehmern in die Hände. Zur Lohnbewegung empfahl er, sich den auf der gemeinschaftlichen Konferenz gefassten Beschlüssen zu fügen, und auf die Magnanymen der Organisationsleistungen zu verzichten, denn es gebe nicht an, den Kriegsplan den Unternehmern vorzeitig zu verraten. Kollege Brod forderte auf, sich die Helfer der Unternehmer, die Unorganisierten, vorzunehmen, und sie zu organisieren. Nachdem sich noch die Kollegen Böwitz, Brod, Jamitsch und Dwardy an der lebhaften Diskussion beteiligt hatten, wurde die ziemlich gut besuchte Versammlung geschlossen.

### Fliesenleger.

**München.** Durch den fürzlich beendeten neunwöchigen Streik hatten sich die Arbeiten in unserem Gewerbe gehäuft und die Folge war, daß die Arbeitskräfte am Orte nicht reichten. Die Unternehmer luden daher in verschiedenen Orten Deutschlands und Österreichs durch Telegramme und Briefe Arbeitskräfte. Wir haben deshalb einen sehr starken Zuflug von Fliesenlegern. Die bringenden Arbeiten sind zum Teil fertig und es macht sich jetzt schon bemerkbar, daß zwiel Fliesenleger in München sind. Selbst die Unternehmer mußten den auswärtigen Kräften abtreiben, da sie ihnen keine Garantie auf längere Arbeit geben können. Wir erfuhr deshalb alle Kollegen, nicht nach München zu reisen, wenn die Kollegen nicht Gefahr laufen wollen, 14 Tage bis drei Wochen umher zu suchen, bis sie auf einige Wochen Arbeit aufzutreiben. Moralische Pflicht eines jeden Kollegen ist es, bevor er nach München reist, sich beim Zweigverein vorzubereiten, der Kollegen vor finanziellen Opfern zu schützen. Ferner wollen wir mitteilen, daß die Streikbrecher Louis Schide, Wilhelm Heise und Gustav Döbler aus Esseln München verlassen haben, jedenfalls um in einem andern Streitgebiete ihr unabhängiges Handwerk weiter zu treiben.

### Jäger und Steinholzleger.

**Halle.** Am 5. Juni fand hier die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Vom Vorsitzenden wurden zunächst die Kollegen gerufen, die die letzte Versammlung verfeuert hatten. Nachdem sie sich entschuldigt hatten, wurde ein Rundschreiben der Geschäftsführung verlesen, das von den Kollegen mit Interesse entgegengenommen wurde. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten war Schluß der Versammlung. Die nächste Versammlung findet am 26. Juni, abends 8½ Uhr, statt.

**Leipzig.** Am 1. Juni fand hier die Leipziger Jäger und Steinholzleger ihre Versammlung im Volkshaus ab. Sie war meistig besucht, da eine Anzahl Kollegen verfeuert waren. Nachdem der Käffier die Vorlesung und lebte Abrechnung vorgelegt hatte, bat die von den Käffieren für richtig befundene, entlastete die Versammlung den Käffier. Obwohl wir im letzten Versammlungsbericht ausdrücklich die Kollegen aufforderten, die ihre Mitgliedsbücher nicht persönlich vorlegen könnten, die eingeschaut, hatten alle nicht antreffende Kollegen dieses unterlassen. Wir machen deshalb nochmals darauf aufmerksam, daß alle nicht in leichter Versammlung kontrollierten Bücher beim Käffier vorzulegen resp. ihm einzuschicken sind; dies gilt auch für die Kollegen, die glauben, ihre Bücher in Ordnung zu haben. Aus verschiedenen Gründen macht sich diese Kontrolle notwendig. Mit der Hamburger Ausperrung befaßt sich unsere Versammlung abermals. Die Versammlung war der Ansicht, daß an eine bedingungslose Unterwerfung absolut nicht zu denken sei und beschloß, die Ausperrten weiter zu unterstützen. Ein Antrag, die inswischen als Maurer auf dem Bau tätigen Jäger ebenfalls zur Zahlung des Extraarbeitszettels zu verpflichten, wurde abgelehnt, jedoch verpflichteten sich die in Frage kommenden Kollegen, dieses Extraarbeitszettel freiwillig zu zahlen. Bezuglich der Maifeier wurde festgelegt, daß alle anwesenden Kollegen am 1. Mai die Arbeit haben lassen. Der Kollege Geher, der inzwischen auf Wanderschaft gegangen ist, sich aber wieder abgemeldet, noch sonst wie geäußert hat, wird bis auf weiteres getrieben. Unsre nächste Versammlung findet am 4. Juli statt.

### Ein Denunziant.

Wie erhielten folgendes Schreiben:

Zu Ihrer Note in Nr. 24 des "Grundstein" mit der Überschrift: "Ein Denunziant", erfuhrn wir Sie, in der nächsten Nummer Ihres Blattes folgende Richtigstellung zu bringen:

Es ist nicht wahr, daß Wilhelm Branzat "heute ein fleißig agitatorisch tätiges Mitglied der Freien Vereinigung aller Berufe in Berlin" ist, wie Sie in Ihrer Note schreiben. Wahr ist vielmehr, daß Branzat — nach kurzer Gefangenschaft in unserer Vereinigung — seit Dezember 1908 wieder der "Freien Vereinigung aller Berufe Berlins und Umgegend" nach einer andern Organisation unter Rückicht als Mitglied aufgenommen und also auch nicht mehr für dieselbe "fleißig agitatorisch tätig" sein kann!

Der Vorstand der Freien Vereinigung aller Berufe Berlins und Umgegend

J. A.: E. Rieger.

Wahr ist also, daß der saubere Pranglat auch bei den Anarchos nicht den gewünschten Anschluß gefunden hat, aber Mitglied ist er bei ihnen gewesen, als vor wenigen Monaten, und das genügt, denn es zeigt, wozu sich alle diese Elemente hingezogen fühlen.

## Internationale Maurerbewegung.

### Schweiz.

Zu Pfingsten lagte in Winterthur der zweite Verbandsstag des schweizerischen Maurer- und Handlangerverbandes, dem von allen Seiten mit größter Spannung entgegengesehen wurde. Handelt es sich doch in Grunde genommen um den Fortbestand der gegenwärtigen Organisation. Geler kann nicht behauptet werden, daß der Verlauf des Kongresses eine impolante Demonstration der organisierten Bauarbeiterchaft der Schweiz war. Die Schuld daran tragen in erster Linie die unruhigen italienischen Elemente der französischen Schweiz, die viertels wieder aufgetaucht waren von dem Rebektor Serrati, dem Sekretär der italienischen sozialistischen Partei in der Schweiz. (Zum besseren Verständnis seien die Berichte auf den Bericht in Nr. 22 des „Grundstein“ unter der Rubrik „Internationale Maurerbewegung“ verwiesen.) Dieser Mann, der sich in der Vergangenheit ungemeinliche Verdienste um die Organisation der italienischen Einwanderer erworben hat, bekämpft nun seit längerer Zeit in seinem Blatt „L'Avvenire dei Lavoratori“, das gleichzeitig das Organ des Verbandes war, die Leitung des Verbandes und dessen Einrichtungen, hauptsächlich die hohen Beiträge. In diesem Frühjahr wurde nun der Verbandsleistung von Serrati mitgeteilt, daß das obenerwähnte Blatt vor dem Bankrott steht. Es wurde ihr angeheimgesetzt, selbst eine Erklärung für ihre italienischen Mitglieder herauszugeben. Einige Tage darauf verlangte er aber Frs. 200 Vorschuß, und weil dieser mit Recht verweigert wurde, begann nun eine furchtbare Hege gegen den Verbandsvorstand und das Verbandsstatut. Die Früchte dieser demagogischen Hege kamen in Winterthur zum Vorhören. Was hier von Seiten einiger Italiener unter der verdeckten Führung von Serrati am Radau geleistet wurde, übersteigt alles bis jetzt dagegenseine.

Der Verbandsstag wurde am Pfingstsonntag, morgens 9 Uhr, durch den Sekretär Rappi eröffnet. Als Gäste waren anwesend: Borghesi vom italienischen Bauarbeiterverband, Bönnigburg vom deutschen Maurerverband und Wolfi im Auftrage der Kommission für italienische Agitation in Südbadenland; ferner als Vertreter des schweizerischen Gewerkschaftsbundes der Genossen Balär. Als Übertreter fungierten Balär und Bellizzi. Vertreten waren 84 Sektionen mit anfamml. 1882 Mitgliedern durch 88 Delegierte.

Die Tagesordnung sah vor:

1. Berichte des Hauptvorstandes, der Revisoren und der Kontrollkommission;
2. Beratung der Anträge auf Statutenänderung;
3. Beschlusssitzung über die Eintragung des Verbandes ins Handelsregister;
4. Bericht und Anträge zur Gründung einer Krantkasse;
5. Beitrag zum schweizerischen Gewerkschaftsbund;
6. Beratung sonstiger Anträge, die in den vorstehenden Punkten nicht enthalten sind;
7. Wahl des Hauptvorstandes, der Revisoren usw.

Als Vorsitzende wurden bestimmt: Th. L.mann - Basel und Waldrin - Aarau. Schon bei der Wahl der Mandatsprüfungskommission ging der Streit los. Die italienischen Vertreter von Bologna und Zürich verlangten für die Vertreter der außerhalb des Verbandes stehenden (autonomen), sowie einiger wegen Schulen ausgesetzten Sektionen die Zulassung zum Kongress. Über diese Frage entspann sich eine äußerst erregte Diskussion, die bis zum Mittag des zweiten Verhandlungstages dauerte. Alles mögliche wurde dem Hauptvorstand und hauptsächlich den beiden Sekretären vorgeworfen: Eigennäsigkeit, Haßwahrung des Statuts, Unterdrückung der Italiener usw. In ihren Erwiderungen wiesen die Sekretäre nach, daß alle Vorwürfe unbegründet sind und daß die Anklagen wegen Statutenverlegung gerade von Leuten und Sektionen kommen, die selbst fortwährend das Statut mit Füßen getreten haben, die weiter Geler noch Berichte eingeschickt und die sich überaupt und den Verband nur kümmerten, wenn sie keine Hilfe brauchten. Die Vertreter des Hauptvorstandes erklärten ferner im Einverständnis mit der Kontrollkommission (Ausführung), daß sie unter keinen Umständen Bericht erlassen würden vor Vertretern von Sektionen, die dem Verband nicht angehören. — Die Diskussion eröffnete einen Einblick in die konfusen Ideen und die geflügelten Fähigkeiten der oppositionellen Italiener. Die selbsterklärenden Regeln der Geschäftsordnung, wie z. B. die schriftliche Vorbermelbung, wurden als bürokratisch und gegen die Freiheit der Mitglieder gerichtet bezeichnet. Außerdem des Kongress stehenden Leuten sollte das Wort erteilt werden. Den Sekretären wurde angegegeben, sie könnten nicht mehr als Vertreter der Bauarbeiterchaft gelten, weil, als solche nur Leute mit schwäbiger Faust zu betrachten seien. Gleichzeitig mußten sie zugeben, daß unter den Delegierten, die den größten Radau machen, sich Händler befinden, die das Arbeiten auf dem Bau nur vom Hören lernen. Endlich kurz vor Mittag des zweiten Tages kam es zur Abstimmung über die Ausfüllung der autonomen Sektionen, die wider alle Erwartungen die Jurisdiktion derselben ergab. Unter diesen vom Kongress zurückgewiesenen Sektionen befanden sich Genf, das aus dem Verbande austraf, nachdem es mit deren Hilfe die traurigen Verhältnisse am Ort bedeutend verbessert hatte, und Bern. Vor der Abstimmung erklärten die Vertreter der Opposition, sie würden sich unter allen Umständen einer eventuellen Majorität fügen. Nachdem jedoch die Abstimmung ergab, daß sie sich in der Minderheit befanden, hielten sie eine Sitzung ab, als deren Ergebnis sie mit ungeheuerem Aufwand vertikulierten, daß sie die „Unterdrückung der Mitglieder durch den Hauptvorstand“ nicht mehr ertragen könnten, und deshalb den Verbandsstag verlassen, um eine neue italienische Organisation in der Schweiz zu gründen. 18 Delegierte, die ungefähr 880 Stimmen repräsentierten, verließen darauf den Saal. Nur einer blieb zurück, um, wie es schien, die Verhandlungen so viel wie möglich zu hemmen.

Nicht ehr. Montag nachmittag 4 Uhr, begann die wichtigste Arbeit des Verbandsstages mit der Wahl der Mandatsprüfungskommission, der der Bericht des Hauptvorstandes und der Revisoren sowie der Kontrollkommission folgte. Der Bericht des Hauptvorstandes findet die Leser in dem obenerwähnten

Artikel in Nr. 21 des „Grundstein“. Es ist jedoch hinzuzufügen, daß sich die Mitgliederzahl in diesem Frühjahr bedenklich gehoben hat. — Die Berichte wurden mit 1888 gegen 120 Stimmen gutgeheissen. Die vom Hauptvorstand vorgeschlagenen umwesentlichen Statutenänderungen wurden nach kurzer Debatte angenommen. Nur gegen das Weiterbefehlen der vom Hauptvorstand seit dem 1. Januar d. J. herausgegebenen italienischen Zeitung „La Murraria“ wendeten sich einige Delegierte, die die Wiederbelebung des „L'Avvenire“ als Verbandsorgan verlangten, mit großer Stärke. Aber auch hier wurde der Vorstieg des Vorstandes angenommen, so daß in Zukunft der Verband ein deutsches und ein italienisches Organ besitzt, die beide zweckmäßig erscheinen. — Die Eintragung des Verbandes in das Handelsregister wurde abgelehnt; ebenso die Errichtung einer Krantkasse im Anschluß an den Verband. Beschllossen wurde dagegen der Beitrag zum Gewerkschaftsbund, der die Ursachen, welche dem Seinerzeit entstanden, beseitigt sind.

Beim Punkt 6 kamen dann noch verschiedene Anträge zur Beratung; darunter die Sicherstellung des Hauptvorstandes von Basel nach Zürich, was mit der günstigeren geographischen Lage der letzteren Stadt begründet wurde. Diesem Antrag wurde zugestimmt mit Rücksicht auf die besseren Organisationsverhältnisse in Zürich und des Umfangs, daß Zürich den Mittelpunkt des geistigen und politischen Lebens der Schweiz darstellt. Die Überstellung soll zum 1. Oktober d. J. erfolgen. Ein Antrag, über irgend eine Sache eine Urabstimmung vorzunehmen, wenn es die Hälfte der Sektionen verlangt, wurde mit der Begründung abgelehnt, daß dies nur dazu dienen würde, eine ständige Unruhe unter die Mitglieder zu bringen, da zu erwarten sei, daß wegen jeder Kleinigkeit zu diesem Mittel greifen würde. Die Kontrollkommission verlangte dann für sich das Recht, die Tätigkeit des Hauptvorstandes zu kontrollieren. Ebenso sollten wichtige Beschlüsse nur mit Einwilligung der Kontrollkommission ausgeführt werden dürfen. Auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Die Sektion Winterthur beantragte, es solle in das Streitregister des Postus aufgenommen werden: „Bei Streits darf die Arbeit erst wieder aufgenommen werden, wenn alle in am Ort befindlichen Unternehmer die Forderungen bemüht haben.“ Die italienische Sektion in Basel beantragte die Einführung einer Unterwerfung für Deferreure, die vorher dem Verband angehören. Natürlich wurden auch diese beiden Anträge abgelehnt. — Als Sekretäre wurden Käppi und Girardi wiedergewählt, letzterer auf seinen Wunsch nur, bis ein anderer gefunden ist.

Am Mittag des 2. Juni, anderthalb Tage später als beabsichtigt war, wurde der Verbandsstag geschlossen. Er ließ in seinem äußerlichen Verlauf vieles zu wünschen übrig. Zwar darf nicht übersehen werden, daß Verhandlungen in zwei Sprachen sehr schwierig sind und daß auch die Bezeichnungsartikel des Volkscharakters nicht verhandlungsfördernd wirkt. Aber gerade deshalb muß die Leitung eines derartigen Verbandsstages mit Umstift und Energie gehabt haben und jeder Schein von Parteilichkeit vermieden werden; leichteres Befürworten mit Rücksicht auf das angeborene Misstrauen der italienischen Mitglieder. Nach deutschen Begriffen fehlt es in gewissem Sinne an einer Direktiv, woraus sich mancherlei Zwischenfälle ergänzen, die bisher unterblieben wären. Zweiterlei hat diese Tagung erwiesen. Erstens, daß die deutschen und der größte Teil der italienischen Mitglieder mit dem Verbandsvorstand und seiner Geschäftsführung einverstanden sind, und daß diese Mitglieder, die weitauß die Mehrzahl bilden, auch in Zukunft das Müttertal der Organisation bleiben werden. Zum andern zeigte der Kongress, daß man auch in der Schweiz anfangt, den Wert höherer Beiträge zu begreifen, obwohl gerade dagegen von Serrati und seinen Anhängern die wüsteste Agitation entfaltet wurde. Die Delegierten selbst der meisten italienischen Sektionen hatten gebundene Mandate, gegen jede Herausgabe der Beiträge zu stimmen. Serrati, der sich noch am Sonntag sehr festgesetzt zeigte, machte mit seinen Nachabdruckern ein recht langes Gesicht, als die Abstimmung über die Zulassung der aufzuhaltenden Sektionen bekannt wurde. In einer Verleidungsrede, bei der er eine widerliche Mäßigung aufzuzeigte, lobt Serrati kleinlaut die Verantwortung für alle jene Beitragsartikel, durch die der Verband und seine Vertreter in der schlechten Weise beschimpft wurden, auf seine Anhänger, auf Leute, die bestimmt keine freie Säige zusammenbringen. Es läßt sich schwer sagen, wie sich die Dinge nun entwickeln werden. Auf alle Fälle muß darüber gewahrt werden, daß die Spaltung der Schweiz nicht auf unsre deutschen Verbündeten in Südbadenland übergeht, wo wir Italiener organisiert haben. Noch eins hat dieser Kongress gezeigt: daß durch das Einreden von Seiten Aushinterstehender in die Arbeiten der Gewerkschaften nur Verwirrung und Zwietracht gesetzt werden.

### Österreich.

In Salzburg tagte am 30. Mai die Bezirkskonferenz für Salzburg und Oberösterreich. Zu derselben waren dreizehn Delegierte, der Verbandsvorsitzende Meier aus Wien und Bezirksobmann Greifeneder aus Linz erschienen. Als Gäste waren anwesend: ein Vertreter der Zinnermine Salzburgs, die Kollegen Bleischucher aus Reichenhall und Hartl aus München, sowie der Arbeitssekretär Gasparini aus Boarzberg.

Nach Erledigung der nötigen Vorarbeiten erstattete der Bezirksobmann, Kollege Auer, den Bericht. Aus demselben geht hervor, daß auch die österreichische Organisation unter den Folgen der Krise zu leiden hatte. In einzelnen Orten ging eine Anzahl von Mitgliedern verloren. Die Scharfe wurde aber dadurch wieder ausgeweitet, daß die Organisation in bisher unfruchtbare Gebiete einzog. Kollege Auer schlägt die Schwierigkeiten, die der Agitation in diesem kleinen Gebiet entgegenstehen. — In der Diskussion kritisierten einzelne Redner die Tätigkeit des Bezirksvorstandes. Es stellte sich aber heraus, daß die Gewerkschaften völlig unbegründet waren, weshalb dem Bezirksvorstand einstimmig Decharge erteilt wurde. Auch die Buch- und Kassenführung wurde völlig in Ordnung gefunden.

Beim Punkt „Neueinteilung des Bezirks“ wurde nach einer Begründung der Kollegen Auer und Greifeneder einstimmig beschlossen, den Bezirk Oberösterreich wieder mit dem Bezirk Salzburg zu verschmelzen. — Der Punkt „Gehaltsfragen“ wurde dem Bezirksvorstande zur Regelung überwiesen.

Folgende wichtige Anträge kamen nach lebhafter Debatte zur Annahme:

1. Die Leistungen aller Gruppen haben dafür zu sorgen, daß in ihrem Gebiet auf jedem Bau ein Vertrauensmann aufgestellt wird, welcher jeden Monat über seine Tätigkeit Bericht zu erstatte hat.

2. Im ganzen Bezirk ist für alle Mitglieder ein Totalaufschlag von 5 Heller wöchentlich einzuführen.

3. Die Gruppen haben von jeder berlaufenen Mark 8 Heller an den Bezirksvorstand abzuliefern.

Beim Punkt „Sonstiges“ begrüßte es Kollege Hartl aus München, daß auch in Österreich die Bewegung immer internationalen Kartellverein anstrebe, so müssen auch wir uns gegenseitig unter die Arme greifen. Erklärte dann die Anwesenden über die gegenwärtigen Vorgänge in München auf, die nur durch den grenzenlosen Terrorismus der Unternehmer heraufbeschworen worden seien. Dann erfuhr er die Delegierten, das Gehörte in jedem Ort hinaus, ausgetragen und auch danach zu handeln.

Als Bezirksobermann wurde der Kollege Auer, Salzburg-Baderitz, 1. Et., einstimmig wiedergewählt.

Der Verlauf der Konferenz hat gezeigt, daß auch in diesem dunklen Bezirk die Organisation vorwärts marschiert, daß auch dort ein Stamm von Männern zu finden ist, die ihr ganzes Sein und Können in den Dienst der Allgemeinheit stellen.

### Holland.

An den beiden Pfingsttagen hat der Bund der Bauarbeiter (Maurer und Hilfsarbeiter) seinen dritten Kongress in Arnhem abgehalten. Mit dem Bundesvorstand waren 55 Delegierte anwesend. Der Zentralverband der Maurer Deutschlands war durch den Kollegen Paëlopkin vertreten.

Der Bund hat seit dem letzten Kongress recht gute Fortschritte gemacht: Am 30. Juni 1907 hatte er in 25 Abteilungen (Zweigvereinen) 750 Mitglieder und am 31. Dezember desselben Jahres 954 Mitglieder. Am 31. Dezember 1908 war die Zahl der Abteilungen auf 33 und die der Mitglieder auf 1404 gestiegen, und zur Zeit des Kongresses hatte die Mitgliederzahl 2000 überschritten. Immerhin ist die Organisation noch sehr schwach, denn nur 2000 Mitgliedern stehen noch circa 200000 unorganisierte oder anders organisierte Maurer und Hilfsarbeiter gegenüber; aber auch die feindlichen Organisationen sind ohne Bedeutung. Ein „imperialistischer“ Verein hat einige Hundert Mitgliedern in Amsterdam, während ein „christlicher“ Verband in dem katholischen Süden Hollands und im deutschen Grenzgebiet einer einheitlichen Organisation entgegenarbeitet. Die Folge dieser Zersplitterung und der noch schlimmeren Gleichgültigkeit der großen Massen der Berufsgenossen ist ein geradezu ständiger Stand der Lohns- und Arbeitsbedingungen. Nach einer dem Kongress vorgelegten Statistik ist in der Mehrzahl der Städte die Arbeitszeit noch elf Stunden, ja vielerorts zwölf Stunden und darüber. Die Stundenlöhne der Maurer gehen herab auf 18 Cent (statt ganz 22 C), die der Hilfsarbeiter auf 11 Cent (18 C). Die zehnstündige (ist die theoretische) Arbeitszeit besteht nicht in Amsterdam, Haag, Haarlem und Sloterdijk. Die große Handelsstadt Rotterdam hat im Durchschnitt noch zehnmeinhundert Arbeitszeit. Andere bedeutende Städte, wie Utrecht, Maastricht, Arnhem und Leyden, haben elfstündige Arbeitszeit. Mit 11½ Stunden sind 9 Orte, mit 12 Stunden 8 Orte und mit 12½ Stunden 4 Orte ausgeschlossen. Die höchsten Stundenlöhne werden in Amsterdam gesetzt, 28 bis 32 Cent für Maurer und 25 bis 30 Cent für Hilfsarbeiter. Im Höchstlohn für Maurer folgen Haag mit 22 Cent, Zaandijk mit 30, Rotterdam und Zaandam mit 28, Wormer mit 26, Groningen, Hoorn, Laren, Blaricum und Middelburg mit 25, Bussum und Utrecht mit 24, Delft und Scheveningen mit 23, Leiden, Purmerend, Zwole, Baarn, Arnhem und St. Anna 22, Leyden, Sneek und Zeist 21, Sliedrecht, Franeker, Rijswijk, Oosterbeek, Bergum und Soest 20 Cent. 17 von 47 in der Statistik aufgeführten Städten haben Stundenlöhne unter 20 C. Die Löhne der Hilfsarbeiter sind 2 bis 7 Cent (3,8 bis 11,5 C) niedriger als die Löhne der Maurer.

Nicht ohne Einfluß auf den Stand der Organisation und der Arbeitsbedingungen ist der seit einigen Jahren anhaltende Tieffpunkt der Baukonjunktur gewesen. Doch scheint jetzt erfreulicherweise die Krise überwunden zu sein, so daß nun eine erste Ausbreitung und Stärkung des Bundes zu hoffen ist. Damit wird er auch die Macht gewinnen, die Arbeitszeit zu verkürzen und den Lohn zu erhöhen und sich somit das nötige Ansehen und Vertrauen bei den Handgenossen erringen. Die dem Bund anhängende finanzielle Schwäche wird außerdem durch tägliche, nach und nach durchzuführende Erhöhungen des Beitrags behoben werden. Der Wochenbeitrag bewegt sich den Stundenlöhnen entsprechend von 18 bis 35 Cent für 40 Stunden im Jahre. Davor stand ein Pferd in die Abteilungskassen. Ein Antrag des Bundesvorstandes, den Beitrag in der untersten Stufe um 2 und in sechs Stufen um je 3 Cent zu erhöhen, stand auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinausstellung dieser Kostentat auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinausstellung dieser Kostentat auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinausstellung dieser Kostentat auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinausstellung dieser Kostentat auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinausstellung dieser Kostentat auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinausstellung dieser Kostentat auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinausstellung dieser Kostentat auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinausstellung dieser Kostentat auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinausstellung dieser Kostentat auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinausstellung dieser Kostentat auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinausstellung dieser Kostentat auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinausstellung dieser Kostentat auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinausstellung dieser Kostentat auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinausstellung dieser Kostentat auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinausstellung dieser Kostentat auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinausstellung dieser Kostentat auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinausstellung dieser Kostentat auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinausstellung dieser Kostentat auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinausstellung dieser Kostentat auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinausstellung dieser Kostentat auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinausstellung dieser Kostentat auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinausstellung dieser Kostentat auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinausstellung dieser Kostentat auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinausstellung dieser Kostentat auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinausstellung dieser Kostentat auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinausstellung dieser Kostentat auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinausstellung dieser Kostentat auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinausstellung dieser Kostentat auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinausstellung dieser Kostentat auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinausstellung dieser Kostentat auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinausstellung dieser Kostentat auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinausstellung dieser Kostentat auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinausstellung dieser Kostentat auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinausstellung dieser Kostentat auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt bisher schon nach halbjähriger Mitgliedschaft und einer Beitragszahlung für 20 Wochen beansprucht werden. Unter Hinausstellung dieser Kostentat auf dem Kongress kein Gegenleben und wurde durchgezogen. Dagegen wurde beschlossen, den Beitrag in allen Stufen in den nächsten drei Jahren jedes Jahr um 1 Cent zu erhöhen. Zu Hoch ist im Verhältnis zum Beitrag die vom Bund geleistete Krankenunterstützung, die auch in der beitragsfreien Zeit im Betrage von vier Stundenlöhnen pro Tag, zehn Wochen lang gezahlt wird. Die Unterstützung kommt

werden soll. Daburch blüsten aber nicht nur die Verwaltungsstellen, die ja bei einer kleinen Organisation immer verhältnismäßig hoch sind, sondern auch die Bewegungsfreiheit des Vorstandes zugunsten der Organisation gehoben werden. Als besondere Bealte wurden in den Bundesvorstand wiedergewählt: Kollege Achleiter als Vorsitzender und Kollege Müller als Agitator. Letzterer vorläufig (in Absicht auf die Geldmittel) nur auf ein Jahr; die beiden erfreuen bis zum nächsten Kongress. Der Sitz des Bundes bleibt in Berlin, der nächste Kongress soll im Jahre 1911 in Haag tagen.

## Zentralfrankenfasse. („Grundstein zur Einigkeit“)

In der Woche vom 6. bis 12. Juni sind folgende Beiträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Berlin M. 3000, Polen 800, Romawes 400, Spandau 400, Berlin 200, Halbe a. d. S. 200, Alt-Glückstadt 200, Reichensachsen 150, Lichtenhain 150, Warna 100, Gernrode 100, Halbe 100, Eisenberg 100. Summa M. 6900.

Budschiffe erhalten: Otterberg (Pfalz) M. 300, Kiel 800, Uelzen 75, Torgelow 75, Güstrow 70, Bochum 60, Biersdorf 60. Summa M. 1015.

Altona, 12. Juni 1909.

Karl Reiss, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

## Vom Bau.

### Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen, &c.

Kollegen! Unterlaßt nie, von Unfällen, Baueinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorfallsmitteln auf den Bauten höchstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

#### An die baugewerblichen Arbeiter,

Maurer, Zimmerer, Bauhofsarbeiter, Maler, Bauschlosser und Klempner, Steinarbeiter und Steinmetze, Bautischler, Ofenkneifer, Steinfeuer, Stuckaturen, Glaser, Dachdecker und Bildhauer im Bereich der Rheinisch-Westfälischen Baugewerbs-Berufsgenossenschaft!

Werte Kollegen! Seit einer Reihe von Jahren ist die organisierte Bauarbeiterchaft Rheinland-Westfalen bestrebt, bessere Zustände hinsichtlich des Bauarbeiterlebens auf den Baustellen zu schaffen. Es mag hier und da etwas geschehen sein, im allgemeinen müssen wir aber sagen, daß die Zustände an den Baustellen jeglicher Beschreibung spotteten. Wir sehen aber auch, daß in den Parlamenten die bürgerlichen Parteien durchaus nicht für eine rechtsgerichtige Regelung des Bauarbeiterlebens zu handeln sind, ja es wird bestritten, das überhaupt Misstände auf den Bauten bestehen. Es muß aber auch bestätigt werden, daß in manchen Orten in den letzten Jahren nicht ein genügend Zusammensetzen der in Frage kommenden Organisationen zu verzeichnen war, um die Baustellen einmal auf Misstände zu kontrollieren und so sehen wir, daß die Unfallaffären im Bereich der Rheinisch-Westfälischen Baugewerbs-Berufsgenossenschaft von Jahr zu Jahr steigen. Diesem Zustande eine erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen, war Pflicht der Organisationsleitungen. Eine Konferenz der Bau resp. Bergarbeiter in der Frage kommenden Organisationen beschloß deshalb, über die juzzeit bestehenden Misstände genau Erhebungen anzufstellen und gleichzeitig zum Sonntag, den 11. Juli 1909, vormittags 10 Uhr, nach Düsseldorf im Gewerkschaftshaus, Bergerstr. 8, eine Bauarbeiterkongresskonferenz mit folgender Tagesordnung einzuberufen:

1. Die Misstände im Hoch- und Tiefbauverband im Bereich der Rheinisch-Westfälischen Baugewerbs-Berufsgenossenschaft. Referent H. Peters-Dortmund und O. Büchel-Cöln.
2. Bieten die in Rheinland-Westfalen erlassenen baupolizeilichen Vorschriften genügenden Schutz für die baugewerblichen Arbeiter? Referent Fr. Kahl-Dortmund.
3. Die Förderung der baugewerblichen Arbeiter nach rechtsgerichtiger Regelung des Bauarbeiterlebens. Referent G. Seifert-Hanburg.

#### 4. Erledigung der eingegangenen Anträge.

Verechtigt, zu dieser Konferenz Delegierte zu entsenden, sind alle Zweigvereine, Verwaltungsstellen resp. Bahnhöfen der Zentralverbände der oben genannten Vereine sowie die für die einzelnen Orte bestehenden Bauarbeiterkongresskommissionen. Eine Anweisung über die Anzahl der Delegierten und Einteilung der Bautätigkeiten wird den einzelnen Zweigvereinen resp. Bahnhöfen von den Gaue oder Bezirksleitern zugeschickt werden. Wer jedoch, demgemäß zu handeln. Die Delegierten, welche sich durch Mandate auf der Konferenz zu legitimieren haben, werden exakt, rechtzeitig zu erscheinen, damit die Konferenz plakativ eröffnet werden kann.

#### Die beauftragte Kommission.

B. Janzen, Düsseldorf, Lindenstraße 65.

F. Kahl, Dortmund, Leßlingstraße 82.

H. Peters, Dortmund, Leßlingstraße 32.

N.B. Alle Anträge, bezüglich der Konferenz sind an B. Janzen, Düsseldorf, Lindenstraße 65, zu richten.

**Bauhafen.** Am 7. Juni verunglückte auf dem Bauhafen der Brauerei Bitter der Maurer Schulz aus Aarau dadurch, daß beim Aufsetzen eines 7,80 m langen und 80 cm hohen Trägers das Seil riss. Der Träger fiel Schulz auf die Schulter und schlug ihm das Schulterblatt entzwey. Ob noch andre Verlebungen entstanden sind, ist noch nicht festgestellt. Die Untersuchung wird ergeben, wen die Schuld an dem Unfall trifft. Bedenfalls ist das Seil nicht mehr in vorchriftsmäßigem Zustand gewesen.

**Berlin.** Am 9. Juni ereignete sich auf dem Schulneubau Schwalbacherstraße, Ecke Reingauerstraße, in Friedenau, ein schwerer Unglücksfall, bei dem der Gemeinerbeiter Willy Baumann schwer und zwei Hilfsarbeiter leicht verletzt wurden. Auf dem Neubau führt die Firma Kleiner & Behrendt die Zwischenwände aus. Die Hilfsarbeiter, die die Betonmischung transportierten, waren die schweren Betonsäcke auf die bloße Schalung. Durch

den Anprall brach das Kreuzholz, auf dem die Schalung ruhte, und die auf derselben stehenden Arbeiter stürzten in die Tiefe. Mit Hilfe der auf dem Bau arbeitenden Kollegen wurde die Verunglückten unter den Trümbern herabgezogen, und nach dem Krankenhaus Groß-Richterfelde übergeführt. Die schon so oft gerügte Unfälle, schwere Materialstürze auf die bloße Schalung zu fallen, und diese einseitig zu belasten, ohne zur Sicherung für die Arbeiter Bretter über die Eisenträger gelegt zu haben, hat hierwohl zu all den Schwächen des Unglücks beigetragen. Viele Unfälle dieser Art könnten verhindert werden, wenn bei Ausführung von Betone und Steindelen die Schalung nicht mit Losen betrieben würde.

**Calbe a. d. M.** Am 8. Juni ereignete sich auf dem vom Unternehmer Mietje et al ausgeführten Neubau des evangelischen Pfarrhauses ein Unfall, der leicht schwere Folgen haben konnte. Der Unternehmer ließ durch Arbeiter und Lehrlinge eine Löweneiste auf die Balken der Etagen schaffen, obwohl er von den Lehrlingen auf die Gefährlichkeit dieses Luns aufmerksam gemacht worden war. Mietje erwirkte nur, die Arbeit werde auf seine Lehrlinge übertragen gemacht. Zwei auf einem 10 cm starken Träger liegende Balken wurden so schwer belastet, daß der Träger sich bog. Ein Lehrling erhielt dann den Befehl, ihn abzutragen. Er er daum kam, zerbrach die unter dem Träger liegenden Mauersteine und zwei Balken mit einigen tausend Steinen stürzten in die Tiefe. Die Arbeiter und Lehrlinge konnten sich noch rechtzeitig retten. Auf dem Bau sind auch noch andre Mängel vorhanden, so daß die Behörde alle Ursache zu einer gründlichen Kontrolle hätte.

**Eichstädt i. f. h. a. u.** Am 9. Juni ereignete sich kurz vor Feierabend am Neubau der Gerichtsgebäude ein schwerer Unglücksfall, bei dem einer unserer besten Kollegen, der Kollege A. Seidemann, den Tod fand. Die Kollegen waren beim Überstürzen, wobei Kollege Seidemann von dem Gerüst, das nur 95 cm hoch war, ab, und in die vorbestellte Bleie stürzte. Dort saß er auf einen Pfahl, wodurch ihm der Brustkorb eingeschnitten wurde; der Tod trat nach 20 Minuten ein. Die mitbeteiligten Kollegen nehmen an, daß Seidemann einen Streit von einer Stange lösen wollte und dabei gefangen setzte; er muß sich beim Absturz überstolzen haben, da der Fuß zirka 1 m vom Gerüst entfernt vorbeilief, allerdings von oben 8 m tiefer liegt. Sofort nach dem Unfall begaben sich der Vorsteher und der Kaiserjäger nach der Unfallstelle, wo sie feststellten, daß ein Verschulden irgend eines Dritten nicht vorlag, auch die Schuhwärtsrichtungen waren in Ordnung.

**M. e. h.** Am Donnerstag, 8. Juni, morgens gegen 7 Uhr, stürzte am Neubau der höheren Töchterschule ein 10 m langes Stück Hauptgesims (Sandstein) herab und riß zwei Mauer mit in die Tiefe. Der 28 Jahre alte Kollege Alois Leicht aus Lichtenberg (Els) starb nach zehn Minuten, während der 45 Jahre alte Kollege Ludwig Lang schwer verletzt ins Spital gebracht wurde, wo auch er kurze Zeit darauf starb. Lang hinterließ eine Familie mit sieben Kindern. Vier Kollegen waren dabei; die leichten Steine des Gesimses zu versetzen und zu richten. Das untere Mauerwerk ist aus Bruchsteinen 45 cm stark. Das Gesims besteht aus zwei übereinanderliegenden Steinen. Der Fries lag 20 cm auf und hatte eine Ausladung von 15 cm. Die übrigen 30 cm waren vor zwei Tagen mit Bruchsteinen hintermauert. Das obere Stück hatte im ganzen 48 cm Ausladung und war mit der inneren Mauerlante bindig. Die „Meier Zeitung“ bringt in ihrer Abendnummer vom 8. Juni einen längeren Artikel (ancheinend von einem an dem Unfall interessierten Fachmann), in dem es heißt: „Das Ansehen der Steine aneinander muß sehr vorichtig gehalten, und da scheint wohl etwas leichtfertig von den vier Arbeitern vorgegangen zu sein.“ Damit aber nicht genug; weiter unten befommt auch der Staatsanwalt gleich einen Fingerzeig. Der Artikelbeschreiber sagt: „Wer trug die Schuld? Bauleiter war bis 1. Juni der Architekt Hille, von diesem Zeitpunkt ab Architekt Menneke. Diese beiden Herren sowie die übrige Bauleitung und die Aussichtsbedörde bermaß wohl sein Vorwurf zu treffen. Die Steine sind nach hierfür bestimmten Vorschriften gearbeitet und folglich ist nur eine Ungeschicklichkeit der Arbeiter die Ursache dieses höchst bedauerlichen Unfalls.“ Uns wundert es natürlich nicht, daß man hier wieder, wie so oft bei Unfällen, den Arbeitern Leichtfertigkeit und Ungefehrlichkeit vorwirft. Es ist geradezu eine Ungeheuerlichkeit, um keinen schlimmeren Ausdruck abzbrauchen, den Arbeitern ohne weiteres die Schuld auszuzeichnen. Kaum war die Untersuchung eingeleitet, da wußten die Hintermänner der „Meier Zeitung“ auch schon ganz genau, wer die Schuldigen sind. Diese alten Verdächtigungen mißten die gesamte Bauarbeiterchaft, und vor allem die an dem betreffenden Bau beschäftigten, zu einem wichtigen Protest herausfordern, zumal die „Meier Zeitung“ und deren Geschäftsmänner ancheinend nichts wissen von der Unzulänglichkeit des Bauarbeiterlebens. Wir werden uns noch an anderer Stelle mit diesen Dingen beschäftigen. Von den Kollegen war einer organisiert, die anderen drei nicht. Mögen sie jetzt endlich die Lehrzeits aus diesem Vorfall ziehen und sich der Organisation anschließen, damit wir auch in Wesen bessere Zustände auf den Bauten schaffen können. Ein weiterer Unfall passierte am Mittwoch, 9. Juni. Hierüber berichtet die „Meier Zeitung“ in der selben Nummer folgendes: „Ein Bauunfall in der Hühnerhofstraße. Die giebel 10 m hohe Mauer der Klosterkirche wurde von vier Mauern ausgebastert und verputzt. Der Architekt Collet hat diese Arbeit übernommen. Die Mauer befanden sich auf einem im Erdboden eingerammten Stangengerüst, als sich um 11½ Uhr vormittags infolge mangelhafter Konstruktion die Bretterlage verschob und die vier Mauern 8 m tief auf die Straße stürzten. Dr. Lenz, der in der Nähe war, wurde sofort zur Hilfe herbeigerufen. Zwei Männer wurden in der Feuerwehrwache mit einem Notverband versehen und in das Hospital Bonnecours geschafft. Die andern beiden kamen mit dem Schredden davon. Schwer verletzt ist nur der Maurer Monti am Rücken und Kopf. Der andre Leichtverletzte ist bereits wieder entlassen.“

**Strelaßburg i. G.** Wieder hat ein Kollege durch einen Unfall sein Leben eingebüßt. Der Kollege Bölsche stürzte am 4. Juni von einem drei Stock hohen Neubau ab

und starb an den erlittenen Verlebungen. Der Unternehmer ist ein Strohmann, der für ein Bantgeschäft den Bau ausführte. Der Unfall passierte dadurch, daß eine angefaulte Stange brach. Auf dem Bau fehlt es an Rüstung und Brettern zur Deckung. Auch die staatliche Baukontrolle verzog fast vollständig. Es ist deshalb notwendig, daß die Arbeiterschaft in Zukunft selbst bessere Zustände schafft.

**A. C. Errägnisse im Bau- und Terraingeschäft.** Die Bau- und Terraingefellschaften haben das letzte Geschäftsjahr so befriedigend abgeschlossen, wie nach der stagnation im Baugewerbe und der Stagnation der gewerblichen Unternehmungsluft kaum zu erwarten war. Die Dividenden konnten sich bei den meisten Gesellschaften nicht allein auf dem Stande des Jahres 1907 halten, sondern vielfach sogar noch darüber hinausgehen. Bei 64 Bau- und Terraingefellschaften mit einem Aktienkapital von zusammen 101,48 Millionen Mark belief sich die Dividendensumme im Jahre 1908 auf 4,66 Millionen Mark gegen 4,57 Millionen im Jahre 1907. Im Durchschnitt ergibt sich eine Dividende von 4,58 p. 1. gegen 4,51 p. 1. im Jahre 1907. Nachdem wir noch die Berlinische Boden-Gesellschaft mit 1 Million Mark Aktienkapital hinzu, die 1908 100 p. 1. als Dividende ausgeschüttete, während sie für 1907 eine Dividende von 35 p. 1. verteilt hatte, so ergaben wir eine Durchschnittsdividende von 5,52 p. 1. gegen 4,80 p. 1. im Jahre zuvor. Der M. e. h. i. g. e. w. i. n stellt sich bei den berücksichtigten Gesellschaften auf 101,41 Millionen Mark. Abgesehen vom Verlust von 3,19 Millionen Mark im Jahre 1907, wichen die Gewinnüberschüsse von 7,22 Millionen Mark im Jahre 1908 war der Bruttoeinnahmen allerdings auch der Verlust geringer gewesen; ersterer hatte sich auf 10,0, letzterer auf 2,96 Millionen Mark gesteckt, so daß sich damals ein Gewinnüberschuss von 7,04 Millionen Mark ergab. Der Überschuß für 1908 war also um 2½ p. 1. größer. An der Steigerung der Dividenden partizipierten sowohl die Bau- als die Terraingefellschaften. Bei den letzteren war allerdings die Summe erheblich größer. Es verteilt 35 Bau- und Terraingefellschaften 1908 auf ein Aktienkapital von 38,11 Millionen Mark 2,83 Millionen Mark Dividende gegen 2,20 Millionen im Jahre 1907. Es ergibt sich im Durchschnitt eine Dividende von 6,5 p. 1. gegen 6,2 p. 1. im Jahre 1907. Bei 30 Terraingefellschaften mit einem Aktienkapital von zusammen 66,87 Millionen Mark belief sich die Dividende auf 3,31 Millionen gegen 2,67 Millionen im Jahre 1907. Die Durchschnittsdividende betrug bei den Terraingefellschaften 5 p. 1., während sie für 1907 4 p. 1. betrugen. Hauptfördern sind es Berliner Gesellschaften, die die Steigerung der Dividenden veranlaßt haben. Die relativ günstige Entwicklung der Rentabilität im Bau- und Terraingeschäft trägt auch ihr Teil dazu bei, dem Baugewerbe neues Leben zuverleihen. Hat doch die Gründungsstätte im Terraingefäß noch immer nicht nachgelassen; an dauernd werden noch kleine Terraingefellschaften mit verhältnismäßig geringem Kapital gegründet in einer Anzahl, die die der Vorjahre bei weitem übersteigt. Es betrug in den ersten vier Monaten die Zahl solcher neuen Gesellschaften m. b. g. nicht weniger als 247 gegen 146, die in der Parallelzeit des Vorjahrs neu gegründet wurden. Das in Neugründungen und Kapitalerhöhungen angelegte Kapital belief sich im nämlichen Zeitraum bei Aktien-Gesellschaften sowohl als bei Gesellschaften m. b. g. insgesamt auf 30,88 Millionen Mark, während es 1908 27,21 Millionen betragen hatte. Die Hauptanlauf der Neugründungen entfällt in diesem Jahre auf Berlin, wo von den 89 im April neu gegründeten Bau- und Terraingefellschaften allein 73 domizilierten. Außerdem ist noch die Rheinprovinz stärker vertreten, wo fünf neue Gesellschaften m. b. g. gegründet wurden, und Westfalen, wo die Zahl der neuen Bau- und Terraingefellschaften vier beträgt. Das Grundkapital bei den in Berlin domizilierten Gesellschaften belief sich im April auf 1,66 Millionen Mark; zu den in Rheinland-Westfalen neu gegründeten Gesellschaften wurden 1,69 Millionen Mark beansprucht.

\* **Submissionsbüro.** Für die Fertigstellung der Erd-, Mauer- und Betonarbeiten eines Solareservoirs bei Bad Kissingen verlangte der Höhstfordernde der 15. Bevölkerung, A. Eder in Würzburg, M. 159 207,06, während das Baugefäß Karlar Bottler in Würzburg dieselbe Arbeit für M. 75 444,49 machen will. — Für die Eisenlieferung zu demselben Reservoir wurden als höchste Summe M. 18 766,68, als niedrigste Summe M. 10 264,82 gefordert, obwohl der Unterschied in den Eisenpreisen nur gering ist. — Für die Herstellung der Rohrleitungen verlangt die Firma Paul Broicher-Nürnberg M. 18 287,70, während die Firma G. Wollpert in Augsburg bei M. 7957,25 noch zu verbreiten gedenkt.

Einen weiteren Beitrag zum Kapitel der Submissionsbüros lieferte die Vergebung der Arbeiten für den zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke Dernau bis Altenahr. Für die Erd-, Fels- und Wölbungsarbeiten betrug unter dem eingelangten Angebot das billigste M. 390 672, das höchste M. 688 466. Bei drei zu errichtenden Abschnitten war das billigste Angebot M. 18 372 392, das höchste M. 374 650. Auf die Ausführung des Tunnels submittierten vier Firmen, von denen die billigste M. 791 550, die teuerste M. 1 307 150 forderte.

Bei den Offerten für die Mauerarbeiten zum Neubau des evangelischen Gemeindehauses in Hüllstädt beträgt der Unterschied zwischen den Höchst- und Niedrigstfordernden M. 14 000. Die seben Offerten schwanken zwischen M. 53 773 und M. 39 854,10.

Aus Gustav's „Wirtschaft der Baugewerbe-Bdg.“ berichtet: Ein Teil des Galley-Tunnels sollte trocken gelegt werden, und zwar sollte oberhalb des Gewölbes der Felsen 1 m hoch weggesprengt und sodann das Gewölbe ordnungsmäßig abgedeckt und der geschaffene Hohlräum mit Bruchsteinen ausgepackt werden muß, alles unter Aufrechterhaltung des Betriebes und voller Garantie für alle Bormannen. Das Resultat war folgendes: M. 1156 Coblenz, M. 15 530, M. 1156 Krefeld, M. 25 180, M. 1156 Oberstein, M. 26 280, M. 1156 Jäger, Krefeld, M. 26 830, F. Cronibus-Küllberg M. 27 830, M. 1156 Hammelburg, M. 47 219, C. Bernite-Hagen M. 55 750, L. Lindenfels M. 66 500, G. Wittmann-Altenbergen M. 57 225, Baumholt & Co.-Cöln M. 72 420. — Die „Baugewerbe-Bdg.“ bemerkt dazu: „Gehammt darf man nun darauf sein, ob die Königliche Eisenbahnbewaltung auch bei dieser sehr gefährlichen und sehr großen Rissloch enthaltenen Arbeit immer dem Billigsten den Zuschlag erteilen wird.“

Bei einer von der Königlichen Eisenbahn-Betriebsinspektion zu Hannover ausgeschriebenen Submission zum Bau eines Wasserturners in Leinhausen trafug das Angebot der Firma A. Döhne-Hannover M. 4879,55, das der Firma Diecking & Egers, Hannover, M. 9736,12. An der Submission beteiligten sich zwölf Firmen.

## Aus Unternehmerkreisen.

\* Säumige Zahler. Aus einem vom Vorstand der rheinisch-westfälischen Baugewerkschaftsgesellschaft versandten, "strenge vertraulichen" Verzeichnis ergibt sich, daß dreizehn dieser Section angehörenden Kreise der Section aus dem Jahre 1907 nicht weniger als M. 73 000 schulden. Die Niederrheinische Arbeiterzeitung bemerkt dazu:

"Wie mag es da wohl erst mit den Beiträgen aus dem Jahre 1908 stehen? Zweifellos wird die Restantensliste von 1908 ein noch viel ungünstigeres Resultat aufweisen. Wenn schon in einer einzigen Section der rheinisch-westfälischen Baugewerkschaftsgesellschaft ein derartiges Kapital unter den Mitgliedern steht, da kann man sich ungefähr einen Begriff davon machen, wie es mit der Gesamt-Berufsgenossenschaft bestellt sein mag. Im Herbst 1907 trat der große Kampf in den Baubereichen, wobei die rheinisch-westfälischen Schärmadame sich besonders hervorholten. Wenn man die "strenge vertrauliche" Restantensliste der rheinisch-westfälischen Baubereichen im einzelnen durchgeht, dann sieht man auf Namen von Herren, die im Kampfe gegen die Arbeiter den Mund nie voll genug nehmen konnten. Freilich, wenn die letzten paar Pimperlinge des kleinen Dasselbe trauter verwandt werden müßten, um den Herren im Hause Standpunkt herauszuführen, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn schließlich mancher keine 50 g mehr hatte, um seine gesetzliche Pflichtverträge an die Berufsgenossenschaftsstätte zu zahlen. Und dann kann man schließlich auch den Sturzlauf der Berufsgenossenschaften gegen die Unfallanten verstehen. Die Invaliden und hauptsächlich die noch arbeitsfähigen Opfer des Kapitals sollen das hergeben, was auf anderer Seite scheinbar von den Berufsgenossenschaften entweder nicht oder nur unter erschwerenden Umständen beizutragen ist. Aber auch die Verhältnisse der Berufsgenossenschaftsstätten erfährt durch diese Restantensliste eine eigenartige Beleuchtung. Wie ist es überhaupt möglich, daß einzelne Unternehmer nicht aus dem Jahre 1907 mit so erheblichen Summen verzeichnet stehen können, wie oben angegeben? Bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit verfügt man, die Kostenverwaltungen durch organisierte Arbeiter in der Öffentlichkeit herauszugeben, wenn auch mit wenig Erfolg. Die sehr vertrauliche" Restantensliste der Section III der rheinisch-westfälischen Baugewerkschaftsgesellschaft liefert wieder einmal den Beweis, daß die Arbeiter dem Unternehmer auch auf dem Verwaltungsbereiche meilenweit voraus sind. In einer Arbeiterorganisation würde man solche Kostenzüstände für eine heillose Verwirrung halten. In Unternehmern scheint man lagernden Auffassungen zu hubigen."

## Gewerkschaftliches.

Ernst Deinhardt, der Redakteur der "Holzarbeiter-Zeitung", ist am 30. Mai im Alter von 27 Jahren an der Lutemburg gestorben. Deinhardts Laufbahn war die allerArbeiterfahrt: eine früh von harter Arbeit und Entbehrung geprägte Jugend, ein Kampftypus voll Dramatisches, Mahnungen, aber durchdrückt von der Glut einer heiligen Begeisterung, die ihn alle Not heroisch ertragen ließ. Im Jahre 1900 trat Deinhardt in die Redaktion der "Holzarbeiter-Zeitung" ein, nachdem er vorher schon an der Pariserprese tätig war. Unter seiner Leitung nahm die "Holzarbeiter-Zeitung" einen großen Aufschwung, ihre geachtete Stellung in der Gewerkschaftspresse hat sie wohl in erster Linie Deinhardts gebildeter Redaktion zu danken. Uns war Deinhardt nicht nur ein wahrer Kampfgenosse, der stets mit Gerechtigkeit seine Waffe führte, sondern auch ein lieber Freund. Sein Andenken wird uns allezeit treuen.

## Generalversammlungen.

Die 18. Generalversammlung des Deutschen Bergarbeiterverbandes fand vom 18. bis 21. Mai in Eisenach statt. Es waren 100 Delegierte, sechs Vorstandsmitglieder und zwei Gäste anwesend. Der Verbandsvorsitzende Sachse betonte in seiner Begrüßungsrede, daß, obwohl heute 112 000 Bergarbeiter nach Ellenbogenfreiheit streben, der Indifferenzismus bei den Bergarbeitern doch noch groß sei. Er gebaute der Bergplattierung und des steten Bruderkampfes, insbesondere der schönen Kampfsweise der Christlichen. Diese Bergplattierung und dieser Bruderkampf müsse ein Ende nehmen; die Einigkeit, wie sie in England sei, müsse erreicht werden. Ein Vorstandsertrag, wie daran erinnert, daß der Verband in diesem Jahre sein zwanzigjähriges Jubiläum feierte, kann während anderer Verbände in den Jahren der Krise nur mit Mühe ihren Mitgliedsverbund aufrecht erhalten. habe der Bergarbeiterverband nur rund 50 000 Mitglieder zugemessen, obwohl keine andre Organisation eine ähnliche Anfeindung erfahren habe, als er. Dies zeige, daß der Bergarbeiterverband auf einer gefundenen Basis beruhe. Ein Mitgliederbeitrag, nach der Verband ein: 1906 M. 1587,886,46, 1907 M. 1690,406,10, 1908 M. 1792,068,75. Das Gesamtbudget betrug am Schluß des Jahres 1908 M. 2 816,944,04, was gegen das Jahr 1907 einen Vermögenszuwachs von M. 816,49,81 bedeutet. Die Ausgabe für Unterhaltungen betrug im Jahre 1908 insgesamt M. 514,006,25, darunter allein für Krankenunterstützung M. 264,397,95. In den letzten drei Jahren zahlte der Verband an Unterhaltungen M. 2 122,239,93, und zwar für Rechtschutz M. 235,995,13, an Sterbegeld M. 208,810, an Gewerkschaft M. 82,658,39, an Arbeitslosen M. 30,41,89, an Krante M. 778,637,70, an Streitgelde M. 798,226,82. — Die Generalversammlung beschloß die Einführung von Staffelbeiträgen an Stelle des bisherigen Einheitsbeitrages von 40 g wöchentlich. Die Beiträge sollen fünftig betragen: Klasse a: für alle Mitglieder,

welche netto unter M. 8 im Durchschnitt verdienen, 80 g; Klasse b: alle übrigen Mitglieder mindestens 40 g; Klasse c: 50 g für alle, die diesen Beitrag ableben wollen. Das Aufrufen in höhere Beitragsklassen kann zu jeder Zeit erfolgen, dagegen das Abtrünen in niedrigere Klassen nur am Jahresanfang. Entsprechend der Beitragserschöpfung wurde auch eine Erhöhung der Unterstützungsstufe beschlossen. Für die Gewerkschaftenunterstützung soll fünftig die Karenzzeit in Bergbau kommen, die Krankenunterstützung soll fünftig 40,50 und 80 g täglich betragen. Die Sterbeunterstützung wird gestaffelt von M. 20 in Klasse a nach zweidörfiger Mitgliedschaft auf M. 90 in Klasse c nach siebenjähriger Mitgliedschaft. Im Streitunterstützung soll gezahlt werden: in Klasse a pro Woche M. 10, in Klasse b pro Woche M. 12, in Klasse c pro Woche M. 14. Verheiratete Mitglieder und solche ledige, die noch nicht der Scheide entzogene Kinder zu unterhalten haben, sollen M. 1, Büchsen pro Kind und Woche erhalten. Einzelne Tage sollen entsprechend berechnet werden. Personen über 60 Jahre, die nicht aus anderen Organisationen überreten, können fünftig nicht mehr Mitglied werden. Die Generalversammlung nahm auch Stellung zur Tarifvertragsfrage. In einer dazu angenommenen Resolution heißt es:

"Der bestehende Arbeits- und Lohnvertrag im deutschen Bergbau entspricht nicht dem wahren Sinn der Gesetzgebung, insbesondere dem § 105 der Gewerbeordnung (freie Vereinbarung), weil er den Arbeitern einseitig von den Grubenherren aufgezwungen wird und sie deren Willkür völlig überantwortet. Der Arbeiter im Bergbau hat heute bei der Feststellung seiner Lohns- und Arbeitsverhältnisse absolut kein Mitbestimmungsrecht, denn die Arbeitsordnungen geben den Grubenherren und deren Beamten das Recht, die Löhne und Gedinge nach Willkür festzulegen und zu reduzieren. Der Gedingebergvertrag insbesondere stellt eine nach Willkür zu handhabende Schraube ohne Ende dar, wodurch der Arbeiter zu immer größeren Leistungen gezwungen wird. Dieser Zustand macht die fortgesetzte steigenden Unfall- und Krankenstatziffern, das rapid sinkende Lebensalter und die frühe Invalidität der Bergarbeiter nur zu sehr erträglich, nicht minder aber auch die großen Bergarbeiterkreise, die für die gesamte Volksirtschaft große Gefahren in sich schließen. Die Erbitterung der Bergleute wird ins Ungemeine gesteigert durch die gewaltigen Lohnunterschiede, durch Maßregelungen und schwärze Listen seitens der Grubenherren, die sich als ein Staat in Staate gebilden. Dieser Willkür der Grubenherren muß ein wirksamer Damm entgegengesetzt werden, wenn unser Wirtschaftsleben nicht verhangnisvollen Katastrophen entgegenstehen soll. Unter den gegebenen Verhältnissen ist der Weg zu gefunden und rechtlichen Zuständen, die Schaffung tariflicher Vereinbarungen, die den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht auf die Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen sichern."

Weiter nahm die Generalversammlung Stellung zum Entwurf der Reichsversicherungsordnung und zur Gewerbeversicherungsordnung, betr. die Arbeitslammern. In einer zur Fleischversicherungsordnung angemessenen Resolution wird ausgesprochen, daß die Generalversammlung in dem Entwurf nicht die Erfüllung der auf Vereinheitlichung, Erweiterung und Verbesserung der Arbeiterversicherung gerichteten Strebungen der Arbeiterklasse erlädt kann. Die Bergarbeiterfahrt wird aufgefordert, einstimmig gegen den Entwurf Stellung zu nehmen. — In Bezug auf die Maifeier sprach der Vorsitzende Sachse den Wunsch aus, es möge die Maifeier auf den Sonntag verlegt werden.

Nach Beendigung der Generalversammlung der deutschen Bergarbeiter fand vom 30. Mai bis 4. Juni in Berlin ein internationaler Bergarbeiterkongress statt, bei dem 37 Delegierte des Deutschen Bergarbeiterverbandes, 7 polnischen, 1 Kirch-Döderleßen, 12 österreichischen, 8 belgischen, 8 französischen und circa 60 englischen Delegierten besichtigt war. Der Kongress besaß sich mit der Frage der Sicherheit in den Gruben, der Alters- und Kindersicherheit, der Einführung des gesetzlichen Alttindertundates, der gesetzlichen Regelung des Minimallohnes, der Verstaatlichung der Bergwerke usw. Zu allen Punkten der Tagesordnung wurden längere Anträge und Resolutions angenommen. — Um eine größere Sicherheit in den Gruben herzuleiten, zu verhindern, forderte der Kongress von den europäischen Regierungen das Einbringen geeigneter Gesetzesvorlagen und die Verschärfung der bestehenden Gesetze und Verordnungen sowie die Einführung von Arbeiter-Inspektoren (Kontrollen). Zum Punkt Frauen- und Kinderarbeit war von der deutschen Delegation beantragt: "Die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren ist in der Bergwerksindustrie gesetzlich zu verbieten, ebenso die untertümliche Beschäftigung jugendlicher Personen unter 16 Jahren." Diese Resolution wurde von der deutschen, österreichischen und belgischen Delegation angenommen, während sich die französische und englische Delegation der Abstimmung enthielt. Eine Resolution auf Verbot der Frauenarbeit wurde einstimmig angenommen. Die abständige Arbeitszeit wurde durch folgenden Antrag gefordert: "Der Kongress erhebt erneut die Forderung nach gesetzlicher Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für alle Arbeiter in der Bergwerksindustrie. Für die Untertagsarbeiter muß in diese Arbeitszeit die Ein- und Ausfahrt einbezogen sein. Wo an den Arbeitsstellen eine Temperatur von 23 Grad Celsius und darüber oder wo große Rauch herrscht, ist die Schichtzeit auf sechs Stunden zu begrenzen."

Erneut wurde die Einführung von Tarifverträgen mit Minimallöhnen und die Abschaffung des Systems der Altarbeit verlangt. Ein von Frankreich gestellter und ohne Debatte angenommener Antrag lautet: "Wenn ein Generalkongress in irgend einem Lande stattfindet, sollen die Bergarbeiterorganisationen der benachbarten Länder ihre Produktion dadurch einschränken, daß sie die Arbeit für einen bestimmten Zeitraum einfestellen." Ein von Deutschland gestellter einstimmig angenommener Antrag fordert die Einschränkung des Strafweises im Bergbau. Weiter wurde ein Antrag angenommen, der in jedem Land die Verstärkung der Bergwerke und deren Ausbeutung im Interesse der Allgemeinheit verlangt. Ein Antrag Belgien, den ersten Montag des August eines jeden Jahres zum internationalen Festtag für die Bergarbeiter zu bestimmen

und diesen Festtag, unabhängig vom 1. Mai, als allgemeinen Bergarbeiter-Festtag zu feiern," wurde dem internationalen Komitee überreicht.

Die neunte Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes trat am zweiten Pfingstag im Gewerkschaftshaus zu Hamburg zusammen. Neben gewerkschaftlichen Tatsachen, die durch die Vorgänge in Stettin und Mannheim beeinflußt geworden sind, steht die Frage der Staffelbeiträge im Vordergrund der Förderung. Die Statutenberatungskommission erledigte bereits in der vorigen Woche die umfangreichen Vorarbeiten, zu denen auch die Sichtung der vorliegenden 407 Anträge gehörte. Von besonderer Tragweite sind diejenigen, welche eine Erweiterung des Bestimmungsrechtes der an Streit und Aussperrungen direkt beteiligten Mitglieder fordern. Die Entwicklung des Verbandes war innerhalb der verlorenen Geschäftsjahre in Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Krise, von der in erster Linie die Industriearbeiter betroffen wurde — im ersten Quartal 1909 waren durchschnittlich 70 Prozent der Mitglieder arbeitslos und hatten keinen Lohnentnahmen — eine erstaunliche. Die Mitgliedszahl stieg von 385 075 auf 362 673; die kleine Rückgang, den 1908 brachte, ist bereits wieder weitgehend. Die nach wie vor sehr starke Migrationsbewegung hält den Vorstand für eine vorläufige unbeständige Erscheinung." Enorme Summen wurden für Unterstützungsleistungen erledigt bereits in der vorigen Woche die vorliegenden 407 Anträge gehörte. Von besonderer Tragweite sind diejenigen, welche eine Erweiterung des Bestimmungsrechtes der an Streit und Aussperrungen direkt beteiligten Mitglieder fordern. Die Entwicklung des Verbandes war innerhalb der verlorenen Geschäftsjahre in Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Krise, von der in erster Linie die Industriearbeiter betroffen wurde — im ersten Quartal 1909 waren durchschnittlich 70 Prozent der Mitglieder arbeitslos und hatten keinen Lohnentnahmen — eine erstaunliche. Die Mitgliedszahl stieg von 385 075 auf 362 673; die kleine Rückgang, den 1908 brachte, ist bereits wieder weitgehend. Die nach wie vor sehr starke Migrationsbewegung hält den Vorstand für eine vorläufige unbeständige Erscheinung." Enorme Summen wurden für Unterstützungsleistungen erledigt bereits in der vorigen Woche die vorliegenden 407 Anträge gehörte. Von besonderer Tragweite sind diejenigen, welche eine Erweiterung des Bestimmungsrechtes der an Streit und Aussperrungen direkt beteiligten Mitglieder fordern. Die Entwicklung des Verbandes war innerhalb der verlorenen Geschäftsjahre in Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Krise, von der in erster Linie die Industriearbeiter betroffen wurde — im ersten Quartal 1909 waren durchschnittlich 70 Prozent der Mitglieder arbeitslos und hatten keinen Lohnentnahmen — eine erstaunliche. Die Mitgliedszahl stieg von 385 075 auf 362 673; die kleine Rückgang, den 1908 brachte, ist bereits wieder weitgehend. Die nach wie vor sehr starke Migrationsbewegung hält den Vorstand für eine vorläufige unbeständige Erscheinung." Enorme Summen wurden für Unterstützungsleistungen erledigt bereits in der vorigen Woche die vorliegenden 407 Anträge gehörte. Von besonderer Tragweite sind diejenigen, welche eine Erweiterung des Bestimmungsrechtes der an Streit und Aussperrungen direkt beteiligten Mitglieder fordern. Die Entwicklung des Verbandes war innerhalb der verlorenen Geschäftsjahre in Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Krise, von der in erster Linie die Industriearbeiter betroffen wurde — im ersten Quartal 1909 waren durchschnittlich 70 Prozent der Mitglieder arbeitslos und hatten keinen Lohnentnahmen — eine erstaunliche. Die Mitgliedszahl stieg von 385 075 auf 362 673; die kleine Rückgang, den 1908 brachte, ist bereits wieder weitgehend. Die nach wie vor sehr starke Migrationsbewegung hält den Vorstand für eine vorläufige unbeständige Erscheinung." Enorme Summen wurden für Unterstützungsleistungen erledigt bereits in der vorigen Woche die vorliegenden 407 Anträge gehörte. Von besonderer Tragweite sind diejenigen, welche eine Erweiterung des Bestimmungsrechtes der an Streit und Aussperrungen direkt beteiligten Mitglieder fordern. Die Entwicklung des Verbandes war innerhalb der verlorenen Geschäftsjahre in Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Krise, von der in erster Linie die Industriearbeiter betroffen wurde — im ersten Quartal 1909 waren durchschnittlich 70 Prozent der Mitglieder arbeitslos und hatten keinen Lohnentnahmen — eine erstaunliche. Die Mitgliedszahl stieg von 385 075 auf 362 673; die kleine Rückgang, den 1908 brachte, ist bereits wieder weitgehend. Die nach wie vor sehr starke Migrationsbewegung hält den Vorstand für eine vorläufige unbeständige Erscheinung." Enorme Summen wurden für Unterstützungsleistungen erledigt bereits in der vorigen Woche die vorliegenden 407 Anträge gehörte. Von besonderer Tragweite sind diejenigen, welche eine Erweiterung des Bestimmungsrechtes der an Streit und Aussperrungen direkt beteiligten Mitglieder fordern. Die Entwicklung des Verbandes war innerhalb der verlorenen Geschäftsjahre in Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Krise, von der in erster Linie die Industriearbeiter betroffen wurde — im ersten Quartal 1909 waren durchschnittlich 70 Prozent der Mitglieder arbeitslos und hatten keinen Lohnentnahmen — eine erstaunliche. Die Mitgliedszahl stieg von 385 075 auf 362 673; die kleine Rückgang, den 1908 brachte, ist bereits wieder weitgehend. Die nach wie vor sehr starke Migrationsbewegung hält den Vorstand für eine vorläufige unbeständige Erscheinung." Enorme Summen wurden für Unterstützungsleistungen erledigt bereits in der vorigen Woche die vorliegenden 407 Anträge gehörte. Von besonderer Tragweite sind diejenigen, welche eine Erweiterung des Bestimmungsrechtes der an Streit und Aussperrungen direkt beteiligten Mitglieder fordern. Die Entwicklung des Verbandes war innerhalb der verlorenen Geschäftsjahre in Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Krise, von der in erster Linie die Industriearbeiter betroffen wurde — im ersten Quartal 1909 waren durchschnittlich 70 Prozent der Mitglieder arbeitslos und hatten keinen Lohnentnahmen — eine erstaunliche. Die Mitgliedszahl stieg von 385 075 auf 362 673; die kleine Rückgang, den 1908 brachte, ist bereits wieder weitgehend. Die nach wie vor sehr starke Migrationsbewegung hält den Vorstand für eine vorläufige unbeständige Erscheinung." Enorme Summen wurden für Unterstützungsleistungen erledigt bereits in der vorigen Woche die vorliegenden 407 Anträge gehörte. Von besonderer Tragweite sind diejenigen, welche eine Erweiterung des Bestimmungsrechtes der an Streit und Aussperrungen direkt beteiligten Mitglieder fordern. Die Entwicklung des Verbandes war innerhalb der verlorenen Geschäftsjahre in Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Krise, von der in erster Linie die Industriearbeiter betroffen wurde — im ersten Quartal 1909 waren durchschnittlich 70 Prozent der Mitglieder arbeitslos und hatten keinen Lohnentnahmen — eine erstaunliche. Die Mitgliedszahl stieg von 385 075 auf 362 673; die kleine Rückgang, den 1908 brachte, ist bereits wieder weitgehend. Die nach wie vor sehr starke Migrationsbewegung hält den Vorstand für eine vorläufige unbeständige Erscheinung." Enorme Summen wurden für Unterstützungsleistungen erledigt bereits in der vorigen Woche die vorliegenden 407 Anträge gehörte. Von besonderer Tragweite sind diejenigen, welche eine Erweiterung des Bestimmungsrechtes der an Streit und Aussperrungen direkt beteiligten Mitglieder fordern. Die Entwicklung des Verbandes war innerhalb der verlorenen Geschäftsjahre in Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Krise, von der in erster Linie die Industriearbeiter betroffen wurde — im ersten Quartal 1909 waren durchschnittlich 70 Prozent der Mitglieder arbeitslos und hatten keinen Lohnentnahmen — eine erstaunliche. Die Mitgliedszahl stieg von 385 075 auf 362 673; die kleine Rückgang, den 1908 brachte, ist bereits wieder weitgehend. Die nach wie vor sehr starke Migrationsbewegung hält den Vorstand für eine vorläufige unbeständige Erscheinung." Enorme Summen wurden für Unterstützungsleistungen erledigt bereits in der vorigen Woche die vorliegenden 407 Anträge gehörte. Von besonderer Tragweite sind diejenigen, welche eine Erweiterung des Bestimmungsrechtes der an Streit und Aussperrungen direkt beteiligten Mitglieder fordern. Die Entwicklung des Verbandes war innerhalb der verlorenen Geschäftsjahre in Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Krise, von der in erster Linie die Industriearbeiter betroffen wurde — im ersten Quartal 1909 waren durchschnittlich 70 Prozent der Mitglieder arbeitslos und hatten keinen Lohnentnahmen — eine erstaunliche. Die Mitgliedszahl stieg von 385 075 auf 362 673; die kleine Rückgang, den 1908 brachte, ist bereits wieder weitgehend. Die nach wie vor sehr starke Migrationsbewegung hält den Vorstand für eine vorläufige unbeständige Erscheinung." Enorme Summen wurden für Unterstützungsleistungen erledigt bereits in der vorigen Woche die vorliegenden 407 Anträge gehörte. Von besonderer Tragweite sind diejenigen, welche eine Erweiterung des Bestimmungsrechtes der an Streit und Aussperrungen direkt beteiligten Mitglieder fordern. Die Entwicklung des Verbandes war innerhalb der verlorenen Geschäftsjahre in Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Krise, von der in erster Linie die Industriearbeiter betroffen wurde — im ersten Quartal 1909 waren durchschnittlich 70 Prozent der Mitglieder arbeitslos und hatten keinen Lohnentnahmen — eine erstaunliche. Die Mitgliedszahl stieg von 385 075 auf 362 673; die kleine Rückgang, den 1908 brachte, ist bereits wieder weitgehend. Die nach wie vor sehr starke Migrationsbewegung hält den Vorstand für eine vorläufige unbeständige Erscheinung." Enorme Summen wurden für Unterstützungsleistungen erledigt bereits in der vorigen Woche die vorliegenden 407 Anträge gehörte. Von besonderer Tragweite sind diejenigen, welche eine Erweiterung des Bestimmungsrechtes der an Streit und Aussperrungen direkt beteiligten Mitglieder fordern. Die Entwicklung des Verbandes war innerhalb der verlorenen Geschäftsjahre in Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Krise, von der in erster Linie die Industriearbeiter betroffen wurde — im ersten Quartal 1909 waren durchschnittlich 70 Prozent der Mitglieder arbeitslos und hatten keinen Lohnentnahmen — eine erstaunliche. Die Mitgliedszahl stieg von 385 075 auf 362 673; die kleine Rückgang, den 1908 brachte, ist bereits wieder weitgehend. Die nach wie vor sehr starke Migrationsbewegung hält den Vorstand für eine vorläufige unbeständige Erscheinung." Enorme Summen wurden für Unterstützungsleistungen erledigt bereits in der vorigen Woche die vorliegenden 407 Anträge gehörte. Von besonderer Tragweite sind diejenigen, welche eine Erweiterung des Bestimmungsrechtes der an Streit und Aussperrungen direkt beteiligten Mitglieder fordern. Die Entwicklung des Verbandes war innerhalb der verlorenen Geschäftsjahre in Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Krise, von der in erster Linie die Industriearbeiter betroffen wurde — im ersten Quartal 1909 waren durchschnittlich 70 Prozent der Mitglieder arbeitslos und hatten keinen Lohnentnahmen — eine erstaunliche. Die Mitgliedszahl stieg von 385 075 auf 362 673; die kleine Rückgang, den 1908 brachte, ist bereits wieder weitgehend. Die nach wie vor sehr starke Migrationsbewegung hält den Vorstand für eine vorläufige unbeständige Erscheinung." Enorme Summen wurden für Unterstützungsleistungen erledigt bereits in der vorigen Woche die vorliegenden 407 Anträge gehörte. Von besonderer Tragweite sind diejenigen, welche eine Erweiterung des Bestimmungsrechtes der an Streit und Aussperrungen direkt beteiligten Mitglieder fordern. Die Entwicklung des Verbandes war innerhalb der verlorenen Geschäftsjahre in Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Krise, von der in erster Linie die Industriearbeiter betroffen wurde — im ersten Quartal 1909 waren durchschnittlich 70 Prozent der Mitglieder arbeitslos und hatten keinen Lohnentnahmen — eine erstaunliche. Die Mitgliedszahl stieg von 385 075 auf 362 673; die kleine Rückgang, den 1908 brachte, ist bereits wieder weitgehend. Die nach wie vor sehr starke Migrationsbewegung hält den Vorstand für eine vorläufige unbeständige Erscheinung." Enorme Summen wurden für Unterstützungsleistungen erledigt bereits in der vorigen Woche die vorliegenden 407 Anträge gehörte. Von besonderer Tragweite sind diejenigen, welche eine Erweiterung des Bestimmungsrechtes der an Streit und Aussperrungen direkt beteiligten Mitglieder fordern. Die Entwicklung des Verbandes war innerhalb der verlorenen Geschäftsjahre in Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Krise, von der in erster Linie die Industriearbeiter betroffen wurde — im ersten Quartal 1909 waren durchschnittlich 70 Prozent der Mitglieder arbeitslos und hatten keinen Lohnentnahmen — eine erstaunliche. Die Mitgliedszahl stieg von 385 075 auf 362 673; die kleine Rückgang, den 1908 brachte, ist bereits wieder weitgehend. Die nach wie vor sehr starke Migrationsbewegung hält den Vorstand für eine vorläufige unbeständige Erscheinung." Enorme Summen wurden für Unterstützungsleistungen erledigt bereits in der vorigen Woche die vorliegenden 407 Anträge gehörte. Von besonderer Tragweite sind diejenigen, welche eine Erweiterung des Bestimmungsrechtes der an Streit und Aussperrungen direkt beteiligten Mitglieder fordern. Die Entwicklung des Verbandes war innerhalb der verlorenen Geschäftsjahre in Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Krise, von der in erster Linie die Industriearbeiter betroffen wurde — im ersten Quartal 1909 waren durchschnittlich 70 Prozent der Mitglieder arbeitslos und hatten keinen Lohnentnahmen — eine erstaunliche. Die Mitgliedszahl stieg von 385 075 auf 362 673; die kleine Rückgang, den 1908 brachte, ist bereits wieder weitgehend. Die nach wie vor sehr starke Migrationsbewegung hält den Vorstand für eine vorläufige unbeständige Erscheinung." Enorme Summen wurden für Unterstützungsleistungen erledigt bereits in der vorigen Woche die vorliegenden 407 Anträge gehörte. Von besonderer Tragweite sind diejenigen, welche eine Erweiterung des Bestimmungsrechtes der an Streit und Aussperrungen direkt beteiligten Mitglieder fordern. Die Entwicklung des Verbandes war innerhalb der verlorenen Geschäftsjahre in Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Krise, von der in erster Linie die Industriearbeiter betroffen wurde — im ersten Quartal 1909 waren durchschnittlich 70 Prozent der Mitglieder arbeitslos und hatten keinen Lohnentnahmen — eine erstaunliche. Die Mitgliedszahl stieg von 385 075 auf 362 673; die kleine Rückgang, den 1908 brachte, ist bereits wieder weitgehend. Die nach wie vor sehr starke Migrationsbewegung hält den Vorstand für eine vorläufige unbeständige Erscheinung." Enorme Summen wurden für Unterstützungsleistungen erledigt bereits in der vorigen Woche die vorliegenden 407 Anträge gehörte. Von besonderer Tragweite sind diejenigen, welche eine Erweiterung des Bestimmungsrechtes der an Streit und Aussperrungen direkt beteiligten Mitglieder fordern. Die Entwicklung des Verbandes war innerhalb der verlorenen Geschäftsjahre in Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Krise, von der in erster Linie die Industriearbeiter betroffen wurde — im ersten Quartal 1909 waren durchschnittlich 70 Prozent der Mitglieder arbeitslos und hatten keinen Lohnentnahmen — eine erstaunliche. Die Mitgliedszahl stieg von 385 075 auf 362 673; die kleine Rückgang, den 1908 brachte, ist bereits wieder weitgehend. Die nach wie vor sehr starke Migrationsbewegung hält den Vorstand für eine vorläufige unbeständige Erscheinung." Enorme Summen wurden für Unterstützungsleistungen erledigt bereits in der vorigen Woche die vorliegenden 407 Anträge gehörte. Von besonderer Tragweite sind diejenigen, welche eine Erweiterung des Bestimmungsrechtes der an Streit und Aussperrungen direkt beteiligten Mitglieder fordern. Die Entwicklung des Verbandes war innerhalb der verlorenen Geschäftsjahre in Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Krise, von der in erster Linie die Industriearbeiter betroffen wurde — im ersten Quartal 1909 waren durchschnittlich 70 Prozent der Mitglieder arbeitslos und hatten keinen Lohnentnahmen — eine erstaunliche. Die Mitgliedszahl stieg von 385 075 auf 362 673; die kleine Rückgang, den 1908 brachte, ist bereits wieder weitgehend. Die nach wie vor sehr starke Migrationsbewegung hält den Vorstand für eine vorläufige unbeständige Erscheinung." Enorme Summen wurden für Unterstützungsleistungen erledigt bereits in der vorigen Woche die vorliegenden 407 Anträge gehörte. Von besonderer Tragweite sind diejenigen, welche eine Erweiterung des Bestimmungsrechtes der an Streit und Aussperrungen direkt beteiligten Mitglieder fordern. Die Entwicklung des Verbandes war innerhalb der verlorenen Geschäftsjahre in Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Krise, von der in erster Linie die Industriearbeiter betroffen wurde — im ersten Quartal 1909 waren durchschnittlich 70 Prozent der Mitglieder arbeitslos und hatten keinen Lohnentnahmen — eine erstaunliche. Die Mitgliedszahl stieg von 385 075 auf 362 673; die kleine Rückgang, den 1908 brachte, ist bereits wieder weitgehend. Die nach wie vor sehr starke Migrationsbewegung hält den Vorstand für eine vorläufige unbeständige Erscheinung." Enorme Summen wurden für Unterstützungsleistungen erledigt bereits in der vorigen Woche die vorliegenden 407 Anträge gehörte. Von besonderer Tragweite sind diejenigen, welche eine Erweiterung des Bestimmungsrechtes der an Streit und Aussperrungen direkt beteiligten Mitglieder fordern. Die Entwicklung des Verbandes war innerhalb der verlorenen Geschäftsjahre in Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Krise, von der in erster Linie die Industriearbeiter betroffen wurde — im ersten Quartal 1909 waren durchschnittlich 70 Prozent der Mitglieder arbeitslos und hatten keinen Lohnentnahmen — eine erstaunliche. Die Mitgliedszahl stieg von 385 075 auf 362 673; die kleine Rückgang, den 1908 brachte, ist bereits wieder weitgehend. Die nach wie vor sehr starke Migrationsbewegung hält den Vorstand für eine vorläufige unbeständige Erscheinung." Enorme Summen wurden für Unterstützungsleistungen erledigt bereits in der vorigen Woche die vorliegenden 407 Anträge gehörte. Von besonderer Tragweite sind diejenigen, welche eine Erweiterung des Bestimmungsrechtes der an Streit und Aussperrungen direkt beteiligten Mitglieder fordern. Die Entwicklung des Verbandes war innerhalb der verlorenen Geschäftsjahre in Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Krise, von der in erster Linie die Industriearbeiter betroffen wurde — im ersten Quartal 1909 waren durchschnittlich 70 Prozent der Mitglieder arbeitslos und hatten keinen Lohnentnahmen — eine erstaunliche. Die Mitgliedszahl stieg von 385 075 auf 362 673; die kleine Rückgang, den 1908 brachte, ist bereits wieder weitgehend. Die nach wie vor sehr starke Migrationsbewegung hält den Vorstand für eine vorläufige unbeständige Erscheinung." Enorme Summen wurden für Unterstützungsleistungen erledigt bereits in der vorigen Woche die vorliegenden 407 Anträge gehörte. Von besonderer Tragweite sind diejenigen, welche eine Erweiterung des Bestimmungsrechtes der an Streit und Aussperrungen direkt beteiligten Mitglieder fordern. Die Entwicklung des Verbandes war innerhalb der verlorenen Geschäftsjahre in Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Krise, von der in erster Linie die Industriearbeiter betroffen wurde — im ersten Quartal 1909 waren durchschnittlich 70 Prozent der Mitglieder arbeitslos und hatten keinen Lohnentnahmen — eine erstaunliche. Die Mitgliedszahl stieg von 385 075 auf 362 673; die kleine Rückgang, den 1908 brachte, ist bereits wieder weitgehend. Die nach wie vor sehr starke Migrationsbewegung hält den Vorstand für eine vorläufige unbeständige Erscheinung." Enorme Summen wurden für Unterstützungsleistungen erledigt bereits in der vorigen Woche die vorliegenden 407 Anträge gehörte. Von besonderer Tragweite sind diejenigen, welche eine Erweiterung des Bestimmungsrechtes der an Streit und Aussperrungen direkt beteiligten Mitglieder fordern. Die Entwicklung des Verbandes war innerhalb der verlorenen Geschäftsjahre in Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Krise, von der in erster Linie die Industriearbeiter betroffen wurde — im ersten Quartal 1909 waren durchschnittlich 70 Prozent der Mitglieder arbeitslos und hatten keinen Lohnentnahmen — eine erstaunliche. Die Mitgliedszahl stieg von 385 075 auf 362 673; die kleine Rückgang, den 1908 brachte, ist bereits wieder weitgehend. Die nach wie vor sehr starke Migrationsbewegung hält den Vorstand für eine vorläufige unbeständige Erscheinung." Enorme Summen wurden für Unterstützungsleistungen erledigt bereits in der vorigen Woche die vorliegenden 407 Anträge gehörte. Von besonderer Tragweite sind diejenigen, welche eine Erweiterung des Bestimmungsrechtes der an Streit und Aussperrungen direkt beteiligten Mitglieder fordern. Die Entwicklung des Verbandes war innerhalb der verlorenen Geschäftsjahre in Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Krise, von der in erster Linie die Industriearbeiter betroffen wurde — im ersten Quartal 1909 waren durchschnittlich 70 Prozent der Mitglieder arbeitslos und hatten keinen Lohnentnahmen — eine erstaunliche. Die Mitgliedszahl stieg von 385 075 auf 362 673; die kleine Rückgang, den 1908 brachte, ist bereits wieder weitgehend. Die nach wie vor sehr starke Migrationsbewegung hält den Vorstand für eine vorläufige unbeständige Erscheinung." Enorme Summen wurden für Unterstützungsleistungen erledigt bereits in der vorigen Woche die vorliegenden 407 Anträge gehörte. Von besonderer Tragweite sind diejenigen, welche eine Erweiterung des Bestimmungsrechtes der an Streit und Aussperrungen direkt beteiligten Mitglieder fordern. Die Entwicklung des Verbandes war innerhalb der verlorenen Geschäftsjahre in Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Krise, von der in erster Linie die Industriearbeiter betroffen wurde — im ersten Quartal 1909 waren durchschnittlich 70 Prozent der Mitglieder arbeitslos und hatten keinen Lohnentnahmen — eine erstaunliche. Die Mitgliedszahl stieg von 385 075 auf 362 673; die kleine Rückgang, den 1908 brachte, ist bereits wieder weitgehend. Die nach wie vor sehr starke Migrationsbewegung hält den Vorstand für eine vorläufige unbeständige Erscheinung." Enorme Summen wurden für Unterstützungsleistungen erledigt bereits in der vorigen Woche die vorliegenden 407 Anträge gehörte. Von besonderer Tragweite sind diejenigen, welche eine Erweiterung des Bestimmungsrechtes der an Streit und Aussperrungen direkt beteiligten Mitglieder fordern. Die Entwicklung des Verbandes war innerhalb der verlorenen Geschäftsjahre in Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Krise, von der in erster Linie die Industriearbeiter betroffen wurde — im ersten Quartal 1909 waren durchschnittlich 70 Prozent der Mitglieder arbeitslos und hatten keinen Lohnentnahmen — eine erstaunliche. Die Mitgliedszahl stieg von 385 075 auf 362 673; die kleine Rückgang, den 1908 brachte, ist bereits wieder weitgehend. Die nach wie vor sehr starke Migrationsbewegung hält den Vorstand für eine vorläufige unbeständige Erscheinung." Enorme Summen wurden für Unterstützungsleistungen erledigt bereits in der vorigen Woche die vorliegenden 407 Anträge gehörte. Von besonderer Tragweite sind diejenigen, welche eine Erweiterung des Bestimmungsrechtes der an Streit und Aussperrungen direkt beteiligten Mitglieder fordern. Die Entwicklung des Verbandes war innerhalb der verlorenen Geschäftsjahre in Anbetracht der schweren wirtschaftlichen Krise, von der in erster Linie die Industriearbeiter betroffen wurde — im ersten Quartal 1909 waren durchschnittlich 70 Prozent der Mitglieder arbeitslos und hatten keinen Lohnentnahmen — eine erstaunliche.

wöchiger Betragsleistung und zwar männliche M. 6, weibliche M. 8 wöchentlich eine Steigerung findet nicht statt.

Nachdem die Kommission nochmals zusammengetreten war, um die sich aus dem Beschluss zu § 9 (Weibehaltung der Steigerungsfristen) ergebenden Konsequenzen zu prüfen, wurde auf ihren Antrag der Beschluss aufgehoben und der Kommissionsantrag, die Steigerungsfähigkeit von zwei zu zwei Jahren einzutreten zu lassen, mit großer Mehrheit angenommen.

Bei der Statutenberatung erlebte der Kampf um die Taktik, der im Mainz-Mannheim-Stettin ausgeschöpft wurde, eine Neuauflage bei Erörterung der Beauftragten des Vorstandes bei Einleitung, Fortführung und Beendigung von Arbeitszeitfestungen. In nonnärrischer Abstimmung wurde der Antrag: „Arbeitszeitfestungen, bedürfen zu ihrer Einleitung und Fortführung der Genehmigung des Vorstandes“, mit 98 Ja gegen 80 Nein abgelehnt. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit war nicht erreicht. Der weitere Antrag der Statutenberatungskommission: „Der Vorstand ist berechtigt, auch bei vorhandener Dreiecksmeinheit für Weiterführung den Streik für beendet zu erklären, wenn nach Prüfung der Verhältnisse weitere Zugeständnisse nicht mehr zu erwarten sind oder selbst bei Aufwendung außergewöhnlicher Mittel des Verbands ungewollt erscheinen.“ Gensohn steht dem Vorstand das Recht zu, jeden Streik zu beenden, wenn ihm dies zur Vermeidung einer dem Verband schädlichen Auspaltung notwendig erscheint“, wurde mit 85 Ja gegen 93 Nein gleichfalls abgelehnt.

Zum Punkt „Maister“ beschloß die Generalversammlung folgende Resolution: „Nach den Beschlüssen der internationalen Arbeitertagung soll die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai – als die würdigste Form der Maister gilt – nur dann von den Arbeitern begangen werden, wenn dies ohne Schädigung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft geschehen kann.“ Hierzu erklärte die Generalversammlung, daß das Ziel einer allgemeinen und wirksamen Arbeitsruhe am 1. Mai in der Eisen-, Stahl- und Metallindustrie auf Grund gemachter Erfahrungen ohne schwere wirtschaftliche Kämpfe und dadurch bedingte Schädigung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft, sowie auch mangels volliger Übereinstimmung innerhalb der Arbeiterschaft über die Zweckmäßigkeit der Arbeitsruhe am 1. Mai überhaupt nicht zu erreichen ist. Ferner hat sich ergeben, daß die Arbeitsruhe am 1. Mai als gemeinschaftliches Kampfmittel zur Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie zur Befestigung bereits errungenner Positionen nicht betrachtet werden kann, indem sie ihrem inneren Wesen nach eine genügend Verbreitungsfläche latenter Nöthnungen nicht ermöglicht. Die Generalversammlung kann deshalb den Mitgliedern des Verbands die Beteiligung an der Arbeitsruhe am 1. Mai nicht zur Pflicht machen, überläßt es vielmehr jedem einzelnen Mitglied, sich an ihr unter Beachtung der internationalen Kongressbeschlüsse und Übernahme anderer für die Arbeitsruhe am 1. Mai ergebenden Folgen zu entscheiden.“

Die Generalversammlung erörterte außerdem noch die Punkte: „Der Arbeiterschutz in der Metallindustrie“, „Das Arbeitskammergebot“ und „Die Reichsversicherungsordnung“, wozu die Geusens Coher, Sebinger und Wissel die Referate hielten.

In Hamburg hielt vom 23. bis 28. Mai der Zentralverband der seemannischen Arbeiter seinen Bandtag ab. Er hatte am Ende des Jahres 1908 7445 vollzählende Mitglieder. (Die Zahl der eingetriebenen Mitglieder schwankte zwischen 9110 und 19551.) Vor fünf Jahren betrug die Mitgliederszahl noch 2944; Anfang 1907 stand sie auf 7237. Der Verband hat sich also trotz der Krise und der „Gelben“ vorwärts entwickelt. Der Reichschaftsstaat konstatierte, daß die neuen Unterstützungsleistungen seiemäßig gewirkt haben. Das Verbandsvermögen, das 1907 infolge der großen Lohnkämpfe von M. 117 546,95 auf M. 29 889,41 (M. 3,81 pro Mitglied) zurückgegangen war, hatte sich am Schluß des Jahres 1908 bereits wieder auf M. 97 672,01 (M. 12,95 pro Kopf) erholt. Vereinahmt wurden in den Mitgliedschaften in den beiden Jahren insgesamt M. 805 044,55, 1907 pro Mitglied M. 19,20, 1908: M. 24,27; gegen die vorangegangene Geschäftsjahrperiode war eine Einnahmesteigerung um M. 139 211,90 zu verzeichnen. Die Hauptkasse vereinahmte M. 284 472,57, d. h. M. 147 699,78 mehr als 1905/06. Für Agitation wurden von den Mitgliedschaften und der Hauptkasse vereinahmt M. 9722,05, für persönliche Verpflichtungskosten M. 51 737,18; für Streifunterstützung M. 176 018,87 ( davon 1907 allein M. 173 947,67), für sonstige Unterstützungen (Notfall-, Kranken-, Sierbeunterstützung, Rechtschutz u. a.) M. 19 831,60. Der „Seemann“ lohnte insgesamt M. 10 940,25.

Der Verbandsstag beschloß nach lebhafter Debatte mit 22 gegen 7 Stimmen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung und die Erhöhung des Beitrages von 40 auf 50. Die Arbeitslosenunterstützung soll nach einjähriger Mitgliedschaft vom 15. Tage an gezahlt werden. Sie soll betragen nach einer Karentzeit von

52 Wochen .....	je M. —70 für 21 Tage
156 " .....	—90 " 28 "
280 " .....	1,10 " 35 "
384 " .....	1,80 " 42 "
468 und mehr Wochen .....	1,50 " 49 "

Im Kraft treten soll die Unterstützung ab 1. Juli 1910. Ang. bei der Krankenunterstützung ist eine Erhöhung der Sätze beschlossen. Es sollen bezahlt werden nach einer Karentzeit von

52 Wochen .....	je M. —50 für 21 Tage
156 " .....	—70 " 28 "
280 " .....	—90 " 35 "
384 " .....	1,10 " 42 "
468 " .....	1,80 " 49 "

Die Entschädigung für Effektivverlust soll befragt nach:

52 Wochen .....	M. 25
104 " .....	50
156 " .....	75
280 " .....	100
384 und mehr Wochen .....	125

Die Sierbeunterstützung wurde bemessen auf M. 25 nach 52 Wochen, M. 30 nach 104 Wochen und dann jährlich steigend um je M. 10 bis zum Höchstbetrag von M. 100. Von den Beiträgen sollen 85 vpt. an die Hauptkasse abgeführt werden. In einer Resolution sprach der Verbandsstag aus, daß er grundsätzlich die Bestrebungen auf Schaffung eines Industrie-

verbands der Transportarbeiter zu Wasser und zu Land anerkennt, z. B. aber die Durchführung dieser Bestrebungen nicht für möglich hält. Der Vorstand wurde beauftragt, im gegebenen Moment alle erforderlichen Maßnahmen zur Schaffung eines Industrieverbands (Seeleute, Hafenarbeiter und ländliche Transportarbeiter) zu ergreifen.

Die elfte Generalversammlung des Centralverbandes der Schiffszimmerer Deutschlands tagte vom 16. bis 20. Mai in Stettin. Es waren 28 Delegierte, vier Vertreter des Centralvorstandes und ein Vertreter der Generalkommission anwesend. Aus dem Bericht des Vorstandes für die Jahre 1907 bis 1908 ist zu entnehmen, daß der Verband den Einwirkungen der schlechten Gesellschaftskonjunktur nicht nur widerstanden, sondern in seiner Entwicklung in aufsteigender Linie bewegt hat. Die Zahl der Mitglieder hat sich bis zum 4. Quartal 1908 stetig vermehrt. Die Durchschnittsmitgliedszahl betrug 1907 3762, 1908 3920. Mit den Werkbesteuern und Vertretern der meist in Beträgen konstituierten Organisationen wurde eine Vereinbarung über Lohnfragen und Arbeitszeit getroffen. Nach dieser Vereinbarung ist die Arbeitszeit vom Oktober 1907 ab von 60 auf 57 resp. 56 Stunden ohne Lohnkürzung herabgesetzt. Als eines der wichtigsten Momente der verlorenen zweijährigen Periode wird der Übertritt der Arbeiterschaft in freien Vereinigung der Schiff- und Bootsbauer, Berlin, bezeichnet. Durch diesen Übertritt hat sich die Mitgliederzahl des Verbands um circa 300 geselligt. Das kaiserliche Rücksichtsamt für Privatversicherung wollte den Verband dem Privatversicherungsgesetz unterstellen, dem Vorstand gelang es aber, durch die Herausgabe eines Anhanges zum Statut, der allen Mitgliedern zugestellt wurde, dieser ungünstigen Maßnahme aus dem Wege zu gehen. Das Rücksichtsamt erklärte sich dann damit einverstanden, daß die Statutenänderung auf den nächsten ordentlichen Generalversammlung stattfinde. Dem entsprechend hat der Vorstand der Generalversammlung bezügliche Änderungen des Statuts vorgeschlagen; dieselben fanden im Prinzip Annahme.

Die Abrechnung der Hauptkasse ergab für die beiden Berichtsjahre eine Einnahme von M. 93285,89 und eine Ausgabe von M. 160284,88. Das Vermögen des Verbands betrug 1908 M. 98108,38. Für Streiks und Abschüttungen wurden aus der Hauptkasse gezahlt M. 89156,98. Die von den Zahlstellen für Arbeitslosen, Kranken- und Altersunterstützung verausgabten Beträge erreichten 1907 die Höhe von M. 17487,90 und 1908 von M. 29608,20.

Die Täglichkeit der Generalversammlung war fast ausschließlich auf die Erledigung der rein geschäftlichen Verbandsangelegenheiten gerichtet. Einen breiten Raum nahmen die Berichte der einzelnen Zahlstellen ein. Die dadurch bewirkte Transparenz der Zahl führt zur Annahme eines Antrages, in Zukunft von einer mündlichen Berichterstattung auf der Generalversammlung abzusehen und die Berichte gebrochen der Generalversammlung vorgezulegen. Bei lebhaften Auseinandersetzungen kann es bei Erörterung der beiden zur Verbandung zusammengezogenen Punkte: „Taktik bei Lohnbewegungen und Streiks“ und „Agitation und Organisation“, wobei gleichzeitig über die Größe des Anschlusses an einer der Industrieverbände erörtert wurde. Die Stimmen für einen solchen Anschluß machten sich laut vernehmbar. Namenslich waren es die Vertreter der hauptsächlichsten Seewerftorte, die lebhaft einen solchen Anschluß befürworteten. Ein Antrag, den der Vorstand der Generalversammlung beauftragt, Delegierten und unter Bemittlung der Generalkommission der Gewerkschaften mit dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes zwecks Anschluß an diese Organisation in Unterhandlung zu treten und das Resultat dieser Unterhandlung dann durch eine Abstimmung den Mitgliedern zur Genehmigung oder Ablehnung zu unterbreiten, wurde jedoch mit 18 gegen 10 Stimmen abgelehnt. Doch wurde auch von den gegen diesen Antrag stehenden Delegierten mehrheitlich die Anfrage ausgesprochen, daß der Anschluß nur eine Frage der Zeit sei. Zur Beteiligung einer intensiveren Agitation beschloß die Generalversammlung die Abstimmung eines zweiten Beamten.

Und weil wir den hohen pädagogischen Wert der Arbeit anerkennen, müssen wir mit demselben Nachdruck, mit dem wir für die Befestigung der Kindererwerbsarbeit eintreten, die Einführung des Handwerkstätigkeitsunterrichts in den Schulplan fordern. Durch eine planmäßige Erziehung zur Arbeit und durch die Arbeit selbst wird der im Kinde schlummernde Tätigkeitsdrang geweckt und entwickelt. Das Kind lernt selbstständig beobachten, denken, urteilen und handeln; es entwickelt die Geschicklichkeit seiner Finger und die Kräfte seiner Muskeln. Hat es einen Gegenstand fertiggestellt, so fühlt es sich als Schöpfer und lernt den Wert der Arbeit schätzen. Und wer den Wert der Arbeit kennt, wird auch eine anständige Bezahlung fordern und wird die Pflicht der Arbeitenden anerkennen, solidarisch für eine gute Bezahlung d' Arbeit zu kämpfen.

Was aber die Erziehung zur Arbeit und durch die Arbeit an Arbeitserzeugenden beim Kind entwickelt, das zerstört die Erwerbsarbeit, die den Kindern meistens nicht behagt, und die oft weit über ihre Kräfte geht.

Doch noch in anderer Weise als in der geschilderten fördert der Kindererwerb und der Kampf gegen die Kindererwerbsarbeit die Gewerkschaftsbewegung: Kindliche Kräfte sind immer wieder für die Gewerkschaften eingesetzt, die Kindererwerbsarbeit ist die Nachfrage nach kindlichen Arbeitskräften so groß. Es kommt hinzu, daß in den Berufen, wo die Ausnutzung der kindlichen Arbeitskraft allgemein üblich ist, wie z. B. bei der Zeitungsfabrikation, in der Haushaltswirtschaft, bei den verschiedensten Betätigungen, die Unternehmer bei der Festsetzung der Löhne die Hilfe der Kinder vornehmen mit in Rücksicht stellen und die Löhne der Erwachsenen umso niedriger normieren. Wird nun die Kinderarbeit generell verbieten, so sind die kleinen Kindergartenkinder befreit. Befreit ist damit für die einzelne Arbeitersfamilie aber auch die Einnahme, die aus der kindlichen Arbeitskraft erzielt wird. Die Erhöhung des Einkommens kann dann nur erfolgen durch die Macht der Organisation, durch die wirtschaftlichen Kämpfe.

Und wenn es nur diesen Weg gibt, wird er auf um so eher bestritten werden. Der Beweis dafür ist längst erbracht.

Sagt man das Gesagte zusammen, so ergibt sich folgendes: Der Kindererwerb erhält den Kindern die Sorglosigkeit und den Frohsinn der Jugend, indem er sie von der Ausdeutung befreit; er sichert ferner ihrem Körper eine bessere Entwicklungsmöglichkeit und steigert ihre physisch-geistlichen Kräfte und Talente. Im Zusammenhang mit der Befestigung des kindlichen Kindergartenkampfes fördert er so in eminenter Weise die Ausbreitungsmöglichkeit der gewerkschaftlichen Idee und der gewerkschaftlichen Organisation.

Ein wirkames Kinderschutz liegt also im Interesse der Gewerkschaftsbewegung. Leider bleibt das geltende Recht weit hinter unsern Forderungen zurück, da die Kinder in der Landwirtschaft und bei häuslichen Diensten ganz unberücksichtigt geblieben sind und auch der Schutz für Kinder in gewerblichen Betrieben (Werftäten, Hausindustrie, für Betengänger usw.) vollkommen unzureichend ist. Statt einer Erwerbsarbeit der Kinder, mindestens so lange sie schulpflichtig sind, zu verbieten, ist sie — außer in Fabriken — auf Grund des Kinderschutzgesetzes vom zwölften bezüglichen Lebensjahr ab gestattet. Die Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes, so verdeckt es bedarf sie auch sind, blieben aber immerhin eine Grundlage, von der aus der Kampf um gänzliche Befestigung der Kindererwerbsarbeit geführt werden kann; heute steht der Kindererwerb leider fast nur auf dem Papier. Die Kräfte der zur Überwachung des Gesetzes eingesetzten Instanzen: Polizei, Gewerbeinspektion, eventuell die Justiz, reichen bei weitem nicht aus. Hier wie bei der Überwachung aller zum Schutze der Arbeiterschaft erlassenen Gesetze, bedarf es der tätigen Hilfe der organisierten Arbeiterschaft. Diese Hilfe kann beim Kindererwerb eine doppelte sein. Sie kann darin bestehen, daß die Organisationen unter ihnen Mitglieder in das soziale Empfinden und Verstehen werden und stärken, damit sie die Schädlichkeit der Kindererwerbsarbeit erkennen und an ihrer Befestigung mitarbeiten. Sie kann und muß aber auch darin bestehen, daß Übertritte des geltenden Rechtes festgestellt und ihre Wiederholung verhindert wird. Zu diesem Zwecke sind in einer Reihe von Orten Kinderschutzkommissionen gebildet, die zum Teil schon eine rechtenskreiche Tätigkeit entfaltet haben. Nach voraufgegangener Verständigung zwischen Gewerkschaftsvertretern und örtlichen Parteileitungen sollen jetzt überall, wo nur irgend die Kräfte werden von Männern und Frauen, die innerhalb der Arbeiterschaften sich das nötige Verständnis für diese Tätigkeit erworben haben. Wo immer solche Kommissionen bestehen oder geschaffen werden, da gilt es, sie bei ihrer Wirksamkeit beizutragen, zu unterstützen, den Kindern zum Schutz den Unternehmern zum Trotz.

Zur Informierung unserer Kollegen fügen wir die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes bei.

Bestimmungen des Kinderschutzgesetzes über die Beschäftigung eines Kindes und fremder Kinder.

Für die Beschäftigung von schulpflichtigen Kindern in der Hausindustrie (Seimarbeit), im Betriebe von Werkstätten, im Handelsgewerbe und in Verleihgeschäften, sowie als Betengänger gelten folgende Vorschriften:

Fremde Kinder unter zwölf Jahren dürfen nicht beschäftigt werden. (§ 5 Abs. 1.) Eigene Kinder unter zehn Jahren dürfen nicht beschäftigt werden. (§ 13.)

Eigene Kinder unter zwölf Jahren dürfen nicht vor 8 Uhr früh und nicht nach 8 Uhr abends beschäftigt werden. (§§ 6 und 13.)

Vor dem Vormittagsunterricht dürfen Kinder überhaupt nicht beschäftigt werden. (§§ 5 und 13.)

Nachmittags darf die Beschäftigung erst eine Stunde nach Beendigung des Unterrichts beginnen. (§§ 5 und 13.) Die Beschäftigung darf nicht länger als drei Stunden und in den Ferien nicht länger als vier Stunden täglich dauern. (§§ 5 und 13.)

Den Kindern muß eine zweistündige Mittagspause gewährt werden. (§§ 5 und 13.)

An Sonn- und Feiertagen dürfen eigne wie fremde Kinder nicht beschäftigt werden in Werkstätten sowie im Handelsgewerbe und im Betriebsgewerbe. (§§ 9 und 13.)

Fremde Kinder unter zwölf Jahren dürfen als Botengänger, beim Brot-, Zeitungs-, Milchausträgen usw. nicht beschäftigt werden, und über zwölf Jahre alte fremde Kinder dürfen Sonntags in der Zeit von 8 Uhr vormittags bis 1 Uhr mittags nur zwei Stunden arbeiten, wobei die Zeit des Gottesdienstes freibleiben muß. (§§ 9 und 13.)

In Cafés und Schankwirtschaften darf kein Kind unter zwölf Jahren beschäftigt werden; Schulpflichtige Mädchen über zwölf Jahre, fremde wie eigne, dürfen keine Verwendung zum Bedienen der Gäste finden. (§§ 7 und 13.)

In Orten unter 20 000 Einwohnern ist für kleinere Wirtschaften Dispensation von allen diesen Vorschriften zu lässig, soviel es sich um eigne Kinder handelt.

Werftäkten im Sinne dieses Gesetzes sind auch Schlaf- und Wohnräume sowie Küchen, wenn darin gewerbliche Arbeit verrichtet wird.

Die Beschäftigung fremder Kinder ist nur gestattet, wenn der Arbeitgeber für jedes Kind eine von der Ortspolizeibehörde ausgestellte Arbeitskarte besitzt. (§ 11.)

### Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 37 des 27. Jahrgangs. Aus dem Inhalt haben wir hier vor: Von der andern Seite her. — Politische Arbeit und Revolution. Von A. Kautsky. — Zur Einführung der bayerischen Magistratsverfassung in den preußisch-sächsischen Städten und Marktgemeinden. Von Hermann Remmeli (Bürohausleiter a. R.). — Die Wahl in Dänemark. Von Gustav Bang (Kopenhagen). — Zum italienischen Kongreß über Gewerbebeamten. Von Oda Oberberg (Rom). — Der Groß- und Kleinbetrieb in der schweizerischen Viehhaltung und Viehzucht. Von A. Below (Zürich). — Einige Zahlen zur Charakteristik der finanziellen Lage Deutschlands. — Zeitchriftenschatz. — Bibliographie des Sozialismus.

Im Verlage des Gewerkschaftsblattes Magdeburg ist ein kleines Werk erschienen, das zu dem Entwurf der Reichs-Versicherungsordnung Stellung nimmt. Nach einem Vortrage des Arbeitersprecherlars Mößinger aus Magdeburg behandelt das Werklein in klaren, tiefdringenden Worten die umfangreiche Materie des Entwurfes. Natürlich konnten nur die wesentlichsten Fragen des Entwurfes in dem Werklein behandelt werden, dieses ist aber in einer solch geschickten Form geschehen, daß der Leser einen klaren Einblick in die ganze Sachlage erhält. Besondere Sorgfalt ist der Frage des Selbstverwaltungsrechtes gewidmet, doch sind auch alle sonstigen wesentlichen Änderungen in der Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung behandelt. Auch die Besprechung der Rechtsweise ist nicht zu kurz gekommen. Die Vergleichserörterungen, die der Entwurf mit sich bringt, wie die traurige Verschaffenheit der geplanten Hinterbliebenen-Versicherung sind jedoch kritisiert worden. Die Forderungen der Arbeiterschaft auf Ausbau und Erweiterung der sozialen Versicherung sind treffend hervorgehoben. Wir können die Anschaffung des Werkleins nur empfehlen. Zu bestellen ist es in der Buchhandlung Voß & Stammme zu Magdeburg, Große Münzstraße 3, Preis im Buchhandel 20 Pf.

Die „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeitnehmer (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), Nr. 18 des 19. Jahrgangs.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. durch die Post bezogenen beträgt der Abonnementspreis vierjährlich ohne Bestellgeld 55 Pf. unter Kreuzband 65 Pf. Jahresabonnement Nr. 2,60.

### Briefkasten.

A. St. Ohne den Vertrag und das von Dir unterschriebene Schriftstück zu kennen, können wir eine bestimmte Antwort nicht geben. Wenn in dem Meistervertrag Auskunft vereinbart war, wirst Du um die Bezahlung der M. 15 nicht herumkommen.

Gotha, 2. Von uns kannst Du die Kautsky'sche Schrift nicht beziehen. Wenn Ihr dort keine Parteibuchhandlung habt, mußt Du Dich nach Jena oder an die Dornröschenbuchhandlung in Berlin wenden.

Wilsdorf. Der Bericht ist aus guten Gründen abgelehnt worden. Wir werden uns in der nächsten Nummer etwas ausführlicher mit der Berichterstattung befassen.

C. C. in L. Verlange von Hermann Lamprecht in Schönbeck a. d. Elbe, Königstr. 9, Broschüre über Herstellung von Kynststein.

### Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigverein- bzw. Bahnhofsstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

**Gustav Carl**, geb. Nr. 397 917, geboren 1891 zu Brieselang, wird von seinem Vater gebeten, sofort nach Hause zu kommen. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, wollen dies dem Zweigverein Frankfurt a. M. mitteilen. [M. 1,50]

**Wilhelm Röver** aus Uelzen wird dringend gebeten, seinen Aufenthalt anzugeben. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, wollen die Adresse an den Zweigverein Uelzen senden.

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Zeile kostet 15 Pf.)

**Berlin.** (Sektion der Gips- und Zementbranche). Am 4. Juni starb, unser Mitglied, der Einhaber **Karl Henze** im Alter von 25 Jahren an Bauchselenzündung. — Am 9. Juni starb unser Mitglied, der Zementierer **Franz Kupfer** im Alter von 25 Jahren an Salzüberkruste.

**Bromberg.** Am 8. Juni starb nach langem Leiden unser treuer Verbandskollege **Wilhelm Gross** in Brückendorf bei Nalew im Alter von 31 Jahren an der Schwindsucht.

**Chemnitz.** Am 9. Juni starb unter Verbandskollege **Arno Seidemann** aus Grünberg im Alter von 22 Jahren infolge eines Unfalls.

**Darmstadt.** Weißerstadt. Am 8. Juni starb der Kollege **Friedrich Becker** im Alter von 24 Jahren an der Schwindsucht.

**Dresden.** Am 5. Juni starb unser Verbandsmitglied **Karl Hermann Döhner** aus Niederhermsdorf im Alter von 48 Jahren an Lungenerkrankung.

**Eisleben.** Am 8. Juni starb plötzlich infolge eines Herzschlags unser Vorsteher und Mitglied unseres Zweigvereins, der Kollege **Ernst Horn**, im Alter von 40 Jahren.

**Frankfurt a. M.** Am 10. Juni starb unser treuer, langjähriger Verbandskollege **Val. Herbert** im Alter von 70 Jahren an Alterschwäche.

**Grüneberg i. Sch.** Am 8. Juni starb unser treuer Verbandsmitglied **Reinhold Conrad** aus Lawaldau im Alter von 32 Jahren an der Lungenschwindsucht.

**Halle a. d. S.** Am 22. Mai starb unser Verbandskollege **Carl Hauser** im Alter von 54 Jahren infolge eines Unglücksfalls. — Am 26. Mai starb unser Verbandsmitglied **Friedrich Mänicke** im Alter von 56 Jahren an Gehirninfarkt.

**Merschburg.** Am 8. Juni starb unser treuer Verbandskollege **Otto Thieme** im Alter von 25 Jahren an Lungenschwindsucht.

**München.** Am 9. Mai starb unser Kollege **Josef Föhrholzer** im Alter von 39 Jahren an Lungenerkrankung. — Am 30. Mai starb unser treuer Verbandskollege **Peter Schurer** im Alter von 44 Jahren an Lungenerkrankung.

**Schwäbisch Gmünd.** Am 9. Juni starb unser Kollege **Wünster**. Am 11. Juni starb nach jahrelangen Leidern unser Kollege **Joh. Böcker** im Alter von 84 Jahren an Lungenerkrankung. — **Alois Eckmeier** im Alter von 39 Jahren an Unfallverletzung.

**Newstadt a. d. S.** Am 10. Juni starb unser langjähriger Hilfsstifter, der Kollege **Wilhelm Erb** im Alter von 42 Jahren an Herzschlag.

**Blanken.** Am 28. Mai starb unser Mitglied **Arno Heinrich** im Alter von 38 Jahren an Lungenerkrankung. — Am 7. Juni starb unser Mitglied **Adolf Fraunheim** im Alter von 62 Jahren an Magenleiden.

**Regensburg.** Am 6. Juni starb unser Kollege **Franz Urwan** im Alter von 55 Jahren an Schlaganfall.

**Rheine i. W.** Am 10. Juni starb hier unser Kollege **Simon Linik** aus Klosterdorf i. Sch., 38 Jahre alt, an Schwindsucht.

**Niebla.** Am 10. Juni starb der Verbandskollege **Karl Schreiber** nach kurzer, aber schwerer Krankheit im Alter von 38 Jahren an Lungen- und Rippenfellentzündung.

**Stendal.** Am 9. Juni starb unser langjähriges und reifes Mitglied **Gustav Penzel** im Alter von 60 Jahren an Lungenerkrankung.

**Stralsund i. G.** Am 5. Juni starb unser Kollege **Karl Bölsche** im Alter von 30 Jahren an den Folgen eines Bannfalls.

**Tümlaukreis.** Am 4. Juni starb unser Verbandskollege **Hermann Damköhler** im Alter von 22 Jahren an Herzschlag.

**Wittstock a. d. D.** Am 10. Juni starb unser Verbandskollege **Friedrich Kracht** aus Bechin, im Alter von 57 Jahren an Lungenerkrankung.

**Berbitz.** Am 26. Mai starb unser Verbandskollege **Friedrich Koch** im Alter von 44 Jahren durch Unfall. — Am 30. Mai starb unser Verbandskollege **August Northe** im Alter von 62 Jahren an Lungenerkrankung.

— Ehre ihrem Andenken!

**Franz Brink**, geb. 7. Jan. 1889 zu Gelsenkirchen, Verb.-Nr. 474 722, wird dringend erachtet, seinen Wohnort an die Bahnhofsstelle Lünen zu berichten. [M. 1,20]

**Heinr. Steinröder**, geb. 11. März 1881 zu Hoof, St. Gassel, einget. 7. Sept. 1907, wird erachtet, sein Mitgliedsbuch der Centralratteinfass Nr. 22744 von der Bahnhofsstelle Lünen einzufordern. [M. 1,50]

**Joh. Bauch**, Lünen, 1. Westf., Saarbrücken 31.

**Robert Räcke**, geboren zu Magdeburg, wird in einer wichtigen Angelegenheit als Zeuge gebraucht. Der Zweigverein Hagen i. W. erachtet deshalb eine Angabe seiner Adresse. [M. 1,20]

**Hermann Koch**, geb. 17. August 1888 zu Braunschweig, schwieg., einget. 1. Juli 1907, Verb.-Nr. 454 958, wird erachtet, seinen Verpflichtungen gegen die Bahnhofsstelle Lünen nachzukommen. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, wollen eine Mitteilung machen an **Joh. Bauch**, Lünen, Saarbrücken 31. [M. 1,20]

**Wilhelm Borchardt**, geb. am 30. Januar 1890 zu Gollnow i. d. Broding Pommern, wird, da seine Mutter schwierig, dantebereit, erachtet, seine Adresse an seinen Vater oder an den Zweigverein vorstand in Gollnow gelangen zu lassen. [M. 1,50]

### Belzig.

**Sonntag, den 20. Juni 1909, nachmittags 1 Uhr.**

### Zehntes Stiftungsfest

im Vereinslokal

bestehend in einem Ausflug, sowie Kinderbelustigung und Ball. [M. 8,80]

Der Vorstand.

### Gelsenkirchen.

**Sonntag, den 4. Juli 1909, feiert die Bahnhofsstelle im Gewerkschaftshaus, Hochstr. 1, ihr**

### Elftes Stiftungsfest

verbunden mit Bannerweihfeier

Beginn der Bannerweihfeier morgens 10½ Uhr, der übrigen Festlichkeiten nachmittags 4 Uhr. Sämtliche Kollegen des Zweigvereins sind mit ihren Familien hierzu freundlich eingeladen. [M. 8,90] Das Festkomitee.

### Oranienburg-Germendorf.

**Sonnabend, den 26. Juni feiert der Zweigverein sein** diesjähriges

### Sommerfest

im Lokal von Emil Schumann, Schloßstraße, bestehend in Festrede, Vorträgen und Kinderbelustigungen. Anfang 8 Uhr.

Auch die Kollegen aus der Umgegend sind dazu freundlich eingeladen. [M. 3,90] Der Vorstand.

### Sommerfeld.

Am 26. Juni feiert der Zweigverein sein

### Behntes Stiftungsfest

bestehend in Ausmarsch, Konzert, Feierlichkeiten

Theater und Ball

Auftreten der Kollegen um 2½ Uhr. Alle Kollegen von Sommerfeld und Umgegend sind dazu freundlich eingeladen. [M. 4,20] Der Vorstand.

### Zielenzig.

**Sonnabend, den 26. Juni, abends 8 Uhr:**

### Zehntes Stiftungsfest

im „Schützenhaus“

bestehend in Theater, Vorträgen und Ball

Die Kollegen des Zweigvereins sowie der Hilfszahlliste Drossen sind dazu freundlich eingeladen. [M. 4,20]

Das Festkomitee.

### Adressen-Veränderungen.

(L bedeutet Vorsteher, K Poststelle, R Verkehrsstation, H. Herberge, Rz Reiseunterstützung wird ausgesetzt bet.) Mühlhausen i. Th. H. St. Jacobi Nr. 26, Herberge „Zur Heimat“.

### Versammlungs-Anzeiger.

Die Verbandskollegen werden dringend gebeten, alle Versammlungen zu besuchen.

### Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonnabend, den 19. Juni, Bergedorf, abends 8 Uhr bei Otto Wandt.

Schwerin, abends 8½ Uhr im „Arbeiterhofino“.

### Sonntag, den 20. Juni.

Gransee, Nachm. 3 Uhr im Frankfurter Lokal. Sehr wichtige Tagessordnung. Löbau, Nachm. 3 Uhr bei G. Weber in Löbau.

Lübben, Nachm. 3 Uhr. Wichtige Tagessordnung.

Pasewalk, Nachm. 3 Uhr im Vereinslokal.

Wiesenburg, Nachm. 3 Uhr.

### Donnerstag, den 22. Juni.

Neusalz, abends 8 Uhr im „Deutschen Kaiser“.

Torgau, abends 8½ Uhr im Kleinen Lokal.

### Donnerstag, den 24. Juni.

Pinneberg, abends 8½ Uhr bei Letowski.

### Sonntag, den 27. Juni.

Bayreuth, Nachm. 3 Uhr in der „Centralhalle“.

### Dienstag, den 29. Juni.

Antonienhütte, Nachmittags 4 Uhr unter freiem Himmel. Freient Kollege Antonienhütte, d. Baude.